

1 SPD – GRÜNE

2 Koalitionsvereinbarung

3 2009 bis 2014

4
5
6 Zukunft

7 durch nachhaltige Politik

8 für Köln

9
10 Auf der Basis der erfolgreichen Arbeit als

11 Kernbündnis von 2006 bis 2009

12
13 und im Wissen um die schwierige Lage der Stadt

14 vereinbaren KölnSPD und GRÜNE Köln als

15 politisch führende Kräfte in der Stadt Köln

16 eine Koalition für die Ratsperiode

17 2009 bis 2014.

18 **Weiter verantwortlich für Köln handeln!**

19 SPD und GRÜNE haben im März 2006 als Kernbündnis uneingeschränkt
20 Verantwortung für diese Stadt übernommen.

21 Sie sind mit ihrer verlässlichen, nachhaltigen und zukunftsorientierten Politik
22 inzwischen unstreitig die politisch führende Kraft in Köln.

23 Die in der Kommunalwahl 2009 erreichte konstruktive Mehrheit und die erfolgreiche
24 Wahl des gemeinsamen Kandidaten Jürgen Roters zum Oberbürgermeister wollen
25 beide Parteien zu einer gemeinsamen, konstruktiven und zukunftsorientierten
26 Stadtpolitik für die Wahlperiode 2009 bis 2014 nutzen.

27 Die intensive Einbeziehung der Stadtgesellschaft in ihrer breiten Vielfalt ist eine der
28 wesentlichen Voraussetzung erfolgreicher Stadtpolitik. SPD und GRÜNE lehnen
29 nachdrücklich perspektivlose und klientelorientierte Politik ab. Transparenz im
30 politischen Handeln ist oberstes Gebot.

31 Angesichts der Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die
32 städtischen Finanzen ist die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen
33 Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die Kernaufgabe gemeinsamer Politik für diese
34 Wahlperiode. Entscheidend für Kölns Zukunft ist die nachhaltige
35 Haushaltskonsolidierung, um politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten.

36 Köln ist eine attraktive und lebenswerte Großstadt. Im Gegensatz zu anderen
37 Großstädten zieht Köln viele Menschen an, die hier leben und arbeiten möchten.
38 Köln hat Perspektive und Potenzial, das SPD und GRÜNE nutzen wollen.

39 Städte sind Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie müssen sich mit
40 globalen Trends und schärfer werdendem Wettbewerb in Europa auseinandersetzen,
41 die einerseits Handlungsräume verengen, aber auch neue Chancen eröffnen. Städte
42 konkurrieren nicht mehr allein um Investitionen, sondern zunehmend um das kreative
43 Potenzial von Menschen und Unternehmen. Kölns „harte Standortfaktoren“ können
44 sich sehen lassen: Forschungs- und Hochschullandschaft, verkehrsgünstige Lage in
45 Europa, moderner Industriestandort, Handelszentrum, zukunftssträchtige
46 Wirtschaftsbranchen von Finanzdienstleistern bis zur Medien- und Kulturwirtschaft.
47 Jedoch wächst die Bedeutung „weicher Standortfaktoren“. Weltoffenheit,
48 Lebensqualität und innovatives Potenzial sind die Faktoren, die urbane und kreative
49 Großstädte auszeichnen. Rot-grüne Stadtpolitik legt auch darauf einen Schwerpunkt.

50 Köln schöpft aus seiner langen Geschichte, Tradition, Kultur und aus seiner
51 interkulturellen Vielfalt. Aufgabe rot-grüner Stadtpolitik ist es, ein kulturell
52 inspirierendes Umfeld zu fördern. Reiz und Vorzug des Stadtlebens ist ihr
53 emanzipatorisches Potenzial. Soziale Integration und Gerechtigkeit, die Herstellung
54 gleicher Lebensbedingungen, Bildung, Kultur, Freizeit- und Sportangebote,
55 nachhaltige Stadtentwicklung, wirtschaftliche Innovation und Stadtökologie unter den
56 Bedingungen von Klimaschutz und Ressourcenschonung sind die großen
57 Herausforderungen Kölns.

58 Die europäische Integration macht es erforderlich, dass Stadtpolitik auch
59 Europapolitik ist. Dabei kommt dem Aufbau einer handlungsfähigen regionalen
60 Kooperation im Rheinland eine Schlüsselstellung zu.

61 Allen Menschen Möglichkeiten der Entfaltung und urbane Identität zu geben, dafür
62 steht die rot-grüne Politik des sozial-ökologischen Wandels. Das gelingt nur mit
63 breiter Bürgerbeteiligung. Zukunftsgestaltung braucht Gemeinsinn. Köln – das sind
64 wir alle: Alteingesessene, Einwanderinnen und Einwanderer, Arme und Reiche,
65 Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Religionen, Herkunft und
66 Lebensstile.

67 Kreative Ideen und vorausschauende Stadtpolitik müssen auch von einer stringent
68 und verlässlich handelnden Stadtspitze umgesetzt werden. Wer im europäischen und
69 globalen Wettbewerb bestehen will, braucht Kompetenz, Weitblick und Weltläufigkeit.
70 Mit dem neu gewählten Oberbürgermeister Jürgen Roters haben diese
71 Zielsetzungen nun Perspektive.

72 Die vorliegende Koalitionsvereinbarung beschreibt die Felder und Zielsetzungen
73 gemeinsamen politischen Handelns. Die Vereinbarung ist politische
74 Absichtserklärung und Arbeitsplan für die gesamte Wahlperiode. Angesichts der
75 dramatischen Haushaltslage stehen allerdings alle vereinbarten politischen Initiativen
76 und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

77	<u>Inhalt</u>
78	
79	1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik
80	2. Stadtbeteiligte Gesellschaften
81	3. Stadtentwicklung
82	4. Regionale Kooperation
83	5. Wissenschaftsstandort
84	6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften
85	7. Wirtschaft
86	8. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung
87	9. Wirtschaftsverkehr und Logistik
88	10. Verkehr
89	11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft
90	12. Energie
91	13. Bauen und Wohnen
92	14. Jugend- und Schulpolitik
93	15. Soziales
94	16. Einwanderung und Integration (Migration)
95	17. Gesundheit
96	18. Kultur
97	19. Sport
98	20. Vielfalt
99	21. Stadtverwaltung
100	22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung, Vergaben, Internationales
101	23. Selbstverständnis und Arbeitsweise

102

1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik

103 Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben die öffentlichen
104 Haushalte hart getroffen. Der erhebliche Einbruch der Steuereinnahmen – vor allem
105 bei der Gewerbesteuer als wichtigste Steuer – trifft die Städte besonders hart. Köln
106 macht da keine Ausnahme. Diese Situation wird durch die Steuersenkungspolitik der
107 Bundesregierung verschärft. Zugleich hat die Krise einen Anstieg der
108 Sozialausgaben zur Folge.

Für handlungsfähige Städte

110 Die Krise verschärft das Grundproblem des kommunalen Finanzsystems, nämlich
111 das strukturelle Auseinanderdriften von Ausgaben und Einnahmen. Es wurde durch
112 ein „Zwischenhoch“ der Gewerbesteuer von 2006 bis 2008, das die Landesregierung
113 zu einer erneuten erheblichen Belastung der Kommunen genutzt hat, nur übertüncht.
114 Im Kern geht es um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Auch
115 der Bund verlagert Aufgaben in nicht hinnehmbarer Art und Weise auf die
116 Kommunen. Die jetzt geplante Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der
117 Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Bezieher auf 23 Prozent ist kontraproduktiv.
118 Deshalb sind wirksame Regelungen auf Landes- und Bundesebene für die
119 Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt!“) überfällig. Die finanzielle
120 Basis der kommunalen Selbstverwaltung erodiert zusehends.

121 Eine Gemeindefinanzreform und eine Änderung der Steuergesetzgebung mit dem
122 Ziel der Stärkung kommunaler Steuerkraft stehen vorrangig auf der Agenda. Dies
123 umfasst die Sicherung des steuerlichen Querverbands, die Novellierung des
124 kommunalen Finanzausgleichs in NRW mit dem Ziel einer bedarfsgerechten
125 Finanzausstattung der Kommunen sowie eine Beendigung der Beteiligung der
126 Kommunen an den einheitsbedingten Lasten. Zuvorderst sind die zuviel gezahlten
127 Anteile der Kommunen an den Solidarpakt-Lasten (2006 bis 2009) vom Land NRW
128 zurückzuzahlen. Da die mit dem Solidarpakt Ost verbundenen Aufgaben inzwischen
129 erfüllt sind, ist Infrastrukturförderung über ein Solidarpaktinstrument nicht an
130 Himmelsrichtungen, sondern an Bedürftigkeit auszurichten.

131 SPD und GRÜNE betrachten es als eine vorrangige Aufgabe, dass die Stadt Köln mit
132 aller Kraft Initiativen zur Reform der Kommunal Finanzen unterstützt und dafür das
133 Bündnis der Städte und die Arbeit in kommunalen Spitzenverbänden verstärkt.

Haushaltskrise und -sanierung

135 Die Kölner Haushaltsslage ist vor dem dargestellten Hintergrund dramatischer als
136 2003, als der Rat ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschließen musste. Der
137 vorzeitige erfolgreiche Abschluss des HSK war im Wesentlichen nur infolge temporär
138 wachsender Steuereinnahmen möglich. Die strukturelle Unterfinanzierung und
139 Tendenzen der Mangelverwaltung bleiben.

140 SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass, angesichts der noch über Jahre
141 wirkenden Krisenfolgen, die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen
142 Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die politische Kernaufgabe in dieser Wahlperiode
143 ist. Sie richten ihre Haushaltspolitik daran aus, Gestaltungsmöglichkeiten und
144 Zukunftschancen für Köln zu erhalten. Daher hat ein ausgeglichener Haushalt
145 oberste Priorität, um das eigenständige Handeln von Rat und Verwaltung zu sichern.

146 Infolge des erheblichen Fehlbedarfs im Haushalt sind Maßnahmen zur
147 Haushaltssicherung unvermeidlich. Sofern es nicht gelingt, den jahresbezogenen
148 Ausgleich für 2010 und die Folgejahre unter Inanspruchnahme der
149 Ausgleichsrücklage darzustellen, ist ein HSK aufzustellen. Unabdingbares Ziel muss
150 es sein, ein Abgleiten der Stadt in das Nothaushaltsrecht zu vermeiden. Die Stadt
151 steht somit vor harten Haushaltsjahren. SPD und GRÜNE sind sich einig, dass daher
152 alle von ihr zu treffenden Entscheidungen und Initiativen unter dem Vorbehalt der
153 finanziellen Umsetzbarkeit stehen. Die Konsolidierungserfordernisse zwingen dazu,
154 politische Prioritäten zu setzen. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist machbar.
155 Daher stehen alle vereinbarten Ziele und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

156 **Prioritäten**

157 Angesichts der Erfordernisse an die Haushaltssanierung sind Einsparungen,
158 Leistungsreduzierungen und mitunter auch der Verzicht auf Maßnahmen
159 unvermeidlich. Flächendeckende drastische Kürzungen nach dem
160 „Rasenmäherprinzip“ sind kontraproduktiv. Sie erhöhen die Gefahr, dass
161 Leistungsstrukturen auf breiter Front unwiederbringlich zerstört werden.
162 Konsolidierung bedeutet aber auch, Effizienz und Synergien zu erhöhen und die
163 Leistungserbringung zu optimieren. Mithilfe von Personalentwicklungskonzepten ist
164 der Personalbedarf transparent und differenzierter zu steuern. Interne Umschichtung
165 von Personalressourcen – auch über Dezernatsgrenzen hinweg – von reduzierten zu
166 priorisierten Bereichen sind dabei nicht auszuschließen.

167 Daher müssen Prioritäten gesetzt werden. Pflichtige und freiwillige Aufgaben werden
168 in allen Produktbereichen auf den Prüfstand gestellt. SPD und GRÜNE erwarten,
169 dass die Verwaltung dies zügig durchführt und die Ergebnisse transparent darstellt.
170 Dabei sind im Sinne der Nachhaltigkeit Folgewirkungen sorgfältig abzuwägen. Jede
171 Sparmaßnahme ist auch daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristig nachhaltig ist.

172 SPD und GRÜNE setzen in ihrer gemeinsamen Haushaltspolitik folgende Prioritäten:

- 173 ▪ Erhalt wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell attraktiver
174 Rahmenbedingungen
- 175 ▪ Bekämpfung der Erwerbslosigkeit
- 176 ▪ Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
- 177 ▪ sozialraumorientierte Ansätze, die Armut bekämpfen und Chancen
178 ermöglichen
- 179 ▪ Sicherung des kommunalen sozialen Netzes und relevanter
180 Integrationsmaßnahmen
- 181 ▪ unverzichtbare Stadtgestaltungs- und Umweltmaßnahmen
- 182 ▪ Sanierungen zum Substanzerhalt vorrangig bei Bildung und Infrastruktur

183 Unbedingt notwendig ist auch die Gestaltung der Einnahmenseite.

184 **Realsteuern**

185 Der Gewerbesteuerhebesatz (450 Prozent) soll stabil bleiben, um die
186 Wettbewerbsfähigkeit Kölns zu erhalten. Vorrangig ist eine verstärkte Bestandspflege
187 und Unternehmensansiedlung, um mehr Steuereinnahmen zu erzielen.

188 **Aufwandsteuern**

189 SPD und GRÜNE werden sorgfältig prüfen, inwieweit die Stadt Köln von ihrem
190 grundgesetzlich festgelegten Steuerfindungsrecht Gebrauch machen kann. Eine
191 erste Maßnahme ist die Einführung einer „Kulturförderabgabe“ für das
192 Beherbergungsgewerbe, das seitens der schwarz-gelben Bundesregierung durch
193 eine Umsatzsteuersenkung ein Steuergeschenk zulasten der Kommunen enthält.
194 Wenn Bund und Land die Städte im Stich lassen, ist es legitim, wirkungsvolle
195 Steuereinnahmequellen zu erschließen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die
196 Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt nicht beeinträchtigt werden.

197 Die Zweitwohnungssteuer hat den eigentlichen Zweck, diejenigen, die in Köln leben
198 und die kommunale Infrastruktur nutzen, zur Anmeldung des Erstwohnsitzes zu
199 bewegen, damit die Stadt so höhere Schlüsselzuweisungen des Landes generiert.
200 SPD und GRÜNE werden prüfen, ob dieses Ziel auch durch andere Maßnahmen
201 nachhaltig zu erreichen ist.

202 **Gebühren**

203 SPD und GRÜNE wirken darauf hin, Abwasser-, Straßenreinigungs- und
204 Müllgebühren stabil zu halten. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass die
205 Entsorgungsunternehmen eine effiziente Wirtschaftsführung betreiben. Es gilt der
206 Grundsatz der Kostendeckung, eine Subventionierung aus dem Haushalt scheidet
207 aus.

208 Die Gebühren für städtische Leistungen bzw. Angebote städtischer Einrichtungen
209 werden auf ihre Angemessenheit ebenso überprüft wie der Ressourceneinsatz und
210 der Standard der jeweiligen Leistungserbringung.

211 Die Betriebskostenzuschüsse an städtische Einrichtungen sind ebenfalls
212 dahingehend zu überprüfen, ob eine Reduzierung durch Effizienzsteigerungen und
213 eine verantwortbare Erhöhung der Entgelte (Eintrittspreise) möglich ist.

214 **Aufgabenwahrnehmung**

215 Die Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. eine Vergabe an private
216 Dritte ist nur dann sinnvoll, wenn die Leistung bei gleichen Qualitätsstandards
217 wirtschaftlicher erbracht oder bei gleichem Mitteleinsatz eine höhere Qualität erzielt
218 werden kann und wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen.
219 Dies muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden.

220 **Vermögenspolitik**

221 Die Haushaltslage erfordert eine gezielte, aber auch restriktive Investitionspolitik. Für
222 SPD und GRÜNE haben Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen Priorität. Jeder
223 Investitionsentscheidung muss eine nachvollziehbare Folgekostenberechnung
224 zugrunde liegen. Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn diese

225 Folgekosten im Rahmen eines ausgeglichenen Ergebnisplans finanziert werden
226 können.

227 Die Stadt Köln hat kein bedrohliches Verschuldungsproblem. 2,7 Mrd. Euro
228 Verbindlichkeiten stehen bilanziell bei einer Gesamtbilanzsumme von 16 Mrd. Euro
229 allein über 9 Mrd. Euro Sachanlage- und 6 Mrd. Euro Finanzlagevermögen
230 gegenüber. Der „Gesamtkonzern Stadt“ ist in solider Verfassung. Ziel muss
231 allerdings eine Netto-Neuverschuldung „Null“ bzw. der Schuldenabbau sein.

232 Städtische Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt
233 werden, um ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der
234 Daseinsvorsorge effizient wahrzunehmen und durch Ausschüttungen den
235 Stadthaushalt zu stärken. Das gilt insbesondere für den Stadtwerke-Konzern Köln
236 (SWK). Dabei ist wichtig, dass die wirtschaftliche Solidität und Handlungsfähigkeit
237 der SWK-Gesellschaften nicht gefährdet werden.

238 Defizitausgleich durch Veräußerung städtischer Beteiligungsgesellschaften, die
239 strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen bzw.
240 signifikante Erträge für den Haushalt abwerfen, wäre der falsche Weg.

241 Immenser Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik.

242 **Haushaltstransparenz**

243 SPD und GRÜNE werden Initiativen ergreifen, den inzwischen auf Grundlage des
244 Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) beruhenden Stadthaushalt
245 transparenter und aussagefähiger und somit auch politisch steuerbarer zu gestalten.
246 Dies umfasst sowohl eine umfassendere Beschreibung der Transfer- und sonstigen
247 Aufwendungen in den Ergebnisplänen als auch die Produkt- und
248 Leistungsbeschreibungen. Entsprechend den NKF-Zielen eines wirkungsorientierten
249 Haushalts sollen schrittweise konkrete Ziel- und Produktbeschreibungen,
250 Kennzahlen und Benchmarks und ein unterjähriges Berichtswesen unter
251 Einbeziehung der Kosten- und Leistungsrechnung etabliert werden. Ziel muss die
252 output-orientierte Steuerung des Haushalts sein.

253 Die städtische Haushaltswirtschaft (Ergebnisplan, Finanzplan, Bilanz,
254 Produktbereiche, Produkte, relevante Kennziffern) soll im städtischen Internetauftritt
255 übersichtlich und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden.

256 **Stärkung der Bezirksvertretungen**

257 Die Bezirksvertretungen sollen in ihren Haushaltskompetenzen für bestimmte
258 bezirksbezogene Vorhaben gestärkt werden, indem sie über Mittelverwendung,
259 Umschichtungen und Einsparungen beraten und Empfehlungen aussprechen
260 können. Innerhalb der Produktbereiche sind rein bezirksbezogene Aufwendungen
261 konkret abzugrenzen. Kompetenz und Zuständigkeit des Rates (§ 41 GO NRW)
262 bleiben davon unberührt.

263 **Bürgerhaushalt**

264 Das von SPD und GRÜNE erfolgreich eingeführte Beteiligungsverfahren
265 „Bürgerhaushalt“ wird fortgesetzt und auf Basis der bisherigen Erfahrungen
266 weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltssanierung gewinnt

267 eine Bürgerbeteiligung auf Basis einer transparenten Darstellung der städtischen
268 Finanzstruktur große Bedeutung, um in der Bevölkerung Akzeptanz und
269 Unterstützung für eine nachhaltige Sanierungspolitik zu erreichen. Deshalb ist der
270 „Bürgerhaushalt“ kein Instrument zum bloßen „Geldverteilen“, sondern eine Teilhabe
271 an der Haushaltsrealität, die auch Bürgervoten für Einsparungen, Prioritäten und
272 Schwerpunktsetzungen enthalten soll.

273

274 **2. Stadtbeteiligte Gesellschaften für eine** 275 **leistungsfähige Stadt**

276 Die städtischen Beteiligungsunternehmen nehmen überwiegend Aufgaben der
277 Daseinsvorsorge in der Ver- und Entsorgung, dem öffentlichen Nahverkehr, in der
278 Logistik sowie bei Wohnungsbau und -versorgung wahr. Darüber hinaus haben sie
279 Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturförderung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag
280 zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau kommunaler Infrastruktur, gewährleisten ein
281 großstädtisches Angebot und sichern Arbeitsplätze. Sie erbringen Dienstleistungen
282 im allgemeinen Interesse oder ergänzen Angebote der Privatwirtschaft. Sie sind
283 wichtiger Partner des Mittelstands und des Handwerks.

284 Sie sind somit eine tragende Säule für den Wirtschaftsstandort Köln. Die
285 Unternehmen im Stadtwerke-Konzern leisten zudem eine unverzichtbare relevante
286 Ausschüttung an den städtischen Haushalt.

287 **Daseinsvorsorge und Wettbewerb**

288 SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass stadtbeteiligte Unternehmen, deren
289 strategische Ziele der Stadtrat vorgibt, das wirtschaftliche und finanzpolitische
290 Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung bilden. Sie sind für ein funktionierendes
291 Gemeinwesen unverzichtbar.

292 SPD und GRÜNE bekennen sich eindeutig zum Erhalt kommunaler Unternehmen als
293 Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

294 Negative Erfahrungen aus anderen Ländern, die bei der Wahrnehmung öffentlicher
295 Aufgaben konsequent auf Privatisierung gesetzt haben, belegen eindrucksvoll, dass
296 Bau, Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur nicht dem freien Spiel der
297 Kräfte unterworfen werden dürfen. Ideologisch motivierte Pauschalaussagen wie
298 „Privat vor Staat“ erteilen SPD und GRÜNE daher eine klare Absage.

299 Seit der in der Europäischen Union eingeführten Liberalisierung der Energie-,
300 Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsmärkte kämpfen die Städte für ihre Unternehmen um
301 gleiche Rechte und Wettbewerbschancen gegenüber privaten und oft
302 kartellbildenden Unternehmen. Auch wenn das europäische Parlament inzwischen
303 die Notwendigkeit der Daseinsvorsorge anerkennt, werden SPD und GRÜNE
304 wachsam sein. SPD und GRÜNE treten für einen fairen Wettbewerb ein.
305 Wettbewerbsverzerrungen, wie durch die Änderung des §107 der Gemeindeordnung
306 durch die CDU/FDP-Landesregierung bedingt, müssen revidiert werden.

307 Die Betrauung der städtischen Unternehmen mit der Wahrnehmung kommunaler
308 Aufgaben der Daseinsvorsorge hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

309 **Leistungsfähigkeit stärken**

310 SPD und GRÜNE wollen die städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen
311 Leistungsfähigkeit stärken, damit sie Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im
312 Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen und durch Ausschüttungen
313 einen Beitrag für den Stadthaushalt leisten. SPD und GRÜNE wollen den
314 notwendigen Einfluss der Stadt auf die städtischen Unternehmen sicherstellen, den
315 Stadtwerke-Konzern durch eine weitere Bündelung von Aufgaben der
316 Daseinsvorsorge stärken und dadurch den städtischen Haushalt entlasten. SPD und
317 GRÜNE werden keine Veräußerung städtischer Unternehmensbeteiligungen, die
318 strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen,
319 vornehmen, um so das Haushaltsdefizit auszugleichen. Auch Ausschüttungen aus
320 der Substanz wären kontraproduktiv. Eine solche Politik beraubt die Stadt ihrer
321 Gestaltungsmöglichkeiten und löst keine Finanzprobleme.

322 SPD und GRÜNE wollen eine angemessene Kapitalausstattung der städtischen
323 Unternehmen sicherstellen, damit diese auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und
324 neuen Herausforderungen begegnen können. Die Entwicklung städtischer
325 Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördert die
326 Wettbewerbsfähigkeit und garantiert dauerhaft den städtischen Einfluss auf die
327 Aufgabenerfüllung.

328 SPD und GRÜNE lehnen eine Veräußerung der städtischen Beteiligung am
329 Wohnungsunternehmen GAG Immobilien AG ab. GAG und die Tochtergesellschaft
330 Grubo halten preiswerten Wohnungsbestand vor und leisten damit einen wichtigen
331 Beitrag zur sozialen Vielfalt der Stadtteile. Überdies hält der mittelbare städtische
332 Einfluss über den Mietspiegel das Mietpreisniveau in der Großstadt Köln insgesamt
333 in einem erträglichen Gesamtrahmen.

334 SPD und GRÜNE schließen weder die Möglichkeit stärkerer Beteiligungen noch in
335 Einzelfällen die Beteiligung privater Dritter an städtischen Unternehmen aus.
336 Entscheidend ist immer, dass die Stadt die Steuerung und Kontrolle sicherstellt, die
337 von den Aufsichtsräten ausgeübt werden, in die der Rat die Vertreterinnen und
338 Vertreter seines Vertrauens entsendet.

339 **Transparenz**

340 SPD und GRÜNE sind sich der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung
341 stadtnaher Unternehmen bewusst und setzen sich für Transparenz des
342 Geschäftsgebarens und eine ausreichende Kontrolle der Unternehmensführungen
343 ein. Richtschnur sind die Empfehlungen des „Public-Corporate-Governance-Kodex“
344 des Bundes, der Standards für gute Unternehmensführung festlegt und teilweise
345 strikter fasst als die der Privatwirtschaft. Grundsätzlich werden SPD und GRÜNE
346 darauf hinwirken, dass zu besetzende Positionen für Vorstände und
347 Geschäftsführungen ausgeschrieben und geeignete Bewerberinnen und Bewerber
348 mithilfe von Personalberatungsunternehmen gesucht werden. Eine Ausnahme
349 können Personalvorstände mitbestimmter Gesellschaften sein.

350 Wir fordern eine transparente Aufarbeitung der Vergabeproblematik bei den
351 Messehallen. Politik und Öffentlichkeit sollen über die Konsequenzen zeitnah
352 informiert werden.

353 **Sparkasse**

354 Kommunale Sparkassen, wie die Sparkasse KölnBonn, tragen wegen ihrer
355 Dezentralität und Kundennähe erheblich zur Stabilisierung des Bankensystems bei.
356 Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise sichern sie die Kreditversorgung der
357 regionalen Wirtschaft und breiter Schichten der Bevölkerung.

358 SPD und GRÜNE erteilen daher einer Veräußerung der Sparkasse eine klare
359 Absage. Für die Stadt als öffentlich-rechtlicher Träger hat der Schutz der Sparkasse
360 Vorrang vor der Bestandssicherung der Landesbanken.

361 Wir setzen uns für eine intensivere regionale Kooperation ein und wirken darauf hin,
362 das Geschäftsmodell auf die Kernaufgaben einer großstädtischen Sparkasse
363 auszurichten. Das bedeutet, dass alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von
364 der Höhe des Einkommens oder Vermögens sowie der wirtschaftliche Mittelstand mit
365 modernen finanzwirtschaftlichen Leistungen versorgt sind. Sparkassen sind
366 gemeinwohlorientiert.

367 Projekte zur Stadtentwicklung sind nur dann zu verantworten, wenn sie für die
368 Sparkasse nachhaltig rentierbar sind. Von Aufgaben und Geschäften, die diesem
369 Geschäftsmodell nicht dienen bzw. die Sparkasse wirtschaftlich belasten, soll sie sich
370 zu marktgerechten Konditionen trennen.

371

372 **3. Stadtentwicklung**

373 Nachdem der Masterplan, konkretisiert durch den Ratsbeschluss vom 05.05.2009,
374 und das Höhenkonzept für die Innenstadt vorliegen und in den nächsten Jahren als
375 Grundlage der innerstädtischen Planung dienen, wollen SPD und GRÜNE weiter
376 konzeptionell an der Entwicklung der Gesamtstadt arbeiten.

377 Dabei legen sie großen Wert darauf, dass die vereinbarten Ziele als integrierte
378 Handlungs- und Planungskonzepte erarbeitet werden und für die Gesamtstadt
379 gelten.

380 Als Planungsgrundlagen für eine transparente und nachhaltige Stadtentwicklung
381 sollen die folgenden Konzepte entwickelt werden:

- 382 • ein Hochhauskonzept
- 383 • teilräumliche Konzepte für Gebiete, die einem strukturellen Wandel
384 unterworfen sind, wie:
 - 385 ○ Mülheim-Süd, ehemaliges KHD-Gelände, Euroforum Nord/West
 - 386 ○ Güterbahnhof Mülheim

- 387 ○ Güterbahnhof Ehrenfeld
- 388 ○ Güterbahnhof Kalk
- 389 ○ Innerer südlicher Grüngürtel
- 390 ○ FH-Gelände Deutz
- 391 ○ Kalk-Süd
- 392 ○ Heliosgelände
- 393 ○ Deutzer Hafen
- 394 ○ Rheinufer/Rheinboulevard

395 Über die benannten Gebiete hinaus soll ein stadtweites System permanenter
 396 kleinräumiger Beobachtung als Frühwarnsystem eingerichtet werden, um
 397 problematische Entwicklungen in den Stadtvierteln frühzeitig zu identifizieren und
 398 ihnen entgegenzuwirken.

399 Weiterhin sollen die folgenden Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden:

- 400 • Stadtteilkonzepte zur Stärkung der Identität und der Bezirkszentrenstruktur,
 401 z. B. Lindweiler, Heimersdorf, Sürth
- 402 • Fortführung der Aufwertung einiger 60er/70er-Jahre-Siedlungen, z. B.
 403 Bocklemünd-Mengenich, Finkenbergl, Meschenich und Chorweiler

404 Dabei soll die Planungskultur weiter verbessert werden durch:

- 405 • intensive und frühzeitige Bürgerbeteiligung
- 406 • die Unterstützung von innovativem bürgerschaftlichem Engagement, welches
 407 sich für die Attraktivierung der Stadtteile einsetzt
- 408 • einen Kriterienkatalog für Qualifizierungs- und Beteiligungsverfahren
- 409 • transparente Verfahren zur Einladung zu Wettbewerben
- 410 • ein verbessertes Internetangebot der Stadt bei Bauleitplänen und Offenlagen
 411 (Alle Planungsprozesse, -grundlagen, -daten und Verfahrensstände sollen im
 412 Internet für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar sein.)
- 413 • Sozialraumorientierung bei Planungsprozessen (Beteiligung von Bewohnern
 414 aus belasteten Stadtteilen soll gefördert werden)
- 415 • Förderung des öffentlichen Diskurses über Stadtentwicklung (Veranstaltungen
 416 im Haus der Architektur oder der Plan-Woche sollen mit städtischen
 417 Ausstellungen am Stadtmodell oder im Museum für Angewandte Kunst
 418 vernetzt werden.)

419 Die Urbanität der Stadt soll gefördert werden durch:

- 420 • Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten
- 421 • soziale Mischung, um Segregation zu vermeiden
- 422 • Ausweisung von Mischgebietsflächen statt Kerngebieten
- 423 • Stärkung der polyzentrischen Struktur der Stadt
- 424 • Stärkung der Stadtteilzentren mit ihren fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten
- 425 • architektonische Einfügung des Einzelhandels ins Stadtbild
- 426 • Stärkung von Märkten, Schaffung eines Innenstadtmarktes, Anpassung der
- 427 Verkaufszeiten an die Nachfrage (nachmittags)
- 428 • Initiativen an den Gesetzgeber zur Reform nicht mehr zeitgemäßer
- 429 Regelungen, wie z. B. der Abstandsklassen, des Bundesimmissionsschutzes
- 430 und der Spielplatzsatzung nach Landesbauordnung NRW
- 431 • Erschließung neuer Baugebiete durch die Stadt und kleinparzellerte Vergabe

432 Köln soll durch die folgenden Maßnahmen attraktiver für Naherholung, Freizeit und
 433 Sport werden:

- 434 • Aufwertung der Rheinufer (z. B. durch Gelegenheiten für Gastronomie,
- 435 Beleuchtung der Fußgänger- und Joggingwege etc.)
- 436 • Aufwertung der Rheinpromenade zwischen Bahnhof und Zoo, Öffnung der
- 437 Bastei für die Allgemeinheit incl. Außengastronomie
- 438 • Schaffung der Durchgängigkeit des inneren Grüngürtels für Fußgänger und
- 439 Radfahrer
- 440 • Bestandspflege bestehender Parks unter Einbeziehung bürgerschaftlichen
- 441 Engagements
- 442 • kinderfreundliche Bauleitplanung, bei Flächenknappheit durch
- 443 Qualitätssteigerung bestehender Angebote (Aufwertung benachbarter
- 444 Einrichtungen)
- 445 • Angebote für größere Kinder (Bolzplätze, Streetbasketball etc., auch im
- 446 Indoorbereich, z. B. durch Mehrzweckhallen)

447 Die Innenstadt Kölns soll attraktiver werden, deshalb werden die Vertragspartner die
 448 folgenden Maßnahmen zur Umsetzung bringen:

- 449 • Aufwertung Domumgebung
- 450 • Aufwertung Umfeld der romanischen Kirchen
- 451 • ebenerdige Umgestaltung des Ebertplatzes im Sinne des Masterplans
- 452 • sukzessive Umgestaltung der Ringe im Sinne des Masterplans

453 • Aufnahme der Planungen zur stadtverträglichen Führung der Ost-West-Achse

454 Zum Wohlfühleffekt in den Vierteln gehört ein ansprechend gestalteter und von allen
455 nutzbarer öffentlicher Raum. Die Gestaltungsrichtlinien des Masterplans sollen auf
456 das gesamte Stadtgebiet übertragen werden. Das heißt:

- 457 • Abbau von Angsträumen
- 458 • Entrümpelung der öffentlichen Räume
- 459 • restriktive Werbung im öffentlichen Raum
- 460 • klare Anordnung der Stadtmöblierung
- 461 • obligatorische Einbindung der Stadtraummanagerin
- 462 • Aktivierung des Programms „Auf die Plätze“

463 Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und der zunehmenden Erwärmung
464 planerisch präventiv zu begegnen, muss Köln grüner werden. Dies soll geschehen
465 durch:

- 466 • die verbesserte Pflege bestehender Parks und Grünflächen
- 467 • die Sicherung von Ventilationsschneisen
- 468 • Festsetzungen in Bebauungsplänen, z. B. Dach-/Fassadenbegrünungen,
469 Begrünung von Plätzen, Straßen und Höfen, Baumpflanzungen auf
470 versiegelten Flächen (Parkplätze)
- 471 • Anlage von Alleen
- 472 • Entsiegelungsprogramme
- 473 • Entwicklung neuer Grünzüge (z. B. Schlachthof-Blücherpark und
474 Güterbahnhof Mülheim)

475

476 **4. Regionale Zusammenarbeit**

477 Die vielfältigen u. a. durch die Regionale 2010 initiierten Impulse sollen genutzt
478 werden, um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. Dazu ist es notwendig,
479 bereits vorhandene Instrumente und Organisationsformen ebenso wie neue Ansätze
480 offen auf ihre Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Auf Grundlage der
481 Bewertungsergebnisse ist eine stärkere Institutionalisierung der regionalen
482 Zusammenarbeit anzustreben. Das Planungsinstrument der integrierten
483 Raumanalyse ist stadtgrenzenübergreifend weiterzuentwickeln.

484 Ob für Strukturförderung, Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr, Kultur oder
485 Kreativwirtschaft, es bestehen zahlreiche Möglichkeiten und Chancen, für Köln und

486 die rheinische Region Fördermittel bei Land, Bund und EU einzuwerben und gezielt
487 einzusetzen.

488 Hier geschah in den letzten Jahren einfach zu wenig. Chancen wurden vertan. Dies
489 wollen SPD und GRÜNE gemeinsam mit dem Oberbürgermeister durch ein
490 systematisches Fördermonitoring und eine intensive Lobbyarbeit ändern. Dafür
491 möchten sie die Nachbarkommunen und -kreise als Partner und Verbündete
492 gewinnen. SPD und GRÜNE setzen auf eine intensivere Zusammenarbeit in der
493 rheinischen Metropolregion. Der Verein „Regio Köln/Bonn und Nachbarn“ ist eine
494 wichtige Plattform, um die regionale Kooperation zu befördern, die bislang zu wenig
495 genutzt wurde. Dies setzt aber eine stärkere Beteiligung der Stadträte und Kreistage
496 voraus.

497 Darüber hinaus muss Köln – im eigenen und auch regionalen Interesse – wieder als
498 eine starke Stimme auf Landes- und Bundesebene, beim Städtetag und in der
499 europäischen Verbandspolitik wahrgenommen werden. Daran soll das
500 Verwaltungshandeln ausgerichtet werden. Alle demokratischen Akteure, Verbände
501 und Gewerkschaften sind projektbezogen zu kontinuierlichen Kooperationsvorhaben
502 eingeladen.

503

504 **5. Wissenschaftsstandort**

505 Köln ist mit seinen derzeit 13 Hochschulen und fünf öffentlichen Forschungszentren
506 ein bedeutender Standort für Lehre und Forschung. Hinzu kommen zahlreiche
507 Forschungseinrichtungen von Unternehmen und Technologiezentren. Zählt man die
508 Region dazu, nimmt unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft eine
509 europäische Spitzenposition ein.

510 Diese Potenziale werden immer noch zu wenig genutzt. Wissenschaft und Forschung
511 sind zu wenig in der Stadtgesellschaft verankert. In der öffentlichen Aufmerksamkeit
512 finden die Kölner Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht die erforderliche
513 Wertschätzung. Der Transfer von Forschungsergebnissen in Entwicklungsprozesse
514 ist zu wenig strukturiert und organisiert. Handlungsbedarf besteht insbesondere auf
515 folgenden Feldern:

- 516 ▪ Information über Forschungsschwerpunkte und -ergebnisse
- 517 ▪ Übergangsmanagement von Schule zur Hochschule
- 518 ▪ strukturiertes Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft
- 519 ▪ Transfer von Forschungsergebnisse in zukunftsfähige Produkte
- 520 ▪ gemeinsames Marketing
- 521 ▪ Entwicklung der Marke „Wissenschaftsstandort Köln“
- 522 ▪ Berücksichtigung studentischer Interessen in der Stadtpolitik

523 Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll verstärkt werden, auch
524 um Investoren, die vom wissenschaftlichen Output profitieren können, an Köln zu
525 binden bzw. für Köln zu gewinnen.

526 Wir unterstützen die Gründungsinitiative des Oberbürgermeisters für ein „Haus der
527 Innovationen“ als Kontaktstelle und Plattform zur Präsentation von Forschungsideen
528 und -ergebnissen, für Unternehmenskooperationen und Unternehmergründungen
529 sowie eine städtische Servicestelle für studentische Anliegen (Wohnraum etc.).

530 Jährlich verlassen Tausende gut ausgebildet die Hochschulen, aber zum Teil leider
531 auch die Stadt. Der Aufbau eines Netzwerks mit der Universität, der Fachhochschule,
532 der Musikhochschule und der Kunsthochschule für Medien soll darauf hinwirken,
533 dass hoch qualifizierte Hochschulabsolventen in Köln eine berufliche Zukunft finden;
534 dies schließt Existenzgründungsinitiativen mit ein.

535 Im Hinblick auf die Durchführung von mehr wissenschaftlichen Kongressen soll die
536 Stadt stärker mit den Hochschulen kooperieren.

537 Wir setzen uns für einen regionalen Wissenschafts- und
538 Forschungsentwicklungsplan der „ABCD-Städte“ (Aachen, Bonn, Cologne,
539 Düsseldorf) ein. Bestandteil dieses Plans sollen neben den Schwerpunkten der
540 Hochschul- und Forschungsaktivitäten auch mögliche Kooperationsfelder,
541 Netzbildung, Technologietransfer und Nachwuchsförderung sein.

542 **Moderne Fachhochschule für Köln**

543 SPD und GRÜNE begrüßen die Absicht des Landes NRW, die Fachhochschule am
544 Standort Köln durch Neubauinvestitionen zu stärken. Mit dem Ziel, die Investition des
545 Landes NRW in Köln zu sichern, wird die Stadt Köln rechtzeitig nach der
546 Entscheidung des Landes NRW ihre notwendigen Beschlüsse fassen. SPD und
547 GRÜNE wirken darauf hin, in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium
548 NRW und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zu für beiden Seiten
549 vorteilhaften Lösungen zu kommen.

550 Ob das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der FH zukünftig im Umfeld des
551 bisherigen Standorts in Deutz verbleibt oder in der Nähe des FH-Standorts in der
552 Südstadt konzentriert wird, soll ergebnisoffen geprüft werden.

553 Dabei sollen die jeweiligen Vor- und Nachteile für den Wissenschaftsbetrieb
554 (Synergien zwischen Fachhochschule und Universität), die Wirtschaftlichkeit, aber
555 auch die verkehrspolitischen Aspekte sowie soziale und städtebauliche
556 Auswirkungen auf die jeweiligen Quartiere analysiert und abgewogen werden.

557 Ob für die Verlagerung des IWZ auch geeignete städtische Grundstücke in Deutz
558 infrage kommen, soll geprüft werden. Für die Südstadt/Bayenthal ist dabei die
559 Fortführung des inneren Grüngürtels gemäß dem städtebaulichen Masterplan zu
560 berücksichtigen.

561 SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, Standortuntersuchungen und
562 Machbarkeitsstudien in Bürgerversammlungen an den jeweiligen Orten öffentlich zur
563 Diskussion zu stellen und so eine erweiterte Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

564 Sofern eine Entscheidung für eine Konzentration der FH Köln im Kölner Süden fällt,
565 sollen zugleich mit dem Land NRW verbindliche Vereinbarungen zur Revitalisierung
566 des bisherigen FH-Deutz-Areals getroffen werden, die dem rechtsrheinischen
567 Stadtteilen Deutz und Kalk realistische Chancen eröffnen, in absehbarer Zeit den
568 positiven Strukturwandel zu unterstützen.

569

570 **6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften**

571 Flächen im städtischen Bereich sind ein knappes Gut und nicht beliebig vermehrbar.
572 Das gilt für Gewerbe- und Industrie- wie für Siedlungs- Frei- und Grünflächen. SPD
573 und GRÜNE lassen sich für ihr kommunalpolitisches Handeln bei der Stadtplanung
574 und Liegenschaftspolitik von folgenden Grundsätzen leiten:

575 • In der weiteren Stadtplanung wird einer Nutzungsmischung von Wohnen und
576 Arbeiten sowie einer sozialen Mischung zur Vermeidung von weiterer
577 Segregation der Vorzug gegeben.

578 • Die Inanspruchnahme unbebauter Freiflächen für Neubauprojekte ist auf das
579 absolute Mindestmaß zu beschränken. Stattdessen sind vor allem Brachen,
580 Konversionsflächen und Baulücken zu mobilisieren.

581 • Seltene Böden und landwirtschaftlich wertvolle Böden sind zu schützen.

582 • Die Eingriffs-/Ausgleichregelung soll transparent sein, wobei ein 100-
583 prozentiger Ausgleich angestrebt wird.

584 • Die zukünftige Flächenpolitik – insbesondere für Gewerbe und Industrie – ist
585 im regionalen Maßstab zu betreiben.

586 Für eine nachhaltige städtische Flächenpolitik sowie Kooperationen mit den
587 kommunalen Nachbarn müssen die geeigneten Flächenmanagementinstrumente
588 fortentwickelt bzw. geschaffen werden.

589 Zur Vorbereitung eines transparenten Eingriffs-/Ausgleichsverfahrens für Flächen soll
590 ein Fachsymposium von der Verwaltung unter Einbeziehung der Fachausschüsse
591 Stadtentwicklung, Liegenschaften sowie Umwelt/Grünflächen durchgeführt werden.

592 Der von SPD und GRÜNEN initiierte Aufbau eines Altstandortkatasters ist
593 voranzutreiben. Nur durch verstärkte Bemühungen für ein umfassendes
594 Flächenrecycling in Verbindung mit einem effektiven Flächenmanagement für
595 Altstandorte und Brachflächen ist eine nachhaltig Ressourcen schonende
596 Flächenpolitik in Köln umsetzbar.

597 Für eine effiziente Bestandspflege und Ansiedlungspolitik ist ein aktives und
598 nachhaltiges Flächenmanagement unabdingbar. Dieses soll auch die rheinische
599 Region im Blick haben, da ggf. große Industrieansiedlungen eher im Rahmen
600 regionaler Kooperation (interkommunale Zusammenarbeit) realisiert werden können.
601 Auf rot-grüne Initiative erfolgten erste Schritte für ein strategisches
602 Flächenmanagement. Ein Ratsbeschluss vom 18.12.2008 sieht die Verwendung von

603 Erlösen aus Siedlungserweiterungen in Freiflächen für einen Grundstücksetat zum
604 Erwerb für Grünvernetzungen vor.

605 Der weitere Aufbau eines Flächenmanagements soll unter folgenden Maßgaben
606 vorangetrieben werden:

607 • kurzfristige Erstellung eines Gesamtkonzepts zur zeitnahen Inwertsetzung der
608 im Gutachten „Gewerbeflächen in Köln“ aufgeführten Reserveflächen,
609 Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans für die Flächenbereitstellung

610 • Konzept zur Bodenbevorratung durch Vorratserwerb und Tausch,
611 Revitalisierung von Brachen und Konversionsflächen, Ermittlung von
612 „Fehlnutzungen“, Umnutzungsreserven privater Gewerbeflächen,
613 betriebsgebundene Reserveflächen – unterstützt durch ein regelmäßiges
614 Monitoring, einschließlich des Freiflächenverbrauchs in Köln

615 • periodisches Flächencontrolling auf Basis eines integrierten
616 Flächeninformationssystems (Industrie-, Gewerbe-, Wohn-,
617 Freiraumnutzungen), in dem die bisherigen Darstellungen der
618 Gewerbeflächenbereitstellung einfließen

619 • bessere Ausnutzung von Gewerbe- und Industriegrundstücken durch
620 verdichtete Bebauung, z. B. mehrgeschossige Gebäude und Nutzung
621 mindergenutzter Grundstücke

622 • Sicherstellung der Vermarktbarkeit bestehender Flächen (Erschließungs- und
623 Flächenzustand) auf Basis des geltenden Planungsrechts sowie einer
624 gleichberechtigten Behandlung der Interessen von Industrie und Gewerbe bei
625 Planungsabläufen

626 • Auf- bzw. Ausbau von Kooperationsstrukturen mit privaten
627 Flächeneigentümern und -entwicklern (Verlässliche, langfristige
628 Flächenplanung muss private Spekulation auf Umwidmung von GI/GE
629 verhindern und sicherstellen, dass auch die in privatem Eigentum befindlichen
630 GI/GE-Flächen für Industrie- und Gewerbeprojekte zur Verfügung stehen.)

631 • klare Abstimmung von Wohnungs- und Gewerbeflächenplanung unter
632 Berücksichtigung von Umwandlungen leerstehender unattraktiver Büroflächen
633 in Wohnungen oder wohnverträgliches Gewerbe (z. B. Ateliers)

634 • Aufbau revolvierender Grundstücksfonds zwecks Entwicklung einer
635 dynamischen, strategischen Bodenreserve und effizienter Projektentwicklung

636 Das in München praktizierte Modell der „sozialgerechten Bodennutzung“ soll auch in
637 Köln umgesetzt werden. Es ist ein Instrument zur zeitnahen Realisierung einer
638 bedarfsgerechten Flächen- und qualitativ anspruchsvollen Stadtplanung. Ziele der
639 sozialgerechten Bodennutzung sind:

640 • Schaffung eines hohen Maßes an Transparenz bei Bauleitverfahren durch die
641 Einführung von allgemein gültigen Verfahrensgrundsätze

- 642 • Gleichbehandlung aller am Verfahren Teilnehmenden und die damit
643 verbundene Kalkulierbarkeit von Kosten zulasten der Vorhabenträger
- 644 • Verkürzung der Verfahrensdauer bei Bauleitplanungen durch klare
645 Verfahrensabläufe
- 646 • Mobilisierung neuer Flächen für die Bebauung trotz knapper Kassen
- 647 • zügige Umsetzung von Bauvorhaben durch Baugebote
- 648 • Steuerung des Wohnungsmarktes durch anteilige Festsetzung von öffentlich
649 gefördertem Wohnungsbau bei Planvorhaben

650 In 2007 erfolgte eine rot-grüne Initiative „Energetisches Bauen in Köln: Vorrang für
651 Energiesparhäuser“, wonach städtische Wohnungsbaugrundstücke nur mit der
652 Auflage des Energiesparhausstandards veräußert werden. Zukünftig sollen in
653 Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und Grundstücksverkaufsverträgen
654 Festlegungen für hohe energiebezogene Standards (KfW-Effizienzhausstandard)
655 vereinbart werden.

656

657 **7. Wirtschaft**

658 „Köln braucht Impulse für die Wirtschaft“ war die Leitidee der Vereinbarungen des
659 rot-grünen Kernbündnisses 2006 bis 2009, die zum großen Teil erfolgreich umgesetzt
660 wurden. Daran wollen wir anknüpfen.

661 Wir wissen: Die Stadt der Zukunft ist eine Stadt, in der neue Ideen und Innovationen
662 in besonderer Weise gefördert werden. Im Wettbewerb der Metropolen werden die
663 Städte und Regionen vorn liegen, die sich nicht auf Bewährtem ausruhen, sondern
664 neue Wege gehen.

665 Rot-grüne Wirtschaftspolitik möchte auch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt
666 in unserer Stadt leisten. Wir brauchen erfolgreiche Unternehmerinnen und
667 Unternehmer sowie qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die
668 Arbeitsplätze sichern und schaffen, wir brauchen eine offensive Ansiedlungspolitik,
669 um den Strukturwandel erfolgreich mitzugestalten, und wir wollen ein Klima schaffen,
670 das Existenzgründungen erleichtert und Köln attraktiv macht für kreative und bestens
671 ausgebildete Frauen und Männer.

672 Deswegen wollen wir wirtschaftliche Stärken durch eine aktive Bestandspflege und
673 eine offensive Ansiedlungspolitik weiterentwickeln und die Entwicklungspotenziale
674 Kölns in den innovativen Zukunfts- und Industriebranchen besser nutzen. Hierbei ist
675 insbesondere die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Köln und der Region zur
676 Stärkung der Ansiedlung von Unternehmen zu nennen.

677 Für das Standortmarketing Kölns in Zusammenarbeit mit der Region sehen SPD und
678 GRÜNE Korrekturbedarf. Getragen vom Regionalgedanken bzw. der
679 Metropolfunktion Kölns ist eine neue Qualitätsstufe zu erreichen, die die derzeitige
680 Zersplitterung der Kräfte ablöst. Unter Hinzuziehung von Best-practice-Beispielen
681 anderer Metropolen soll eine wirkungsvolle Konzentration der Kräfte aller Akteure

682 erzielt werden. Wir streben zukünftig eine verbindlichere regionale Zusammenarbeit
683 an. Es wird geprüft, welche institutionelle Form hierfür am besten geeignet ist.
684 Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren auf regionaler Ebene ist, dass zunächst
685 die Kölner Akteure ihre Aktivitäten bündeln und konsensual gemeinsam ausrichten.

686 **Industrie**

687 Die Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaftskraft Kölns. Die
688 Industrieunternehmen stehen für Hochtechnologie und weltweit nachgefragte
689 Produkte, sind ein wichtiger Arbeitgeber und sichern den Wirtschaftsstandort Köln mit
690 hohen Investitionen und einer überdurchschnittlichen Ausbildungsleistung.

691 Ein Perspektivkonzept für die Kölner Industrie ist zu erarbeiten, indem die
692 Möglichkeiten zum Ausbau und zur Sicherung des Industriestandortes
693 festgeschrieben werden. Es hat sich an drei Perspektiven zu orientieren:

- 694 ▪ Sicherung der Entwicklung der ansässigen Industrieunternehmen und
695 -branchen hinsichtlich der wesentlichen Parameter der Flächen sowie der
696 materiellen, informationellen und sozialen Infrastruktur
- 697 ▪ gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Cluster und Branchen durch
698 Unterstützung von Outsourcingprojekten sowie Ansiedlungen komplementärer
699 Produktionen wie industrieller Dienstleistungsunternehmen (Dabei ist auch zu
700 beachten, dass Industrieproduktion in Netzwerken stattfindet, die eng mit
701 produktionsbezogenen und ausgelagerten Dienstleistungen verflochten sind.)
- 702 ▪ gezielte Anwerbung von Unternehmen, die für Zukunftstechnologien der
703 chemischen, der motortechnologischen sowie der energietechnischen
704 Entwicklung stehen und die ggf. Unternehmen ersetzen, die am Ende
705 technologischer Entwicklungslinien stehen

706 Deswegen wollen wir prüfen, ob neben dem bereits vorhandenen „Branchenforum
707 Industrie“ ein Forum „Infrastruktur Köln“ zielführend ist. Dieses soll Unternehmen und
708 Arbeitnehmer vernetzen, die für die Sicherung und den Ausbau der materiellen wie
709 informellen Infrastruktur der Kölner Wirtschaft entscheidend sind.

710 Das „Branchenforum Industrie“ hat sich bewährt. Von ihm gehen wichtige Impulse
711 aus, z. B. durch den Entwurf eines „Businessplan Industrie“ für Köln. Deswegen
712 wollen SPD und GRÜNE an diesem wichtigen Instrument als
713 Kommunikationsplattform zwischen Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften,
714 Fachverwaltung und kommunalpolitischen Akteuren festhalten. Damit verbinden wir
715 das Ziel, für konkrete Vorhaben Kompromisse und Vereinbarungen zu ermöglichen.

716 Wir werden ein verbindliches Konzept für die Industrie- und Infrastrukturpolitik der
717 Stadt Köln als Baustein weiterentwickeln. Dies dient gleichermaßen der Orientierung
718 für die folgenden Entwicklungen:

- 719 • Entwicklung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Köln
- 720 • Entwicklung des Flächenmanagements
- 721 • Entwicklung der Verkehrsträger

722 Hierzu fließen die Empfehlungen des vom „Branchenforum Industrie“ fortentwickelten
723 „Businessplan Industrie“ in die Beratungen ein.

724 Die Kölner Unternehmen der ITK-Branche (Informations- und
725 Telekommunikationstechnologie) nehmen in NRW und bundesweit einen der
726 führenden Plätze ein. Die ITK als Schnittstellenbranche dient mit ihren Produkten und
727 Dienstleistungen der Wettbewerbsfähigkeit und -stärkung aller Unternehmen. Die
728 Kölner ITK-Branche ist deshalb in den nächsten Jahren nachhaltig zu vermarkten.
729 Köln ist mit Unterstützung aller Kräfte zum ITK-Standort Nummer eins national und
730 europaweit weiterzuentwickeln. Die Ideen aus dem Strategiepapier „Internet-Stadt
731 Köln“ sind hierin aufzunehmen.

732 Hochgeschwindigkeitsnetze sind Treiber und wichtige Impulsgeber für die Kölner
733 Wissenschaft und auch für die Kölner Wirtschaft. Im nationalen Vergleich liegt Köln,
734 nicht zuletzt dank der Investitionen des GEW-Tochterunternehmens NetCologne, mit
735 seiner Glasfaserinfrastruktur weit vorn. Diesen Standortvorteil gilt es
736 weiterzuentwickeln und national sowie vor allem aber auch international zu
737 kommunizieren.

738 **Kleine und mittelständische Unternehmen/Handwerk**

739 Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der Förderung der kleinen und
740 mittelständischen Unternehmen (KMU) sowie des Handwerks, die hohe
741 Standortbindung aufweisen und einen erheblichen Beitrag zur Sicherung und
742 Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten.

743 Um diesen Unternehmen bessere Wettbewerbschancen einzuräumen, sollen die
744 städtischen Vergabegrundsätze und die Vergabepaxis überprüft werden, wobei
745 notwendige Antikorruptionsverfahren davon unberührt bleiben. Dabei soll
746 insbesondere überprüft werden, inwieweit sachgerechte Vergaben in Teillosen
747 stärker Berücksichtigung finden können als Generalunternehmer-Vergaben und
748 inwieweit eine Veränderung der Schwellenwerte im gesetzlichen Handlungsrahmen
749 sinnvoll ist. Dazu soll in 2010 ein Symposium der Stadt Köln durchgeführt werden.

750 Das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung von städtischen Grundstücken für
751 KMU wird evaluiert, um es verbessert fortsetzen zu können.

752 Selbstständigkeit als eine der Alternativen zur Existenz sichernden Erwerbsarbeit
753 muss weiter gefördert werden. Das im Wirtschaftsdezernat bestehende
754 Gründungsbüro mit seinen umfassenden Beratungs- und Serviceleistungen zur
755 Unterstützung von nachhaltigen Gründungen ist auszubauen, um dem hohen
756 bestehenden Nachfragebedarf nachzukommen. Die Beratung von kleinen und
757 mittleren Unternehmen zur Abwendung von wirtschaftlichen Schieflagen und damit
758 zur Abwendung von Arbeitsplatzabbau soll im Wirtschaftsdezernat ausgebaut
759 werden.

760 Die Förderung von Existenzgründungen wird in Zusammenarbeit mit den Kammern
761 intensiviert. Dazu gehört ein Gründernetzwerk für regenerative Energien.

762 Gleiches gilt auch für Freiberufler: Hier soll die bewährte Zielgruppeneinteilung
763 beibehalten werden und um das neue Kompetenznetzwerk der Kreativwirtschaft
764 ergänzt werden.

765 Mit der Förderung von Ökoprofitprojekten für KMU sollen sie bei der Reduzierung
766 ihres Ressourcenverbrauchs und der Erzielung positiver Umweltbilanzen unterstützt
767 werden.

768 **Medien- und Kulturwirtschaft**

769 Die Medien- und Kulturwirtschaft einschließlich der Games-Branche müssen unsere
770 Markenzeichen bleiben. Kölns herausragende Stellung im Städtewettbewerb muss
771 durch intensive Bestandspflege und neue Impulse beständig gesichert und
772 ausgebaut werden. Der Deutsche Fernsehpreis und das TV-Festival „Cologne
773 Conference“ sind deshalb wichtige Aktivitäten, die zur Medienmetropole Köln
774 gehören. Das gilt ebenfalls für das „medienforum.nrw“. Zusätzlich muss Köln vor
775 allem seine Anziehungskraft für kreative Szenen stärken.

776 Die Fortentwicklung und Pflege der polyzentrischen Standortstruktur der Medien- und
777 Kulturwirtschaft (Belgisches Viertel, Mediapark, Medienzentrum Mülheim,
778 Rheinauhafen, Ossendorf) wird vorangetrieben. Das AV-Gründerzentrum wird weiter
779 unterstützt. Darüber hinaus bedarf es eines Ergänzungsangebots für „kreative
780 Räume“. Diese sollen in teilräumlichen Entwicklungskonzepten – insbesondere für
781 die Gebiete Mülheim-Süd, Güterbahnhof Mülheim, Mülheimer Hafen, Güterbahnhof
782 Ehrenfeld, Heliosgelände, Clouth, FH Deutz, Deutzer Hafen – berücksichtigt werden.

783 Ein spannender Förderimpuls besteht in der Nutzung der Rheinparkhallen
784 (Staatenhaus) für die Kreativwirtschaft.

785 Zu den Bereichen der Kreativwirtschaft, die mit Unterstützung der städtischen
786 Wirtschaftspolitik stärker profiliert werden sollen – ohne die Bereiche
787 Filmwirtschaft/AV-Medien zu vernachlässigen –, gehören die Games-Branche, die
788 Musikwirtschaft, der Designbereich und der Kunstmarkt. Hier werden wir Initiativen
789 starten, damit die Verwaltung in Kooperation mit den jeweiligen Branchenakteuren
790 tragfähige Handlungskonzepte entwickelt.

791 Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Weiterentwicklung der Games- und
792 Internet-Branche liegen. Köln hat dafür gute Ausgangsvoraussetzungen. Die
793 „GamesCom“-Messe hat hier einen starken Impuls gesetzt, mit „E.A.“ und „Turtle
794 Entertainment“ haben wir zwei internationale Player. Wir wollen weitere
795 Anstrengungen unternehmen, dieses Zukunftsfeld für Köln auszubauen. Dazu
796 gehören auch das „Cologne Game Lab“ und die „International eSports Conference“.

797 Medienkompetenzprojekte sind für die Medienstadt Köln unverzichtbar. Erfolgreiche
798 Beispiele sind die „medienwerk-stadt.nrw“ und das „medienfest.nrw“ ebenso wie die
799 Aktivitäten von „n!faculty“.

800 Die erfolgte Ansiedlung der „Stabsstelle Medien“ beim Wirtschaftsdezernat war ein
801 notwendiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Die Dynamik der Branche erfordert
802 deshalb eine Neuausrichtung, die alle Aspekte der Kreativwirtschaft umfasst und eine
803 enge Vernetzung der relevanten Akteure vorsieht. Das für Mülheim geplante
804 Kompetenznetzwerk für die Kreativwirtschaft (KNK) wollen wir als zentrales
805 Beratungs- und Informationstool unterstützen.

806 Die bislang erfolgreiche Arbeit des 2001 gegründeten „Medien- und IT-Rates“ soll als
807 Branchenforum, das alle Facetten der Kreativwirtschaft ansprechen soll, fortgeführt
808 werden.

809 **Einzelhandel**

810 Das von SPD und GRÜNEN initiierte Einzelhandelskonzept wird umgesetzt. Es dient
811 als Handlungsleitfaden, um die Entwicklung des Einzelhandels und seiner
812 Ansiedlungen zu steuern.

813 Die „Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach
814 Ladenschlussgesetz“ hat sich in der Praxis im Wesentlichen bewährt und soll
815 fortgeführt werden. Am Prinzip der „freiwilligen Selbstbeschränkung“ unter
816 Berücksichtigung und angemessener Abwägung von Arbeitnehmer- und
817 Einzelhandelsinteressen wird festgehalten. Ein wichtiges Ziel für die Bildung der
818 Konsensrunde bestand aus Sicht des Rates darin, die Attraktivität der Vororte und
819 Stadtbezirkszentren gegenüber den Interessen des City-Einzelhandels zu stärken
820 und einen Interessenausgleich zu erzielen. Von einer generellen Einführung einer
821 vierten Sonntagsöffnung wird abgesehen.

822 In den Geschäftszentren werden die Weiterentwicklung bestehender
823 Immobilienstandort-Gemeinschaften (sog. Business Improvement Districts) sowie
824 Neugründungen unterstützt, um die Bezirksgeschäftszentren besser stabilisieren zu
825 können.

826 Wichtige Kriterien sind:

- 827 • keine Ausweisung von Sondergebieten für den Einzelhandel; Einzelhandel ist
828 nur in integrierten Lagen anzusiedeln, die weitere Verkaufsflächenexpansion
829 ist zu vermeiden
- 830 • Anwendung des planungsrechtlichen Instrumentariums zur Vermeidung von
831 großflächigem Einzelhandel

832 **Großmarkt**

833 Die Verlagerung des Großmarkts und der Aufbau eines Frischelogsistikzentrums im
834 Gewerbegebiet Marsdorf werden zügig vorangetrieben. SPD und GRÜNE werden
835 die zukünftige Betriebsform für den Großmarkt prüfen. Dies beinhaltet auch die
836 Prüfung einer Beteiligung der Großmarktakteure. Dabei werden außerdem die
837 Erfahrungen von Betriebsgesellschaften anderer Städte vergleichend betrachtet.

838 **Tourismus**

839 Köln ist ein Touristenmagnet mit besten Voraussetzungen für Gastro-, Gesundheits-
840 und Kulturtourismus, für Shopping und Kongresse. Köln hat einen bekannten Namen
841 und Köln hat mit dem Dom ein weltbekanntes Markenzeichen, um das uns viele
842 Städte beneiden. Wir werden diese Stärke im internationalen Wettbewerb um
843 einprägsame Profilbildung weiter ausbauen.

844 Infolge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen die Anstrengungen
845 im Tourismussektor verstärkt werden. Marketing und Werbung durch KölnTourismus
846 sollen mit lokalen und regionalen Partnern erfolgen – insbesondere an den

847 maßgeblichen Quellflughäfen. Dabei wollen wir die Akteure der Tourismuswirtschaft
848 an einen Tisch holen, um ein Frühwarnsystem zu installieren. Die Profilierung Kölns
849 als international bedeutsame Tagungs- und Kongress-Stadt steht dabei im
850 Vordergrund. Wesentlicher Partner hierbei ist das bei KölnTourismus angesiedelte
851 „Cologne Convention Bureau“ und die dort gebündelten Partner.

852 Die Ansiedlung eines Musicals im Rechtsrheinischen wird weiterhin unterstützt, da
853 davon ein wichtiger Impuls für den Städtetourismus ausgehen kann.

854 Hinsichtlich der Veranstaltung von Großevents im öffentlichen Raum ist Köln in
855 jüngster Zeit gut damit gefahren, deutlich auf Qualität und nicht auf Beliebigkeit und
856 Quantität zu setzen. Dies soll auch Richtschnur für zukünftige Entscheidungen sein.

857 **Kongress- und Messestadt**

858 Köln ist ein attraktiver Kongress- und Messestandort. Nicht zuletzt die Umsetzung
859 des Messe-Masterplans mit der Etablierung neuer Messehallen und der Start des
860 „Cologne Convention Bureau“ haben dazu beigetragen.

861 Die Koelnmesse steht im verschärften Wettbewerb. Verdrängungsdruck bestimmt
862 den in- und ausländischen Messemarkt. Die Koelnmesse wird dabei unterstützt,
863 zusätzliche messeähnliche Nutzungen für ihre Facilitäten zu akquirieren. Des
864 Weiteren soll geprüft werden, inwieweit privatwirtschaftliches Know-how bei der
865 Führung des Messebetriebs notwendig ist und eingebunden werden sollte.

866 Die Überlegungen für ein bedarfsgerechtes und wettbewerbsfähiges
867 Kongresszentrum im unmittelbaren Umfeld der Koelnmesse werden weiterverfolgt.
868 Ein solches Vorhaben ist aber nur durch privatwirtschaftliches Engagement
869 realistisch. Sofern sich absehbar kein Investor – bevorzugt für ein Kongresszentrum
870 auf dem Messe-City-Deutz-Areal – findet, ist parallel intensiv zu prüfen, das
871 Kongresszentrum Ost der Koelnmesse (Betreiber KölnKongress GmbH) den
872 heutigen Erfordernissen entsprechend zu modernisieren.

873 **Engagierte Bürger und Unternehmen**

874 Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sowie kreative Bedingungen und Impulse für
875 wirtschaftliche Prosperität sind beständige Herausforderungen, die Kommunalpolitik
876 und -verwaltung alleine nicht meistern können. Eine aktive Bürgergesellschaft, das
877 bürgerschaftliche Engagement Einzelner und nicht zuletzt ein solches Engagement
878 von kleinen, mittleren und großen Unternehmen tragen das ihre zu einer guten Stadt-
879 und Standortentwicklung bei. Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, damit sich
880 Unternehmensengagement für die Stärkung „weicher Standortfaktoren“ entfalten
881 kann und die städtische Wirtschaftsförderung ermutigen, Initiativen aktiv zu begleiten
882 bzw. selbst anzustoßen.

883

884 **8. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung**

885 Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind vorrangige
886 Ziele kommunaler Politik. Teilhabe an der Gesellschaft definiert sich heute in erster

887 Linie über Bildung und Erwerbsarbeit. Grundgedanken der Arbeitsmarkt- und
888 Beschäftigungspolitik müssen sein:

- 889 ▪ alle dazu fähigen Menschen in eine Arbeit zu bringen, die für sie beruflich
890 befriedigend ist und ihren Lebensunterhalt sichert
- 891 ▪ Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen
- 892 ▪ durch präventive Ansätze bei Qualifizierung und Beratung, die individuellen
893 Perspektiven erwerbsfähiger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern

894 Das verlangt:

- 895 ▪ Unterstützung und respektvolle Behandlung von arbeitslosen Menschen
- 896 ▪ Bestärkung zu einer eigenständigen Lebensführung
- 897 ▪ ausgeglichenes Fördern und Fordern
- 898 ▪ Motivieren vor Sanktionieren

899 Die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir durch präventive
900 Maßnahmen, insbesondere durch gezielte Stützangebote im Arbeitsfeld „Übergang
901 Schule-Beruf“, verbessern.

902 Entsprechend des Beschlusses von November 2006 „Beschäftigungsoffensive für
903 Köln“ sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dauerhafte, geförderte Arbeitsplätze
904 zu schaffen – vorrangig im allgemeinen Arbeitsmarkt. Notwendig ist öffentlich
905 gestützte Beschäftigung auch dort, wo Menschen aufgrund von Bildungsdefiziten,
906 aufgrund von körperlichen oder seelischen Einschränkungen und aufgrund von
907 alters- oder bildungsbedingten Beeinträchtigungen absehbar nicht oder nicht zeitnah
908 in den ungeforderten Arbeitsmarkt integriert werden können.

909 Das bedeutet:

- 910 • Die Möglichkeiten der städtischen Wirtschaftsförderung sollen genutzt werden,
911 um die Beschäftigungschancen für geringer qualifizierte oder lange Zeit
912 arbeitslose Menschen zu erhöhen.
- 913 • Die geförderten Plätze im Ersten Arbeitsmarkt sollen ausgebaut und gestützt
914 werden, z. B. durch Programme nach § 16 e, Stärkung der Ratsinitiativen „Wir
915 im Quartier“ und „Win-Win für Köln“. Die zielgerichtete Nutzung von
916 Fördermitteln der Agentur für Arbeit und der ARGE unter Einbeziehung
917 städtischer Mittel für Beschäftigung sind unabdingbar. Wohnortnahe,
918 veeedelsbezogene Vor-Ort-Projekte sollen fortgeführt, ausgebaut und noch
919 stärker auf die Verbesserung nachbarschaftlicher Strukturen, z. B. auf Spiel-,
920 Sport- und Erholungsanlagen, ausgerichtet werden.
- 921 • Eine besondere Rolle in der Beschäftigungsförderung kommt den städtischen
922 oder stadtnahen Gesellschaften zu, z. B. durch die Entwicklung weiterer
923 Aufgabenschwerpunkte wie das Schaffnerkonzept bei der KVB, Ausweitung
924 von Sicherheits- und Betreuungsdiensten in öffentlichen Anlagen und Parks,
925 Projekte wie Hausmeisterhelfer bei der GAG, Begleitdienste oder

- 926 haushaltsnahe Dienstleistungen. Ein integriertes städtisches
 927 Beschäftigungsprogramm, in dem etwa das Stadtverschönerungsprogramm
 928 für junge Arbeitslose seinen Platz hätte, kann diese Vorhaben wirkungsvoll
 929 ergänzen.
- 930 • Wir wollen die Entwicklung und Verstärkung eines einheitlichen kommunalen
 931 Beschäftigungsprogramms über das jährliche Integrationsprogramm der
 932 ARGE hinaus. Alle Einzelmaßnahmen der Stadt, mehr Beschäftigung vor
 933 allem für Langzeitarbeitslose zu schaffen, müssen dort aufgeführt und
 934 beschrieben werden. Dabei muss es eine abgestimmte gemeinsame
 935 Steuerung durch das Sozial- und das Wirtschaftsdezernat geben.
- 936 • Erforderlich ist die koordinierte Abstimmung der Dezernate III, V und der
 937 ARGE. Alle Beteiligten müssen dafür Sorge tragen, dass die kommunalen
 938 Ziele und Programme nicht durch eine überregional gesteuerte
 939 Ausschreibungs- und Vergabepaxis der ARGE ignoriert oder behindert
 940 werden. Die Ausschüsse Soziales und Wirtschaft sind generell einzubinden in
 941 alle Belange der Beschäftigungsförderung.
- 942 • Beschäftigungsträger und Integrationsfirmen müssen in ihrem Bemühen um
 943 berufliche und soziale Integration langzeitarbeitsloser oder gesundheitlich
 944 beeinträchtigter Menschen durch städtische Auftragsvergaben gestärkt
 945 werden. Dabei ist durch eine Novellierung der Richtlinien im Vergaberecht und
 946 eine auf Förderung ausgerichtete Vergabepaxis sozialen und ökologischen
 947 Kriterien stärkeres Gewicht einzuräumen.
- 948 • Das Jobbörsenprogramm incl. Zielgruppenangebote und Pro-Veedel-
 949 Jobbörsen soll erhalten bzw. bedarfsgerecht in Sozialräumen, Wohnorten und
 950 bezogen auf besondere Zielgruppen und kommunale sozialpolitische Ziele
 951 ausgebaut werden.
- 952 • Wir wollen den Ausbau der Angebote zur Integration gesundheitlich
 953 beeinträchtigter Menschen. Die in den letzten Jahren aufgebauten
 954 Fördernetze „JobPromote“ und „JobPerspektive“, „Fachberatung für Arbeit und
 955 Gesundheit“ und „Ferry4You“, die insbesondere die soziale und die
 956 Arbeitsmarktintegration physisch oder psychisch beeinträchtigter Menschen
 957 stärken, sollen inhaltlich weiterentwickelt und in ihrer Angebotsvielfalt
 958 ausgeweitet werden.
- 959 • Unser Ziel ist die Förderung von Integrationsfirmen u. a. auch durch
 960 Verstärkung der Kooperation mit städtischen oder stadtnahen Betrieben.
 961 Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Schaffung besserer Übergänge von
 962 den Werkstätten für Behinderte in den Ersten Arbeitsmarkt.
- 963 • Wir brauchen die Förderung der Chancen von Menschen im SGB-XII-Bezug,
 964 wieder oder erstmalig Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.
- 965 • Die flankierenden Maßnahmen (Sucht- und Schuldnerberatung, psychosoziale
 966 Beratung) müssen wir sichern und bedarfsgerecht anpassen.
- 967 • Wir planen eine Neuausrichtung des Bündnisses für Arbeit. Aus den Sitzungen
 968 des Bündnisses müssen unmittelbare Handlungsoptionen und konkrete

969 Projekte zur Verbesserung von Qualifizierungsangeboten, zum Erhalt und zur
970 Schaffung neuer Arbeitsplätze folgen.

971 • Wir legen Wert auf den Erhalt und die gesicherte Finanzierung eines
972 integrierten Netzes der unabhängigen Beratung durch Arbeitslosenzentren
973 und -beratungsstellen für die Arbeitslosen und sozial Benachteiligten.

974 • Die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) hat ihren
975 Platz in der Trägerlandschaft gefunden, eine gesicherte Perspektive aber nur,
976 wenn die Existenz ohne dauerhafte städtische Förderung gewährleistet ist.
977 Der erreichte Status soll gefestigt werden.

978 • Wir setzen uns ein für Zielgruppen mit besonders schwerwiegenden
979 Integrationshemmnissen. Um ihnen ein adäquates Angebot machen zu
980 können, sollen innovative Träger in ihrer Existenz gesichert werden, bspw. der
981 SSM als Projekt des 1. Arbeitsmarktes im „Mülheim-Programm“.

982 • Wichtig ist eine frühzeitige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:
983 Schnittstellen zwischen den Trägern, der ARGE und der Jugendhilfe müssen
984 dringend verbessert und die Anstrengungen, den Auswirkungen des
985 demografischen Wandels zu begegnen, verstärkt werden. Dies umfasst
986 insbesondere die Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten und die Integration von
987 jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Wir
988 benötigen Maßnahmen zur Erleichterung der Übergänge Schule-Ausbildung
989 sowie Ausbildung-Beruf und die Verstärkung der nachhaltigen Förderung und
990 Integration von jungen Menschen mit gesundheitlichen, insbesondere
991 psychischen Beeinträchtigungen.

992 • Die U-25-Konferenz soll gestärkt und das Modellprojekt „Jugendbüro in
993 Chorweiler“ ausgewertet, fortgeführt und auf andere Sozialräume ausgeweitet
994 werden. Dabei soll bei der Weiterentwicklung von Angeboten besondere
995 Aufmerksamkeit auf die Erkenntnisse der U-25-Konferenz über den
996 dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen von Kindern und
997 Jugendlichen gelenkt werden.

998 **Organisation der ARGE**

999 • Innerhalb der ARGE ist die Dienstleistungsorientierung zu verbessern, vor
1000 allem, indem das System mit persönlichen Ansprechpartnern und
1001 Fallmanagern u. a. durch intensive Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen
1002 und Mitarbeiter weiter optimiert wird.

1003 • Der ARGE-Beirat als wichtiges Gremium zu erhalten und zu stärken.

1004 • Zur Berücksichtigung und Schlichtung in problematischen Konfliktfällen soll
1005 eine Ombudsperson für alle Arbeitslosen beim Beirat der ARGE angesiedelt
1006 werden.

1007 • Das von der Bundesregierung beabsichtigte Konzept der getrennten
1008 Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch
1009 Bundesagentur und Kommune darf nicht dazu führen, dass der oder die
1010 Hilfesuchende in Zukunft Leistungen von zwei Entscheidungsträgern erhält,

1011 die unabhängig und in eigener Verantwortung agieren. Die Stadt Köln wird alle
1012 rechtlichen und politischen Möglichkeiten nutzen, das bewährte Verfahren der
1013 Leistungsgewährung aus einer Hand durch eine vertragliche Regelung mit der
1014 Bundesagentur zu sichern: Der Einfluss der Kommune auf Ziele und Struktur
1015 der Hilfe- und Integrationsprogramme kann nur durch die gleichberechtigte
1016 Teilhabe an der Geschäftsführung einer zukünftigen Organisation und an den
1017 mit Strategiebildung und Beratung befassten Gremien sichergestellt werden.

1018 • Die Möglichkeiten als Optionskommune mit entsprechender finanzieller
1019 Ausstattung für Köln müssen ernsthaft geprüft werden, sofern sich der
1020 angestrebte Status nicht realisieren lässt.

1021

1022 **9. Wirtschaftsverkehr und Logistik**

1023 Durch seine verkehrsgünstige, zentrale Lage in Europa ist Köln ein bedeutender
1024 Logistikstandort. Köln als Industrie-, Handels- und Logistikzentrum zu erhalten,
1025 erfordert Sicherung, Modernisierung und komplexe Vernetzung der vier
1026 Verkehrswege Luft, Wasser, Straße und Schiene.

1027 **Luftverkehr/Flughafen**

1028 Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn für die Region ist
1029 unbestritten.

1030 Die vom Kölner Stadtrat beschlossene Zielsetzung, den Flughafen Köln/Bonn als
1031 Bestandteil öffentlicher Verkehrsinfrastruktur mehrheitlich in kommunalem Eigentum
1032 zu führen, wird mit Nachdruck weiter verfolgt. Nur durch Sicherung der kommunalen
1033 Einflussnahme als Eigentümer kann die strategische Ausrichtung der zukünftigen
1034 Geschäftspolitik bestimmt und eine eigenständige Entwicklung gesichert werden.

1035 SPD und GRÜNE sind sich bewusst, dass moderne Flughafenpolitik einen
1036 tragfähigen Interessenausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens einerseits
1037 und den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung andererseits
1038 sicherstellen muss.

1039 Stadt, Wirtschaft und Flughafen setzen sich gemeinsam dafür ein, dass es durch den
1040 Einsatz lärmärmerer Flugzeuge vor allem in der Nacht und durch die Einhaltung der
1041 Flugrouten zu einer Lärminderung kommt. Der Flughafen setzt weiterhin das
1042 Lärmschutzprogramm um. Durch differenzierte Landegebühren wirkt der Flughafen
1043 auf den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge hin. In Verbindung mit der Deutschen
1044 Flugsicherung (DFS) wird das Landeanflugverfahren auf kontinuierlichen und damit
1045 leiseren Sinkflug umgestellt.

1046 Stadt und Flughafen setzen sich gemeinsam für einen Schienenanschluss zum
1047 Luftfrachtzentrum ein – mit dem Ziel, dass dieser bis 2017 fertig gestellt ist.

1048 Gestützt auf die einstimmige Entschließung des Landtags NRW vom 24.08.2007 wird
1049 die Einführung einer nächtlichen Kernruhezeit zwischen 0 und 5 Uhr im
1050 Passagierflugbetrieb am Flughafen Köln/Bonn unterstützt. Wir werden Initiativen auf

1051 EU-Ebene für ein europaweit geltendes Nachtflugverbot für Passagierflüge
1052 befürworten.

1053 SPD und GRÜNE unterstützen Bestrebungen für eine verbindliche und wirksame
1054 Lärminderungsplanung beim Luftverkehr, die auf Basis der EU-
1055 Umgebungslärmrichtlinie erfolgen soll. Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr
1056 in Form von Lärm- und Bewegungskontingentierungen sollen geprüft werden.

1057 **Schieneverkehr**

1058 Die Stadt setzt sich für die Beseitigung der Engpässe im Schienenpersonenverkehr
1059 ein. Insbesondere setzt sie sich für den Ausbau des Bahnknotens Köln ein und für
1060 eine Direktverbindung mit einem Regionalexpress oder einer S-Bahn aus dem Raum
1061 Aachen zum Flughafen. Ziel ist es, den Ausbau des Bahnknotens spätestens 2015
1062 zu beginnen.

1063 Engpässe, insbesondere jener an der Steinstraße, müssen beseitigt werden. Zur
1064 Verbesserung der Kapazitäten und der Entlastung der Südbrücke muss die
1065 Südausfahrt Eifeltor geschaffen werden (vorgesehen im Programm Arbeit und
1066 Beschäftigung des Bundesverkehrsministers).

1067 Das Güterverkehrszentrumspotenzial muss an das steigende Containeraufkommen
1068 angepasst werden (**KombinierteLadeverkehrTerminal**s).

1069 Die Südbrücke als „Schlagader“ muss für den Schienengüterverkehr saniert werden.

1070 Für den Rhein Ruhr Express (RRX) ist zwingend ein Systemhalt in Köln-Mülheim
1071 vorzusehen.

1072 **Häfen**

1073 Der Weiterentwicklung der Logistikinfrastruktur – insbesondere auch für den
1074 Verkehrsträger Binnenschiff – messen SPD und GRÜNE große Bedeutung zu.

1075 SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der HGK ein
1076 regionales Logistikkonzept voranzutreiben, das den Verkehrsträger Binnenschiff und
1077 den Schienengüterverkehr sowie den kombinierten Ladeverkehr berücksichtigt. In
1078 diesem Konzept werden alle relevanten Daten und Untersuchungen ernsthaft
1079 gegeneinander abgewogen. Das Konzept soll alle für Köln nutzbaren
1080 Hafenressourcen in der Region sowie die Kooperation mit kommunalen Partnern und
1081 privatwirtschaftlich agierenden Logistikakteuren in der Region in die Betrachtung
1082 einbeziehen.

1083 Gleichzeitig sind die beiden Kooperationspartner frei, jede sich im Verlauf der
1084 gerichtlichen Auseinandersetzung um den Godorfer Hafenausbau ergebende
1085 Entscheidung zu treffen. SPD und GRÜNE vereinbaren, sich nach einer weiteren
1086 Gerichtsentscheidung zum in erster Instanz erwirkten Baustopp für den Hafenausbau
1087 zu konsultieren.

1088 Laut des von SPD und GRÜNEN getragenen Ratsbeschlusses (30.06.2009) wird der
1089 Deutzer Hafen sukzessive zu einem neuen Stadtquartier umgewandelt. Wohnen und
1090 Arbeiten sollen integriert werden. Die Verlagerung von produzierenden Betrieben
1091 wird dabei dann für sinnvoll gehalten, wenn sie nicht auf wasserseitigen

1092 Güterumschlag angewiesen sind. Die Möglichkeit des Hafensbetriebs in
1093 eingeschränkter Form soll geprüft werden.

1094

1095 **10. Verkehr**

1096 Die Ziele des bereits in der vergangenen Wahlperiode beschlossenen
1097 Gesamtverkehrskonzeptes werden weiter verfolgt und alle geeigneten Maßnahmen
1098 unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der
1099 Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer umgesetzt. Es soll eine Steigerung des
1100 Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils erreicht werden. Ebenso wird eine
1101 Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung
1102 der Leistungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität
1103 vom motorisierten Individualverkehr.

1104 Diese Maßnahmen sollen zu einer kontinuierlichen Verringerung der
1105 verkehrsbedingten Immissionen wie Lärm und Luftschadstoffe beitragen.

1106 Wir wollen eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit der Implementierung von
1107 Mobilitätsmanagement in der Verwaltung. Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen,
1108 Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen gestärkt und besser vernetzt werden.

1109 Durch den Rückbau von überdimensionierten Straßen wollen wir den Kölnerinnen
1110 und Kölnern ein Stück Stadt wiedergeben.

1111 Das Lkw-Führungskonzept wird mit dem Ziel überarbeitet, Schwerlastverkehr auf den
1112 Haupttrouten zu bündeln und aus den Wohngebieten und dem Innenstadtbereich
1113 herauszuhalten.

1114 **Öffentlicher Personen Nahverkehr**

1115 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und optimieren. Ein Schwerpunkt
1116 wird dabei das Angebot in den Abend- und Nachtstunden sein, das wir auch unter der
1117 Woche schrittweise ausbauen wollen. Hierzu werden wir vor allem auf Nachtbahnen
1118 und Nachtbusse setzen. Wir wollen die bereits beschlossenen
1119 Stadtbahnmaßnahmen wie die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn, die
1120 Verlängerung der Linie 3 in das Zentrum von Mengening und die Verlängerung der
1121 Linie 5 bis zum Butzweilerhof zügig umsetzen. Für eine Reihe von weiteren
1122 Stadtbahnmaßnahmen, die zum Teil schon lange in der Planung sind, wollen wir eine
1123 Priorisierung aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse, um im Rahmen der
1124 vorhandenen Möglichkeiten weitere Stadtbahnprojekte zu realisieren (z. B.
1125 Verlängerung Linie 7 bis Langel, Verlängerung der Linie 13 bis Bayenthal,
1126 rechtsrheinische Ringbahn, Anbindung von Widdersdorf, Braunsfeld, Esch, Pesch,
1127 Rondorf, Meschenich, Neubrück).

1128 Die vorhandenen Stadtbahnstrecken sollen hinsichtlich Kapazität, Pünktlichkeit und
1129 Sicherheit optimiert werden. Dazu gehört u. a. die stärkere Präsenz von Personal
1130 („Schaffner“) in den Bahnen, die für bessere Information und stärkeres
1131 Sicherheitsgefühl der Fahrgäste sorgen sollen. Die weitgehende Barrierefreiheit der
1132 Fahrzeuge und Haltestellen durch den Bau entsprechender Bahnsteige, Aufzüge und
1133 Buskaps soll so schnell wie möglich hergestellt werden.

1134 Beim Umbau von Haltestellen im oberirdischen Bereich soll grundsätzlich
1135 berücksichtigt werden, dass sie ebenerdig zugänglich und barrierefrei querbar sind.
1136 Außerdem soll die Kapazität an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden,
1137 z. B. am Zülpicher Platz und der Haltestelle Ostheim.

1138 Wir wollen die Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger verbessern durch
1139 den Ausbau von Park&Ride-Systemen am Stadtrand und den Bau von Bike&Ride-
1140 Anlagen incl. Fahrradboxen an den Haltestellen. Außerdem sollen an den DB-
1141 Bahnhöfen im Stadtgebiet neue Fahrradstationen entstehen. Auf Verbundebene
1142 setzen wir uns gemeinsam für ein einheitliches Fahrradticket und eine
1143 Mitnahmeregelung in den Bahnen ein.

1144 Die Infrastrukturanlagen der KVB sollen sich besser in das Stadtbild einfügen und
1145 ebenerdige Querungen für den Fuß- und Radverkehr insbesondere an den
1146 Haltestellen und im Innenstadtbereich ermöglichen. Dazu gehört auch der
1147 weitgehende Ersatz von Schotterbetten durch Rasen- oder Pflastergleise.

1148 Zur Erhöhung der Fahrplanteue und der Verbesserung der Anschlusssicherheit soll
1149 es zu einer mit den übrigen Verkehrsträgern abgestimmten flächendeckenden
1150 Vorrangschaltung für Busse und Bahnen im Stadtgebiet kommen. Wo dies mit den
1151 Sicherheitsanforderungen vereinbar ist, ist zu gewährleisten, dass an Kreuzungen
1152 und Überwegen der Rad- und Fußverkehr gradlinig und unbehindert die
1153 Schienentrassen queren kann.

1154 Die Teilnetzplanungen für den Busverkehr sollen wieder aufgenommen werden mit
1155 dem Ziel, Stadtviertel ohne Schienenanschluss besser zu erschließen und attraktive
1156 ÖPNV-Verbindungen herzustellen (z. B. die Anbindung des Rheinauhafens an den
1157 HBF, die Anbindung des neuen Müngersdorfer Bads, des Stadtwaldviertels, der
1158 Vorgebirgsstraße, die Anbindung von Meschenich an den Bahnhof Kalscheuren etc.).

1159 **Schienerpersonennahverkehr**

1160 Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Bau des S-Bahn-Weststrings ein, um eine
1161 leistungsfähige Verbindung vom Hauptbahnhof zum Universitätsviertel und in den
1162 Kölner Süden zu schaffen. Perspektivisch wird eine Weiterführung über die
1163 Südbücke mit Anbindung an das rechtsrheinische S-Bahn-Netz und damit ein
1164 vollständiger S-Bahn-Ring angestrebt. Im Hauptbahnhof soll die Planung zur
1165 Realisierung von zwei weiteren Gleisen zügig vorgebracht werden. Der
1166 Knotenpunkt Steinstraße soll zügig ausgebaut werden; der Bahnhof Deutz ausgebaut
1167 und barrierefrei gestaltet werden.

1168 **Zufußgehen**

1169 Die Kölner Wohn- und Geschäftsviertel profitieren erheblich, wenn sich die
1170 Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger verbessert. Deshalb wollen
1171 wir mehr Flächen für den Fußverkehr durch breitere Bürgersteige und attraktive
1172 fußläufige Verbindungen schaffen. Die positiven Planungen zur Gestaltung der
1173 Umgebung von St. Kolumba soll auch auf andere Stadtgebiete übertragen werden.

1174 Die Behinderungen im öffentlichen Straßenraum für Fußgängerinnen und Fußgänger
1175 sollen abgebaut werden. Dazu gehören insbesondere kürzere Umlaufzeiten an
1176 Ampeln und der grundsätzliche Abschied von der Anforderungsampel, es sei denn,

1177 die Zufußgehenden bekommen unmittelbar Grün. Die Querung von mehrspurigen
1178 Straßen soll in einer durchgängigen Grünphase möglich sein.

1179 Der bereits beschlossene Modellversuch zur gleichrangigen Nutzung von
1180 Straßenflächen („Shared Space“) soll so bald wie möglich beginnen und weitere
1181 Straßen nach Maßgabe von BV-Beschlüssen entsprechend eingerichtet werden.

1182 Wir wollen die Parks, Kinderspielplätze und Fußwege barrierefrei zugänglich
1183 machen, um mit Rollstühlen, Kinderwagen und Fahrrädern ohne Probleme passieren
1184 zu können.

1185 **Radverkehr**

1186 Wir wollen den Radverkehr in Köln fördern und ausbauen. Dazu sollen das
1187 Veloroutenprogramm fortentwickelt, die Lücken im Radwegenetz geschlossen und
1188 das Fahrradabstellanlagenprogramm verstärkt werden. Insbesondere ist endlich
1189 auch die Durchlässigkeit des Inneren Grüngürtels (Querung Aachener Straße) für
1190 den Radverkehr herzustellen.

1191 Besonders an den ÖPNV-Verknüpfungspunkten, an Schulen, öffentlichen Gebäuden
1192 und Wohnanlagen sollen bedarfsgerecht neue Fahrradabstellanlagen gebaut
1193 werden. An den DB-Bahnhöfen sollen neue Radstationen entstehen, für die aktiv
1194 nach Trägern und Räumen gesucht wird. An den Endhaltestellen der KVB und an
1195 den S-Bahn-Stationen sollen abschließbare Fahrradgaragen bzw. -boxen angeboten
1196 werden.

1197 Neue Radwege sollen auf der Straßenfläche als Rad- oder Schutzstreifen markiert
1198 werden, dies gilt auch für Hauptverkehrsachsen, wie z. B. die Riehler Straße. Das in
1199 den letzten Jahren beschlossene Fahrradwegsaniierungsprogramm soll weitergeführt
1200 werden, wobei das Ziel ist, auch hier nach Möglichkeit bauliche Radwege durch Rad-
1201 oder Schutzstreifen zu ersetzen und den gewonnenen Raum den Fußgängern
1202 zurückzugeben.

1203 Weitere Einbahnstraßen im Stadtgebiet sollen für den Zweirichtungsradverkehr
1204 geöffnet und mehr Fahrradstraßen eingerichtet werden.

1205 **Autoverkehr**

1206 Der Autoverkehr soll im Stadtgebiet verträglicher gestaltet werden. Dazu gehört die
1207 Ausweisung von weiteren Tempo-30-Zonen und -straßen in Wohngebieten, die
1208 Verhinderung von LKW- und PKW-Durchgangsverkehren und der bereits
1209 beschlossene Umbau von Stauknotenpunkten, z. B. an den Kreuzungen
1210 Militärring/Luxemburger Straße und Militärring/Dürener Straße. Die bereits
1211 beschlossenen Entlastungs- und Umgehungsstraßen in Meschenich, Fühligen und
1212 Zündorf sollen zur Baureife gebracht werden. Auf den Hauptverkehrsstraßen in der
1213 Innenstadt soll maximal Tempo 50 gelten.

1214 Das Programm zur Fahrbahnsanierung soll konsequent weitergeführt werden und
1215 das Baustellenmanagement verbessert werden.

1216 Das Parkraummanagement in der Innenstadt und in den Ortszentren soll auch auf
1217 weitere Stadtteile zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner ausgedehnt werden
1218 mit dem Ziel, eine umfassende Bewirtschaftung der Dauer- und Kurzzeitparkplätze

- 1219 zu erreichen. Die Stellplätze im öffentlichen Straßenraum der City sollen verringert
1220 werden, um einerseits mehr Flächen für den Fußverkehr zu schaffen und
1221 andererseits unerwünschten Parksuchverkehr zu unterbinden. Das bestehende
1222 Parkleitsystem soll in ein gesamtstädtisches Verkehrsleitsystem auch in
1223 Zusammenarbeit mit dem Umland überführt werden, um Staus, Durchgangsverkehr
1224 und lange Schlangen vor den Parkhäusern zu vermeiden.
- 1225 In Kooperation mit privaten Partnern sollen Quartiersgaragen in besonders von
1226 Parkdruck belasteten Stadtvierteln entstehen.
- 1227 Es sollen Flächen für Carsharing-Plätze im öffentlichen Straßenland ausgewiesen
1228 werden, um die PKW-Dichte zu reduzieren und damit den Parkdruck zu vermindern.
1229 Außerdem soll das Konzept der Mobilpunkte, z. B. an den DB-Bahnhöfen, umgesetzt
1230 werden.
- 1231 Wir wollen in den nächsten Jahren mindestens zwei Mittelalleen (Kempener Straße
1232 und Vorgebirgsstraße) entsiegeln und freistellen.
- 1233 Der ruhende Verkehr soll verstärkt überwacht werden, um das Parken in zweiter
1234 Reihe, auf Radwegen und Bürgersteigen sowie auf Ladeflächen in enger
1235 Abstimmung mit der Polizei zu unterbinden.
- 1236 Es sollen Maßnahmen gegen die Rücksichtslosigkeit und Aggression im
1237 Straßenverkehr eingeleitet werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Um die
1238 Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erleichtern, sollen Standorte für
1239 visuelle Tempo-Informationen für Autofahrer geprüft werden.
- 1240 Das Programm zur Umwandlung von Lichtsignalanlagen in Kreisverkehre und
1241 gesicherte Überwege soll weitergeführt und ausgebaut werden. In diesem Rahmen
1242 soll auch der Schilderwald konsequent durchforstet und „abgeholzt“ werden.
- 1243 Der im Rat beschlossene und zum Teil umgesetzte „Autofreie Tag“ soll angemessen
1244 weiterentwickelt werden.
- 1245 **Niehler Gürtel**
- 1246 Es werden neue Planungen in Auftrag gegeben mit dem Ziel, den Ehrenfeldgürtel bis
1247 zur Mülheimer Brücke fortzuführen. Diese Fortführung in Form des Ehrenfeldgürtels
1248 ist so zu planen, dass ein stadtverträglicher Raum entsteht, der Durchgangsverkehr
1249 begrenzt wird und die umliegenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Das derzeit
1250 bei der Bezirksregierung eingereichte Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des
1251 Gürtels wird eingestellt.
- 1252 Dazu ist – im Zusammenhang mit der notwendigen Betonsanierung der Hochbahn –
1253 zu prüfen, wo und wie die Hochbahn in ebenerdige Mittellage gebracht werden kann.
- 1254 Für die Zeit bis zum Baubeginn sind Maßnahmen zur Attraktivierung und Nutzung
1255 der Flächen entlang der Hochbahn, wie von der BV Nippes beschlossen,
1256 umzusetzen.
- 1257 **Rheinuferstraße**

1258 Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die
1259 gewonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung
1260 umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u. a.:

1261 • Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz

1262 • Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz,
1263 Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

1264 • Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

1265 Parallel dazu werden Verhandlungen mit den Fördergebern aufgenommen mit dem
1266 Ziel, die geplante BÜSTRA-Anlage („Bahn überquert Straße“) zu verhindern und eine
1267 Querung analog Uberring und Heinrich-Lübke-Ufer durchzusetzen. Die Option, die
1268 Stadtbahn unter der Rheinuferstraße zum Rheinufer zu führen, wird weiter geprüft
1269 und dann realisiert, wenn eine maximale Förderzusage verbindlich vorliegt.

1270 Sollten diese Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung zeigen und die
1271 Verhandlungen mit den Fördergebern scheitern, vereinbaren SPD und GRÜNE,
1272 erneut über diesen Punkt zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen.

1273

1274 **11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft**

1275 **Grünanlagen und Gärten**

1276 • Die Aufenthaltsqualität in Grünanlagen ist sukzessive zu steigern. Dazu
1277 gehört, dass die durch den Bürgerhaushalt begonnenen Maßnahmen
1278 fortgesetzt werden (u. a. Pflege von Wegenetzen und Grünanlagen, Aufstellen
1279 von Bänken und Papierkörben).

1280 • Der Botanische Garten/Flora soll dauerhaft erhalten bleiben und für die
1281 Öffentlichkeit frei zugänglich sein. In einem Konzept sollen die verschiedenen
1282 Möglichkeiten einer inhaltlichen Ausrichtung (Erholungsnutzung und
1283 wissenschaftliche Funktion) des Gartens dargestellt werden.

1284 • Der innere wie auch der äußere Grüngürtel sind grundsätzlich tabu für alle
1285 Bebauungen. Der innere Grüngürtel soll im Sinne des Masterplans
1286 vervollständigt werden.

1287 • Es sollen vermehrt wohnortnahe Gartenanlagen und Grabeland geschaffen
1288 werden. Dabei sollen auch innovative Konzepte wie internationale Gärten,
1289 Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten realisiert werden.

1290 **Baumschutz**

1291 • Die Baumschutzsatzung ist zu erhalten und konsequent anzuwenden.

1292 • Alle Baumfehlstellen im öffentlichen Straßenraum sollen innerhalb der
1293 nächsten fünf Jahre durch neue Bäume bepflanzt werden.

1294 • Die Kontrolle des Vollzugs von Festsetzungen in Bebauungsplänen (Erhalt
1295 oder Neupflanzung von Bäumen) wie auch von Ersatzpflanzungen nach
1296 Baumschutzsatzung muss ausgebaut werden, um möglichst effizient zu sein.
1297 Um mögliche Mehrkosten zu finanzieren, soll eine Erhöhung der
1298 entsprechenden Gebühren und Bußgelder geprüft werden.

1299 • Zur Verbesserung des Stadtklimas ist der Baumbestand auszuweiten.

1300 Naturschutz

1301 • Planerische Eingriffe in Naturschutz- und ähnlich hochwertige Gebiete sind
1302 grundsätzlich zu vermeiden.

1303 • Die Betreuung der Naturschutzgebiete soll verbessert und weiterentwickelt
1304 werden. Dazu soll die bestehende ehrenamtliche Betreuung durch die
1305 anerkannten Naturschutzverbände ausgebaut und qualifiziert unterstützt
1306 werden.

1307 • Es ist anzustreben, weitere Flächen als Naturschutzgebiete oder Geschützte
1308 Landschaftsbestandteile unter Schutz zu stellen. Bereits ausgewiesene
1309 Flächen sind dauerhaft fachgerecht zu pflegen.

1310 • Die Uferstrukturen des Rheins sollen im Rahmen des Rheinprogramms 2020
1311 und der EG-Wasserrahmenrichtlinie durch konkrete Maßnahmen an
1312 geeigneten Uferabschnitten in Köln verbessert werden. Naturnahe Rheinufer
1313 im städtischen Raum tragen maßgeblich zur Aufwertung der Grünachse Rhein
1314 in Köln bei und erhöhen die Erholungsqualität. Das Rheinufer soll frei
1315 zugänglich sein.

1316 Luftreinhaltung

1317 • Im gesamten Stadtgebiet wird bis 2014 eine Reduzierung der
1318 Schadstoffbelastung mit NO_x um 25 Prozent (ausgehend von 2009)
1319 angestrebt. Maßnahmen hierzu müssen insbesondere im Bereich Verkehr
1320 ergriffen werden.

1321 • Die Schadstoffbelastung der Luft ist trotz der Umweltzone bisher nicht
1322 wesentlich gesunken. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, ihre
1323 Verantwortung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln
1324 wahrzunehmen und kurzfristig weitere Maßnahmen zur Verschärfung der
1325 Regelungen der Umweltzone – mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung
1326 der Luftqualität – umzusetzen, z. B. durch ein Einfahrverbot für Fahrzeuge mit
1327 roter Plakette und eine Einschränkung des Ausnahmekatalogs. An stark
1328 befahrenen Straßen sollen weitere Messstellen eingerichtet werden. Bei der
1329 geplanten Fortschreibung des Kölner Luftreinhalteplans müssen die dort
1330 bereits genannten Maßnahmen (z. B. Landstromversorgung der am Rheinufer
1331 liegenden Schiffe) kurzfristig umgesetzt werden.

1332 • Wo die Messwerte für Feinstaub und Stickoxide die zulässigen Grenzwerte
1333 überschreiten, setzen wir uns für wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung
1334 des motorisierten Verkehrs ein (z. B. LKW-Durchfahrverbot). Isolierte teure
1335 Maßnahmen an Einzelpunkten, wie eine verbesserte Ampel-Steuerung,

1336 lehnen wir ab, weil diese allein nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der
1337 Luftqualität beitragen.

- Zur Reduzierung von Feinstaubemissionen unterstützen wir die Nutzung alternativer Antriebsformen. Die Stadt Köln und ihre
1339 Beteiligungsgesellschaften nehmen in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein.
1340

1341 **Lärm**

1342 Lärmreduzierung ist eine Schwerpunktaufgabe der kommende Ratsperiode. Nach
1343 Durchführung der Lärmaktionsplanung und Fortschreibung der Lärmkartierung
1344 werden die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt, um zu einer signifikanten
1345 Lärmreduzierung in dieser Ratsperiode zu kommen – vor allem in besonders mit Lärm
1346 belasteten Stadtteilen. Auf Geräuscharmheit (z. B. durch eingeschränkten
1347 Laubbläsereinsatz) ist auch bei städtischen und stadteigenen Betrieben zu achten,
1348 sie haben eine Vorbildfunktion.

1349 **Gentechnikfreie Landwirtschaft**

1350 Bei der Verpachtung stadteigener landwirtschaftlicher Flächen werden der
1351 kommerzielle Anbau und die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in
1352 den Pachtverträgen ausgeschlossen. Bestehende Verträge sollen entsprechend
1353 angepasst werden. Gegenüber städtischen Beteiligungsgesellschaften wird darauf
1354 hingewirkt, analog zu verfahren.

1355 **Verbraucherschutz**

- Das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale wird gestärkt.
1356
- Die amtliche Lebensmittelüberwachung wird insbesondere durch eine
1357 vermehrte Ausbildung der Stadt Köln in diesem Bereich gestärkt.
1358
- Die in amtlichen Kontrollen festgestellte Qualität und Hygiene in Kölner
1359 Betrieben ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu
1360 machen.
1361

1362 **Beschaffung**

- Der Einkauf und die Auftragsvergabe der Stadt Köln und der städtischen
1363 Gesellschaften muss sich neben sozialen auch an ökologischen Kriterien
1364 orientieren: Die Stadt Köln kauft jedes Jahr in großem Umfang Güter wie
1365 Papier, Büromöbel, Büromaterial, Reinigungsmittel, Lebensmittel, Computer,
1366 Drucker, Dienstwagen etc. ein. Mit Beschaffungsrichtlinien, die konkrete
1367 Umweltvorgaben für die einzelnen Produktgruppen verpflichtend machen,
1368 kann maßgeblich zum Umweltschutz beigetragen werden.
1369
- In den Einrichtungen der Stadt Köln sollen saisonale Zutaten aus regionaler
1370 und ökologischer Produktion eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere im
1371 Zuge der Ausweitung der Verpflegung an offenen Ganztagschulen und
1372 Kindertagesstätten. Die Verwendung von kennzeichnungspflichtigen
1373 gentechnisch veränderten Lebensmitteln wird in städtischen Einrichtungen
1374

1375 ausgeschlossen. Diese Vorgaben sind auch den Verträgen mit Lieferanten
1376 sowie den Pächtern der Verpflegungsbetriebe zugrunde zu legen.

1377 **Sauberkeit/Abfall**

- 1378 • Wir wollen, dass Köln sauberer wird. Das geht nur mit der Unterstützung der
1379 Kölner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir die Aufklärungsarbeit
1380 (z. B. in Kindergärten) verstärken, aber auch alle Möglichkeiten des
1381 Ordnungsrechts (z. B. bei Verschmutzung von Grünanlagen) nutzen.
- 1382 • Wir streben eine Vervollständigung der Reinigung aus einer Hand (der AWB)
1383 an und werden die Versorgung mit geeigneten Abfallbehältern weiter
1384 ausbauen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Förderung
1385 bürgerschaftlichen Engagements, z. B. durch Patenschaften für Spielplätze,
1386 Baumscheiben und Grünflächen.
- 1387 • Organisatorisch wird der Bereich Sauberkeit wieder vollständig bei der
1388 Koordinierungsstelle Abfallwirtschaft (Umweltdezernat) angesiedelt. Die
1389 Rationalisierungsspielräume, welche durch die Umsetzung des Konzeptes
1390 AWB 2018 entstehen, werden zur Steigerung von Qualität und Service bzw.
1391 zur Abfederung von Gebührensteigerungen verwandt. Wir streben eine
1392 maßvolle Gebührenentwicklung sowie Gebührengerechtigkeit an, denn das
1393 bedeutet eine angemessene Beteiligung aller Nutzer an den hohen Fixkosten
1394 des Entsorgungssystems.
- 1395 • Bei der Müllentsorgung ist es unser Ziel, die Müllmenge weiter zu senken.
1396 Dazu werden wir für Abfallvermeidung werben und die Möglichkeiten zum
1397 Recycling ausbauen, z. B. durch weitere Erhöhung der Zahl der braunen und
1398 blauen Tonnen sowie der verstärkten Einbeziehung von Organisationen aus
1399 dem Zweiten Arbeitsmarkt zur Verwertung von Sperrmüll.

1400 **Umweltbildung**

1401 Um nachhaltige Verhaltensänderungen zu erreichen, ist es erforderlich,
1402 umweltgerechtes Verhalten durch Maßnahmen der Umweltbildung zu unterstützen
1403 und zu fördern.

1404

1405 **12. Energie**

1406 Als Mitglied im „Klimabündnis der europäischen Städte“ hat sich Köln verpflichtet,
1407 die CO₂-Emissionen alle fünf Jahre um 10 Prozent zu senken. Um dieses
1408 ehrgeizige Ziel zu erreichen, brauchen wir ein Bündel wirksamer Maßnahmen:

- 1409 • Aufbauend auf der CO₂-Bilanz (wird zurzeit erstellt) und dem CO₂-
1410 Minderungskonzept soll in erster Linie der Energiebedarf gesenkt und dazu
1411 ein Programm zur energetischen Sanierung des Kölner Altbaubestandes
1412 aufgelegt werden. Hierbei sind alle Akteure mit einzubeziehen und zu
1413 vernetzen.

- 1414 • Für die städtischen Gebäude streben wir eine Senkung des
1415 Energieverbrauchs um 5 Prozent jährlich an. Dazu werden u. a. die
1416 städtischen Energieleitlinien weiter verschärft und die Gebäudewirtschaft
1417 personell und finanziell so ausgestattet, dass die energetische Sanierung
1418 städtischer Gebäude beschleunigt werden kann.

- 1419 • In Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen werden wir die
1420 Möglichkeiten zur Festlegung hoher energiebezogener Standards nutzen.

- 1421 • Das Kölner Fernwärmenetz wird forciert ausgebaut (z. B. durch Anschluss des
1422 Clouth-Geländes, des ehemaligen KHD-Geländes in Deutz sowie der
1423 Neubaugebiete in der Südstadt/Bayenthal). Wo Fernwärme nicht möglich ist,
1424 sollen Nahwärmeinseln mit Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke)
1425 erschlossen werden.

- 1426 • Bei den erneuerbaren Energien wollen wir das Ziel der Bundesregierung (30
1427 Prozent der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen bis 2020) deutlich
1428 übertreffen. Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass vor allem die
1429 RheinEnergie ihre eingeleitete Neuausrichtung hin zur Stromerzeugung aus
1430 erneuerbaren Quellen beschleunigt vorantreibt.

- 1431 • Es soll geprüft werden, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für
1432 Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden
1433 kann.

- 1434 • Die geeigneten städtischen Gebäude sollen mit Solaranlagen bestückt
1435 werden. Wir befürworten Projekte, wie „solare Bürgerkraftwerke“.

- 1436 • Die bereits beschlossenen Projekte wie Ökoprofit und Energiesparberatung
1437 vor allem für finanziell schwache Bürger werden fortgeführt und ausgeweitet.

1438

1439 **13. Bauen und Wohnen**

1440 Bereits 2005 haben SPD und GRÜNE das Thema „Wohnen in Köln“ mit einem
1441 umfassenden Ratsantrag wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wir setzen uns
1442 nachdrücklich für die Versorgung der Kölner Bevölkerung mit einem ausreichenden
1443 Wohnungsangebot ein. Dabei sollen insbesondere die individuellen Bedarfe von
1444 unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Alle Aktivitäten der
1445 Stadt und ihrer Gesellschaften, sowohl in der Steuerung der Wohnungspolitik als
1446 auch als Akteur auf dem Wohnungsmarkt, müssen dazu dienen, der Segregation
1447 entgegenzuwirken. Köln soll stärker als bisher eine Stadt für alle sein mit Stadtteilen,
1448 die dies widerspiegeln.

1449 SPD und GRÜNE stehen für eine Stärkung der kommunalen
1450 Wohnungsunternehmen. Die GAG bleibt städtisch. Wir stehen ein für eine
1451 Weiterführung des bisherigen Kurses der GAG, d. h. für mehr preiswerten
1452 Wohnraum, Bestandsmodernisierung und Verbesserung des Wohnumfeldes sowie
1453 des sozialen Engagements. Eine solide Finanzplanung ist hierfür Voraussetzung.

- 1454 ▪ SPD und GRÜNE unterstützen die konsequente Umsetzung des
1455 Wohnungsgesamtplanes 2003 und der ergänzenden Beschlüsse des Rates vom
1456 15.12.2005.
- 1457 ▪ Es müssen mindestens 1.000 sozial geförderte Wohnungen pro Jahr geschaffen
1458 werden, davon ein hoher Anteil barrierefreier Wohnraum. Der Anteil öffentlich
1459 geförderten Wohnungsbaus auf allen städtischen Flächen soll mindestens
1460 30 Prozent betragen. Die sozialen Gefüge der jeweiligen Stadtteile sollen dabei
1461 einbezogen werden, um einseitige Strukturen zu vermeiden. Die städtische
1462 Liegenschaftspolitik muss sich von der vorrangig fiskalischen Orientierung hin zu
1463 einer wohnungspolitischen verändern, die durch offensive Bereitstellung preislich
1464 rabattierter Grundstücke dem öffentlich geförderten Wohnungsbau in Köln neuen
1465 Schwung verleiht. Auch eine schwächere Rabattierung für preiswerten Wohnraum
1466 außerhalb der sozialen Förderung zu genau definierten Bedingungen soll geprüft
1467 werden.
- 1468 ▪ Bei neuen Wohngebieten muss auf die gleichzeitige Schaffung von Infrastruktur,
1469 u. a. in Form von sozialen und kulturellen Treffpunkten und Bildungsangeboten
1470 geachtet werden. Die Kosten für Sozialraummanagement und die Schaffung
1471 sozialer Infrastruktur durch die Wohnungsgesellschaften sollen durch das Land
1472 förderfähig werden.
- 1473 ▪ Ferner muss durch einen Mix von frei finanzierten und geförderten Wohnungen
1474 oder durch die Form der Belegung auf eine sozialverträgliche, mit dem Vermieter
1475 abgestimmte Durchmischung geachtet werden Die Mischung öffentlich
1476 geförderten und frei finanzierten Wohnraums soll auch innerhalb eines Hauses
1477 möglich sein und umgesetzt werden.
- 1478 ▪ Öffentlich geförderter Wohnungsbau soll weiterhin hochwertig und ansprechend
1479 erfolgen. Er ist besser als bisher auf alle Kölner Stadtteile zu verteilen. Wirksame
1480 Maßnahmen mit der Wohnungswirtschaft gegen Segregation von
1481 Wohnquartieren, wie z. B. Eigentumsmaßnahmen, unterstützen wir.
- 1482 ▪ Für Bereiche mit verdichteter Hochhausbebauung, in denen bisher alle
1483 Bemühungen um Reduzierung der Probleme und Stabilisierung vergeblich waren,
1484 sind neue Konzepte zu entwickeln, die auch die Option von Entkernung, Teilabriss
1485 oder Abriss einzelner Bereiche enthalten können.
- 1486 ▪ Entwicklung eines attraktiven Wohnraumangebotes als Alternative zum
1487 freistehenden Einfamilienhaus im Umland, damit junge Familien in der Stadt
1488 bleiben. Mehr familiengerechte Wohnungen können durch staatliche Zuschüsse
1489 (Wohngelderhöhung) oder staatliche Förderung von Miethäusern für Familien mit
1490 zwei bis drei Kindern geschaffen werden. Wir brauchen besondere Anreize für
1491 zukunftsweisende Modelle bei der Ausweisung von neuem
1492 Geschosswohnungsbau und neuer Formen von Wohnungseigentum
1493 insbesondere für Familien mit Kindern.
- 1494 ▪ Förderung neuer Wohnformen und bedarfsgerechter Wohnungen mit flexiblen
1495 Grundrissen für verschiedene Lebensphasen und Lebensformen unter
1496 Beteiligung der künftigen Bewohner, z. B. altersgemischtes Wohnen,
1497 Wohngemeinschaften, Wohnformen, die Arbeiten und Wohnen verbinden,

- 1498 studentisches Wohnen, autoarmes Wohnen, Wohnprojekte für schwule und
1499 lesbische Lebensformen.
- 1500 ▪ Durch gezielte Programme muss die Schaffung barrierefreien Wohnraums und
1501 Wohnraums für bestimmte besonders unterversorgte Zielgruppen, z. B. psychisch
1502 Kranke, vorangebracht werden.
- 1503 ▪ Einrichtung einer Koordinierungsstelle für öffentlich geförderten Wohnungsbau,
1504 sog. „One-stop-agency“, für beteiligte Stellen und (potenzielle) Investoren und
1505 Imagekampagnen.
- 1506 ▪ Um die Wohnungspolitik zu stärken und negativen Entwicklungen in Stadtteilen
1507 früh und wirkungsvoll zu begegnen, müssen alle beteiligten Ämter bei
1508 Wohnungsbelegungen und der Entwicklung von Wohngebieten eng
1509 zusammenarbeiten.
- 1510 ▪ Die Versorgung von Notfällen und Problemgruppen mit adäquatem, modernen
1511 Anforderungen entsprechendem Wohnraum muss verbessert und auf Dauer
1512 gesichert werden.
- 1513 ▪ Das begonnene Umbauprogramm der Sozialhäuser muss konsequent
1514 weitergeführt werden.
- 1515 ▪ Die Wohnform „Bauwagen“ wird als Modell für Einzelfälle geprüft.
- 1516 ▪ SPD und GRÜNE werden prüfen, ob durch ein kommunales Anreizsystem die
1517 Energiekosten bei den Unterkunftskosten der SGB II-Bezieher gesenkt werden
1518 können.
- 1519 ▪ Genossenschaftsgründungen werden begrüßt.
- 1520 ▪ Kleinteilige Grundstücksvergabe an Bauherrengemeinschaften, wie sie z. B. in
1521 Tübingen praktiziert wird, soll mit entsprechender Moderation eingeführt werden.

1522

1523 **14. Jugend- und Schulpolitik**

1524 **Jugend**

1525 **KiWi**

1526 KIWI (aufsuchende Sozialarbeit für Eltern Neugeborener) ist ein erfolgreiches Modell,
1527 das flächendeckend zum Einsatz kommen sollte. Probleme des Datenschutzes
1528 müssen über eine Änderung der Landesgesetzgebung ausgeräumt werden. Das
1529 Projekt soll einer Auswertung (Evaluation) unterzogen werden.

1530 **Kinderarmut**

1531 Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine Querschnittsaufgabe. Der Fokus liegt auf
1532 Frühförderung und gesundheitlicher Erziehung. Die kommunalen Anstrengungen zur
1533 Abfederung der Kinderarmut müssen intensiviert werden. Die Aufgabe muss auch
1534 sozialräumlich betrachtet werden.

1535 **Spielplätze**

- 1536 • Erhalt vorhandener Spielanlagen
- 1537 • Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen
- 1538 • kein Bau ohne Beteiligung von Kinder und Jugendlichen
- 1539 • Koordination aus einer Hand im Jugendamt

1540 **Partizipation**

- 1541 • aktive Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei ausgesuchten Projekten
1542 (z. B. Verkehrsprojekten) in den Bereichen Stadtplanung/-entwicklung
- 1543 • Ausbau und Stärkung niedrigschwelliger Angebote
- 1544 • Entwicklung von Konzepten zur Förderung innovativer Angebote in der Kinder-
1545 und Jugendpartizipation

1546 **Jugendarbeit**

- 1547 • Förderung offener Jugendarbeit, Weiterentwicklung nach Bedarfskriterien,
1548 Überprüfung der vorhandenen Strukturen nach der Ermittlung von Kennzahlen
1549 (Bestandsaufnahme, Evaluation)
- 1550 • Ziel ist ein Entwicklungsplan für Jugendzentren

1551 **Kitas**

- 1552 • Förderung von Initiativen zur Einrichtung/zum Ausbau bilingualer Kitas
- 1553 • bedarfsgerechte Öffnungszeiten auch in Ferien- und sog. Randzeiten
- 1554 • Förderung einer größeren Selbstständigkeit von Kitas, Modell „Selbstständige
1555 Kitas“ (analog Schulmodell), Regelungen und Grenzen des KiBiz müssen
1556 überprüft werden
- 1557 • Das Land muss endlich die Beitragsfreiheit für Kitas als Bildungseinrichtungen
1558 sicherstellen und kostenloses Mittagessen bei Kitas und Ganztagschulen
1559 ermöglichen

1560 **U-3-Betreuung**

- 1561 • bedarfsgerechter Ausbau (40 bis 50 Prozent Betreuungsquote)
- 1562 • mehr Plätze für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
- 1563 • Einsatz der Tagespflege als ergänzende Unterstützung, solange U-3-Plätze
1564 nicht bedarfsdeckend sind

1565 **Kulturelle Jugendarbeit**

- 1566
- Stärkung der kulturellen Jugendarbeit

1567 **Gender**

- 1568
- Stärkung der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit
- 1569
- Fortschreibung des Kinder- und Jugendplans mit einem eigenständigen Schwerpunkt Jungen- und Mädchenarbeit
- 1570
- 1571
- Benennung eines Verwaltungsmitarbeiters für Jungenarbeit (Aufgabenfeld definieren)
- 1572
- 1573
- Stärkung der interkulturellen Mädchenarbeit (z. B. Mädchentreff „Lobby“ in Mülheim), Ziel: Einrichtung weiterer Treffs
- 1574
- 1575
- Förderung von Projekten gegen Homophobie

1576 **Jugendkriminalität**

- 1577
- Fortführung des erfolgreichen Konzepts und Weiterentwicklung der Präventionsangebote („Kölner Weg“)
- 1578
- 1579
- Aufrechterhaltung von präventiven Angeboten (Mitternachtssport, Streetworker)
- 1580
- 1581
- Fortsetzung des Stufenkonzepts zu Amaro Kher

1582 **Sozialraumförderung**

1583 Die Sozialraumförderung muss zur Querschnittsaufgabe in der Verwaltung werden
1584 (Fortbildungskonzept).

1585 **Schule**

1586 Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Selbstständigkeit und Verantwortung in
1587 gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht sollten das Ziel aller
1588 schulischen Bildung sein. Um die Erreichung dieser Ziele zu ermöglichen, müssen
1589 innere und äußere Schulangelegenheiten im Blick auf Chancengleichheit und
1590 Organisation verbessert werden. Die Umsetzung von Chancengleichheit ist nur durch
1591 eine generelle quantitative und qualitative Stärkung des Ganztagsangebots und
1592 einen großzügigen Ausbau der individuellen Förderung möglich. Das Ziel der
1593 Stärkung gesellschaftlicher Verantwortung ist einerseits nur erreichbar in einem
1594 Konzept des langen gemeinsamen Lernens und Lebens aller an einem Ort und
1595 andererseits durch eine lebendige Vernetzung mit sozialen, ökonomischen und
1596 kulturellen Partnern und Partnerinnen im Umfeld.

1597 Die Schule muss als Raum für den Erwerb von Selbstständigkeit und Verantwortung
1598 in organisatorischer Hinsicht diesem Ziel entsprechen und alle Möglichkeiten nutzen,
1599 ein eigenständiges Profil in pädagogischer, personeller und finanzieller Hinsicht zu
1600 entwickeln.

1601 Auf der Ebene der definierten Sozialräume und der im Rahmen des Projektes
1602 „Selbstständige Schule“ gebildeten Unterregionen sollen die Anforderungsprofile

- 1603 sowie die Leistungs- und Förderangebote aller Kölner Schulen zur Erhöhung der
1604 Effizienz zusammengestellt und miteinander abgestimmt werden.
- 1605 Wir verpflichten uns zu der Umsetzung des im Rat der Stadt Köln beschlossenen
1606 Gesamtkonzeptes „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln“. Das
1607 bedeutet:
- 1608 • Der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule
1609 verlassen, wird entscheidend gesenkt.
 - 1610 • Der Schulträger unterstützt die Schulen dabei, ihre Lern- und
1611 Unterrichtskonzepte auszutauschen und abzugleichen, damit gewährleistet
1612 werden kann, dass die methodischen Kompetenzen bei den Kölner Kindern
1613 und Jugendlichen vergleichbar gefördert werden.
- 1614 Die Ergebnisse der mittelfristig in allen Kölner Schulen durchgeführten
1615 Qualitätsanalyse liefern hier wichtige Erkenntnisse und können im Sinne eines
1616 Wirksamkeitsdialogs herangezogen werden.
- 1617 Um die bestmögliche individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler
1618 sicherzustellen und Bildungsbenachteiligungen abzubauen, halten wir langes
1619 gemeinsames Lernen für eine grundlegende Bedingung. Das soll folgendermaßen
1620 umgesetzt werden:
- 1621 • in Abstimmung mit allen Beteiligten Bildungslandschaften ausbauen
 - 1622 • Gemeinschaftsschulen als „Schule für Alle“ stärken und die Einrichtung
1623 mindestens einer solchen Schule in jedem Stadtbezirk unterstützen
 - 1624 • weiterführende Schulen durch ein Anreizsystem für gemeinsamen Unterricht
1625 gewinnen
 - 1626 • die Lernmittelfreiheit für bedürftige Schülerinnen und Schüler erhalten
 - 1627 • die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulformen
1628 durch Ausbau der Mehrsprachigkeit, Ausbau des „Rucksackprojektes“,
1629 individuelle Sprachförderung und Integrationslehrerstellen fördern
 - 1630 • beteiligungsorientierte Lern- und Erfahrungsräume ab dem Grundschulalter
1631 stärken
 - 1632 • innovative Bildungskonzepte unterstützen
- 1633 Die Abstimmung der Zuständigkeiten für Schulen, Jugend, Soziales, Gesundheit in
1634 der Stadt Köln muss verbessert werden. Die Leistungs- und Förderangebote der
1635 außerschulischen Bildungsträger müssen mit den Erwartungen und Anforderungen
1636 der Schulen koordiniert werden. Hier leistet das Bildungsportal einen unverzichtbaren
1637 Service.
- 1638 Über das Regionale Bildungsbüro soll allen Kölner Schulen ein bedarfsgerechtes
1639 Unterstützungssystem zur Verfügung gestellt werden.

- 1640 Wichtig ist für uns die Einbeziehung von Schule in das Sozialraumkonzept. Im
 1641 Sozialraum sind Bildungsinhalte von Schule und Jugendhilfe durch kommunale
 1642 Bildungsplanung zu verzahnen. Wir wollen:
- 1643 • den Einsatz von Schulsozialarbeit an Schulen u. a. in sozialen Brennpunkten
 1644 auf dem bisherigen Status quo erhalten und sichern
 - 1645 • die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Schule, Schulpsychologie und
 1646 Familienberatung unterstützen
 - 1647 • das vorhandene Angebot der Ganztagsbetreuung in Schule und Jugendhilfe
 1648 (OGTS) zu einem System zusammenführen (Hierzu sind Qualitätsstandards
 1649 zu definieren. Zur Finanzierung sind die Mittel von Stadt und Land für die
 1650 Hortgruppen zu verwenden.)
 - 1651 • das Angebot des gebundenen Ganztags durch Schaffung der baulichen und
 1652 ausstattungsmäßigen Voraussetzungen ausweiten
 - 1653 • die Qualitätsstandards in den offenen Ganztagschulen steigern
 - 1654 • den Ganztags in der Sekundarstufe I bedarfsgerecht ausbauen und
 1655 Qualitätsstandards festlegen (Bei der Schulraumplanung muss die
 1656 beschlossene Schulbaurichtlinie zügig umgesetzt werden.)
- 1657 Schulische Gremien müssen bei der Umsetzung einbezogen werden, dies gilt nicht
 1658 nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungen oder z. B. dem Ausbau von
 1659 Schulbibliotheken.
- 1660 Die Betreuung, Instandhaltung, Reinigung sowie die Energieeffizienz der Schulen
 1661 müssen sowohl in organisatorischer, fachlicher als auch in ökologischer Hinsicht
 1662 optimiert werden. Dazu dient auch die Fortführung des „KLASSE“-Projektes, das auf
 1663 den Abfallbereich übertragen werden soll,
- 1664 Das Sanierungskonzept „Schultoiletten“ muss zügig umgesetzt werden; damit
 1665 verbunden ist die Verpflichtung der Schulen zur Erstellung eines Konzeptes zum
 1666 Erhalt eines hygienischen Zustandes.
- 1667 Ein Primarstufenticket und ein Juniorticket bis zum 25. Lebensjahr sind einzuführen.
- 1668 Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Mehr denn je ist die Bereitschaft zur
 1669 Weiterqualifizierung ein entscheidender Schlüssel, um den beruflichen
 1670 Herausforderungen besser gerecht zu werden. Daher wollen wir:
- 1671 • die Schulen der zweiten Chance erhalten und womöglich optimieren, um die
 1672 Möglichkeit eines späteren Schulabschlusses zu eröffnen
 - 1673 • die Volkshochschule Köln (VHS) weiterhin als Bildungsträger in der
 1674 Angebotsstruktur verankern und unterstützen
 - 1675 • die Arbeit der Rheinischen Musikschule durch eine Verbesserung der
 1676 räumlichen Bedingungen unterstützen und ihre dezentralen Strukturen
 1677 erhalten

- 1678 • durch Schaffung weiterer Ausbildungsplätze bei der Stadt und stadtnaher
1679 Unternehmen die Verantwortung der Kommune im Bereich Ausbildung
1680 verdeutlichen

1681 Köln ist ein wichtiger Hochschulstandort. Wir fordern eine gemeinsame Initiative der
1682 städtischen Gesellschaften und der Baugenossenschaften für eine Verbesserung des
1683 studentischen Wohnens. Das Programm „Wohnen für Hilfe“ soll dabei auch von der
1684 Kommune unterstützt werden.

1685 Die Förderung der politischen Bildung ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden:

- 1686 • die Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen
- 1687 • die Jugendforen unterstützen
- 1688 • den Tag der Jugend ausbauen
- 1689 • und die SV-Arbeit unterstützen

1690 **Bildungslandschaft Altstadt-Nord**

1691 SPD und GRÜNE wollen die „Bildungslandschaft Altstadt/Nord“ realisieren. Das
1692 Mensagebäude mit Bibliothek und Gemeinschaftsräumen soll auf einer Teilfläche des
1693 Grundstücks Vogteistraße/Gereonswall angrenzend an die Freizeitanlage
1694 Klingelplütz errichtet und der übrige Teil als Grünfläche aufgewertet werden. Eingriffe
1695 in den Klingelplützpark sind nicht vorgesehen.

1696 **Michaelischule**

1697 Das städtische Grundstück Vorgebirgswall 4–8 in der Neustadt-Süd soll für die
1698 Errichtung eines Schulgebäudes dem Verein „Integrative Waldorfpädagogik“, der die
1699 öffentlich geförderte Ersatzschule „Michaelischule“ betreibt, auf Basis eines
1700 Erbbaurechtsvertrages langfristig zur Verfügung gestellt werden. Zugleich wird der
1701 Wunsch des Vereins auf Erwerb des Grundstücks auf Basis des vom
1702 Gutachterausschuss festgestellten Grundstückspreises kurzfristig geprüft. Ziel ist es,
1703 den Schulbetrieb am neuen Standort mit Beginn des Schuljahres 2012/13
1704 aufnehmen zu können.
1705

1706 **15. Soziales**

1707 Unser sozialpolitisches Wirken ist von dem Ziel geleitet, den sozialen Zusammenhalt
1708 der Stadtgesellschaft zu stärken, Chancengleichheit aktiv zu betreiben, Teilhabe zu
1709 ermöglichen, und Selbsthilfe zu befördern. Verschiedene Generationen, Kulturen,
1710 Lebensentwürfe und Lebenslagen stehen dabei im Mittelpunkt unseres Handelns.

1711 Sozialpolitik ist für uns explizite Fach- aber insbesondere Querschnittspolitik, um die
1712 Lebenswelten breiter Bevölkerungsschichten im Blick zu haben. Durch eine
1713 bürgernahe Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau -, Beschäftigungs-, Sozial- und
1714 Quartiers-(Veedels-)politik verhindern wir eine Spaltung innerhalb der
1715 Stadtteile/Stadtbezirke, sorgen für soziale Balance und wollen bereits benachteiligte
1716 Quartiere wieder attraktiv für breite Bevölkerungsschichten machen.

1717 Deshalb richten wir unser sozialpolitisches Handeln sowohl gesamtstädtisch als auch
1718 sozialräumlich aus. Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs-, und
1719 Unterstützungsangebote werden stadtweit aber auch verstärkt sozialraumorientiert
1720 organisiert, in Inhalten abgestimmt und vernetzt gestaltet. Alle sozialen Dienstleister,
1721 ob kommunal oder freigemeinnützig, müssen die Grundsätze von Partizipation,
1722 Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Menschen und insbesondere auch der
1723 Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement befördern.

1724 SPD und GRÜNE stehen für eine Sozialpolitik, die diese Entwicklungen konkret
1725 unterstützt, erprobt und optimiert. Im Einzelnen erreichen wir dies in den nächsten
1726 fünf Jahren durch die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen und Instrumente.

1727 **Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung**

- 1728 ▪ Bürgerengagement soll in allen Politikfeldern stärker verankert werden.
1729 Bürgerbeteiligung wird gestärkt durch weitgehende Umsetzung des Konzeptes
1730 der Verwaltung für mehr Partizipation. Das Angebot von verschiedenen Formen
1731 von Beteiligung, z. B. bei Planungen im öffentlichen Raum, in
1732 Bürgerversammlungen oder bei Workshops, soll ausgeweitet werden.
- 1733 ▪ Ehrenamtliche Arbeit muss als „Eigenmittel“ auch bei der städtischen Förderung
1734 berücksichtigt werden.
- 1735 ▪ Das Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ und die Infrastruktur der
1736 Beratungsagenturen müssen strukturell gesichert und intensiviert werden. Die
1737 Finanzierung soll leistungsorientiert erfolgen.
- 1738 ▪ Die Bürgerinnen und Bürger müssen stärker an der Haushaltsplanung
1739 (Bürgerhaushalt) beteiligt werden. Besonders in sozial schwächeren Stadtteilen
1740 und für Bürger und Bürgerinnen mit unzureichendem Zugang zu
1741 Kommunikationsmedien, wie z. B. Seniorinnen und Senioren, bedarf es größerer
1742 und gezielter Unterstützung. Akteure vor Ort sollen über Bürgerzentren,
1743 Interkulturellen Zentren, SeniorenNetzwerke eingebunden werden.

1744 **Bürgerzentren und -häuser**

- 1745 ▪ Bürgerzentren, Bürgerhäuser, Stadtteil- und Nachbarschaftstreffs,
1746 Begegnungszentren etc. sollen verstärkt mit den anderen Angeboten des sozialen
1747 Miteinanders im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich und den
1748 Wohnungsgesellschaften kooperieren. Sie erhalten unsere Unterstützung, weil sie
1749 Kommunikation, Bildung und die Begegnung von Generationen und Kulturen
1750 erhalten, initiieren und fördern.
- 1751 ▪ Weitere Sanierungen der Bürgerhäuser und -zentren sind energetisch und zur
1752 Verbesserung der Barrierefreiheit durchzuführen.

1753 **Sozialraumarbeit und Gemeinwesenarbeit**

- 1754 ▪ Wir unterstützen die Idee des Oberbürgermeisters, gemeinsam mit den
1755 Bürgerinnen und Bürgern Masterpläne für benachteiligte Veedel zu entwickeln.
1756 Die Erfahrungen u. a. aus dem Programm „Mülheim 2020“ und aus den
1757 bestehenden Sozialräumen müssen entsprechend einfließen.

1758 ▪ In den bestehenden elf und in zukünftig zusätzlichen Sozialräumen soll
1759 koordinierte Arbeit geleistet werden. Die dort gewonnenen Erkenntnisse müssen
1760 in das weitere sozialpolitische Wirken einfließen.

1761 ▪ Die Erkenntnisse aus den Gemeinwesenprojekten sind in die konzeptionellen
1762 Entwicklungen weiterer sozialraumorientierter Arbeit einzubeziehen. Insgesamt
1763 streben wir eine noch stärker gemeinwesenorientierte Ausrichtung von sozialer
1764 Arbeit an – ob durch städtische oder durch frei gemeinnützige Akteure erbracht.
1765 Entsprechende Leistungsvereinbarungen im Sinne unserer Zielsetzung,
1766 Partizipation, Selbsthilfe und Bürgerengagement zu befördern, sollen zwischen
1767 der Stadt Köln und allen Anbietern geschlossen werden. Auch stadintern sind
1768 entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Bei der Ausgestaltung der
1769 Vereinbarungen ist die LIGA der Wohlfahrtsverbände partnerschaftlich zu
1770 beteiligen.

1771 ▪ Die „Lokale Ökonomie“ muss ausgebaut werden. Insbesondere müssen die
1772 vorgeschlagenen Projekte des „Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020“
1773 intensiv begleitet und unterstützt werden.

1774 KölnPass

1775 Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss auch für die möglich sein,
1776 die wenig verdienen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist „der Kitt“, der eine
1777 Großstadt zusammenhält und einer sozialen Ausgrenzung ganzer
1778 Bevölkerungsgruppen vorbeugt. Die Sicherung einer würdigen Existenz und die Hilfe
1779 zur Selbsthilfe müssen bedarfsgerecht erfolgen.

1780 Mit der Wiedereinführung des KölnPasses zum 01.01.2007 haben wir vielen
1781 Kölnern und Kölnern, die – obwohl sie arbeiten oder jahrelang gearbeitet haben
1782 – wenig Geld in der Haushaltskasse haben, die Möglichkeit gegeben, Ermäßigungen
1783 bei der KVB-Nutzung und in städtischen Einrichtungen zu erhalten.

1784 Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es für diesen Personenkreis das
1785 Leistungsspektrum des Passes wie auch den Anbieterkreis auszuweiten.

1786 Unser Ziel ist, den KölnPass weiter bekannt zu machen, ihn ständig attraktiver zu
1787 gestalten und mit weiteren Leistungen zu verknüpfen. Konkret heißt das:

1788 ▪ Der Berechtigtenkreises wird beibehalten.

1789 ▪ Zur Finanzierung soll u. a. ein Bildungsfonds initiiert werden, mit dessen
1790 Unterstützung sich neben der Stadt auch Sponsoren an der Finanzierung
1791 beteiligen können.

1792 ▪ Ausgehend von der Forderung nach Sozialtarifen für Energiekosten werden in
1793 Köln Schritte zur Senkung des Energieverbrauchs/der Energiekosten für
1794 KölnPass-Inhaberinnen und -Inhaber eingeleitet. Dabei sind auch Anreize zur
1795 Energiekostensenkung in der Tarifstruktur zu überprüfen

1796 Armut

1797 ▪ regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht mit dem Ziel, 2011 einen
1798 umfassenden Lebenslageberichts vorzulegen

- 1799 ▪ Schaffung von Aktionsplänen gegen Kinderarmut
- 1800 ▪ Schaffung eines Aktionsplan gegen die Folgen von Altersarmut

1801 **Hilfen in sozialen Notlagen**

- 1802 ▪ Es soll ein Bildungsfonds – gespeist von Bürgern, Firmen und der Stadt – initiiert
1803 werden zur Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler z. B. durch
1804 Schulbücher, weiteren Schulmaterialien oder auch die Beteiligung an
1805 Schulaustausch.

- 1806 ▪ Alle wesentlichen gesundheits- und sozialpolitisch vernetzten Angebote
1807 kommunaler und freier Träger des Hilfesystems für Drogenabhängige und
1808 Wohnungslose, hier insbesondere auch Notdienste, Obdachlosenhilfe, sollen
1809 gesichert werden.

- 1810 ▪ Zur Vermeidung von wiederholtem Wohnungsverlust ist ein Nachsorgeprogramm
1811 zu entwickeln.

- 1812 ▪ Mädchen und Frauen sind leider häufig Opfer von Gewalt und Missbrauch. Neben
1813 der Unterstützung präventiver und begleitender Maßnahmen werden wir uns auch
1814 weiterhin für den Erhalt und den Ausbau von entsprechenden Angeboten
1815 (Mädchenarbeit, Wohngruppen, Zufluchtsstätten etc.) einsetzen.

1816 **Seniorinnen und Senioren**

- 1817 ▪ Wir unterstützen alle Wohnformen für Seniorinnen und Senioren, die trotz
1818 Pflegebedarf ein höchst mögliches Maß an Selbstständigkeit und
1819 Selbstbestimmung ermöglichen.

- 1820 ▪ Kurzfristig wollen wir mindestens drei weitere Projekte des
1821 „generationsübergreifenden Wohnens“ geplant und realisiert sehen.

- 1822 ▪ Betreute Wohngruppen als Alternative zur frühen Heimunterbringung werden wir
1823 ausbauen.

- 1824 ▪ Die Wohnquartiere sollen gerade mit Blick auf die Bedarfe der Seniorinnen und
1825 Senioren entwickelt werden (Vernetzungen fördern, Infrastruktur entwickeln,
1826 Angebot besonderer Wohnformen). Der Wohnraumwechsel von Großwohnung in
1827 Kleinwohnung soll gefördert und unterstützt werden. Dabei muss darauf geachtet
1828 werden, dass die Menschen nicht durch den Umzug in eine kleine Wohnung zu
1829 Transferleistungsempfängern werden.

- 1830 ▪ Es sollen weitere Mehr-Generationen-Plätze für die Begegnung der Generationen
1831 bei Sport und Freizeitgestaltung geschaffen werden.

- 1832 ▪ Die Seniorennetzwerke sollen weiter ausgebaut werden.

- 1833 ▪ Die SBK Köln müssen in Öffentlicher Hand bleiben. Sie sollen weiterhin ohne
1834 kommunale Zuschüsse wirtschaftlich erfolgreich arbeiten.

- 1835 ▪ Die Beteiligungsrechte der Seniorenvertretungen (kommunal und bezirklich) sollen
1836 ausgeweitet werden.

1837

1838 **16. Einwanderung und Integration (Migration)**

1839 Die Einwanderung der letzten 50 Jahre hat auch unsere Stadt grundlegend
1840 verändert. Köln ist vielfältiger geworden. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen
1841 Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist keine
1842 Problemlage, sondern eine Stärke und Ressource unserer Stadt!

1843 Zuwanderung und kulturelle Vielfalt bieten große Chancen für Innovation und
1844 Fortschritt im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung
1845 Kölns. Gleichzeitig ist diese Vielfalt aber auch Herausforderung, denn sozialer
1846 Zusammenhalt, Sicherung von Chancengleichheit sowie ein gelungener
1847 Interessenausgleich sind nicht selbstverständlich.

1848 SPD und GRÜNE wollen den breiten und offenen gesellschaftlichen Dialog zu den
1849 wichtigen Themen von Integration und Migration stärken.

1850 **Verwaltung**

1851 ▪ Aufrechterhaltung der Trennung zwischen Ausländerbehörde und Interkulturellem
1852 Referat

1853 ▪ Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes als Querschnittsaufgabe

1854 ▪ interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung sowohl bzgl. der Steigerung der Zahl
1855 von Beschäftigten mit Migrationshintergrund als auch im Bereich der Förderung
1856 der interkulturellen Kompetenzen durch Aus- und Fortbildung

1857 ▪ anknüpfend an die Erfolge der letzten drei Jahre weitere Verbesserung der
1858 Ausbildungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in Stadtverwaltung
1859 und städtischen Gesellschaften und Gewinnung der Privatwirtschaft für diese
1860 Ziele

1861 ▪ Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem Ziel der
1862 Reduzierung der Fallzahlen

1863 ▪ rechtlichen Spielraum für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis im Sinne derjenigen,
1864 die hier schon lange leben, ausschöpfen

1865 **Aufenthalt**

1866 ▪ trägerübergreifende Entwicklung eines Konzeptes zur individuellen
1867 aufenthaltsrechtlichen Absicherung geduldeter Personen außerhalb von
1868 Bleiberechts- und Altfallregelungen (Dabei könnte die Entwicklung von
1869 individuellen Integrations- und Hilfeplänen für alle betroffenen Flüchtlinge ein Ziel
1870 sein. Dies gilt auch für die seit Jahren in Köln lebenden Roma.)

1871 ▪ Prüfung, ob und wie wissenschaftliche Institutionen die lange Tradition Kölns bei
1872 der Integration von Flüchtlingen erforschen und auswerten können (Ziel ist es,
1873 zusätzliche Erkenntnisse für die zukünftige Integration von Flüchtlingen zu
1874 gewinnen.)

- 1875 ▪ verbesserte Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit für Menschen innerhalb der
- 1876 Bleiberechtsregelungen (verstärkte Schaffung kommunaler Programme unter
- 1877 Nutzung anderer öffentlicher Zuschüsse, z. B. aus der EU)

- 1878 ▪ verstärkte Anstrengungen gegenüber Bund und Land, die derzeit gültigen
- 1879 Bleiberechtsregelungen zu verlängern mit dem Ziel, die aktuelle
- 1880 Stichtagsregelungen zu flexibilisieren und die Aufenthaltsdauer in den
- 1881 Vordergrund zu stellen

- 1882 ▪ Klärung eines gefestigten Aufenthalts in einem angemessenen Zeitraum unter
- 1883 besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen (Die Sicherung des
- 1884 Lebensunterhaltes darf insbesondere aufgrund des vielfach unzureichenden
- 1885 Arbeitsmarktzugangs und der fehlenden Kindergeldberechtigung nicht zwingende
- 1886 Voraussetzung für ein Bleiberecht im Rahmen von Altfallregelungen sein.)

- 1887 ▪ Gewährung eines längerfristig gesicherten Aufenthalts zur Durchführung
- 1888 notwendiger medizinischer/therapeutischer Behandlungen für die Betroffenen und
- 1889 ihre Familienangehörigen mit der Perspektive eines dauerhaften Aufenthalts in
- 1890 Deutschland

- 1891 ▪ Sicherung der Arbeit der Beratungsstellen für Flüchtlinge

1892 **Unterbringung von Flüchtlingen**

- 1893 ▪ stadtteilgerechte Weiterführung des erfolgreichen Unterbringungskonzepts mit
- 1894 seiner erfolgreichen Integration in die Stadtteilstrukturen

- 1895 ▪ Sicherung eines Angebots humaner Unterbringungsangebote für
- 1896 Neuankömmlinge

- 1897 ▪ bedarfsgerechte Wohnprojekten nur für Frauen und Kinder und für allein lebende
- 1898 Männer mit chronischen psychischen Erkrankungen

- 1899 ▪ Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nur in Verbindung zu
- 1900 Jugendhilfemaßnahmen

1901 **Sprache, Ausbildung, Arbeit, Ehrenamt**

- 1902 ▪ Sicherstellung des Zugangs zu sämtlichen Angeboten der Beratung und
- 1903 Förderung bei ARGE, Arbeitsagentur, Beschäftigungsträgern und sonstigen
- 1904 relevanten Akteuren (Hierbei ist eine stärkere Einbindung von Unternehmerinnen
- 1905 und Unternehmern mit und ohne Migrationshintergrund gewünscht.)

- 1906 ▪ weitgehende Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte Ausbildungszeit bei
- 1907 Personen mit unsicherem Aufenthalt

- 1908 ▪ Förderung von Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen (auch weiterführende
- 1909 Schulen)

- 1910 ▪ dauerhafte und bedarfsgerechte Absicherung der Internationalen Förderklassen
- 1911 an Berufskollegs

- 1912 ▪ flächendeckende Ausweitung der interkulturellen Elternbildung

- 1913
1914
1915
- Verbesserung der Unterstützung des „Bürgerschaftlichen Engagements“ und der Partizipation der Migrantinnen und Migranten u. a. durch Fortsetzung des Projektes „EngagementBrücken“

- 1916
1917
- Förderung der Beratungsarbeit für Migrantinnen und Migranten im schwul-lesbischen Bereich

1918 **Antirassismus und Antidiskriminierung**

1919 SPD und GRÜNE wollen, dass die Arbeit für Antirassismus und Antidiskriminierung in
1920 Köln weitergeführt und weiterentwickelt wird. Daher wollen wir:

- 1921
1922
1923
- Unterstützung und Einbeziehung des neu gegründeten „Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung“ als Fachgremium in kommunale Aktivitäten und Konzepte gegen Rassismus und Diskriminierung

- 1924
1925
- kontinuierliche Sicherstellung einer angemessenen Beratungsstruktur durch das „3-Säulen-Modell“ und weiterer Träger

- 1926
- eine städtische Antidiskriminierungsrichtlinie zur Umsetzung des AGG

- 1927
1928
- Ausstattung der/des städtischen Antidiskriminierungsbeauftragten mit weitgehenden Befugnissen im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten

1929 **Verschiedenes**

- 1930
1931
- konsequente Umsetzung des neuen „Integrationskonzeptes“ und Begleitung der Umsetzung durch den Integrationsrat und die Integrationskonferenzen

- 1932
1933
1934
1935
- interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen in Köln als eine strategische Aufgabe (Derzeit ist die Schaffung der „Akademie der Künste der Welt“ dabei ein wesentlicher Baustein. Das Konzept der Akademie muss präzisiert und danach realisiert werden.)

- 1936
- Prüfung der weiteren Stärkung der Kompetenzen des Integrationsrates

- 1937
1938
1939
- Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen zu „Menschen ohne Papiere“, insbesondere hinsichtlich der Beratungsstrukturen und des „Armenbettes“

- 1940
1941
1942
1943
- Einsatz der Stadt für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen, die dauerhaft hier leben; eine Ausweitung des Rechtes auf doppelte Staatsbürgerschaft und einen jährlichen Abschiebestopp im Rahmen „Wintererlass“

- 1944
1945
1946
- Anregung einer Prüfung, wie eine erforderliche Diagnostik und ausreichende Behandlungsplätze bei Vorliegen einer psychischen Erkrankung sichergestellt werden können

- 1947
1948
- Prüfung der Möglichkeit einer Unterstützung der „save-me-Kampagne“ („resettlement“)

- 1949 ▪ weiteres geeignetes Maßnahmenkonzept „Rückkehrberatung“ für Köln mit
1950 haushaltsneutraler Auswirkung
- 1951 ▪ Sicherung der Arbeit von „Amaro Kher“ vor allem in den Bereichen Grund- und
1952 Hauptschule sowie Berufsvorbereitung
- 1953 Alle Religionsgemeinschaften müssen ihren Glauben öffentlich und in würdigem
1954 Rahmen ausüben können. Dazu gehört auch, dass in Köln weitere baulich attraktive
1955 Moscheen gebaut werden können, sofern die Träger unsere Verfassung achten und
1956 akzeptieren. In diesem Zusammenhang sollte auch in Köln der Islamunterricht an
1957 den Schulen installiert werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die Universität zu Köln eine
1958 Lehrerausbildung für diesen Unterricht aufbauen kann. Der begonnene interreligiöse
1959 Dialog wird fortgesetzt.
- 1960 Die interkulturellen Zentren sollen gestärkt werden. Sie müssen sich vermehrt mit
1961 den anderen Angeboten im Sozialraum vernetzen. Die Zentren sind verstärkt – wie
1962 die Bürgerzentren – als Orte individueller Beratung mit dem Ziel, die soziale
1963 Kompetenz zu stärken, zu betrachten. Hier sollten auch neue Themen, wie z. B.
1964 Gewalt gegen Frauen, durch Fortbildung und bessere Kenntnis des Beratungsnetzes
1965 aufgegriffen werden.
- 1966 Prüfung, inwieweit die Zusammenarbeit zwischen interkulturellen Zentren und
1967 Frauenberatungsorganisationen im Sinne eines Netzwerkes gegen Gewalt an
1968 Migrantinnen befördert werden kann
- 1969 Interkulturelle Öffnung der Sozialen Dienste, vor allem im Bereich der Pflege und bei
1970 der aktivierenden offenen Altenarbeit

1971

1972 17. Gesundheit

1973 Gesundheit ist wichtige Voraussetzung für Teilhabe. Der Zugang zu medizinischer
1974 Versorgung und Hilfe sowie die Chance auf ein gesundes Leben darf nicht abhängig
1975 von Einkommen oder Sozialstatus sein.

1976 Grundsätzlich sollen alle nachfolgend aufgeführten Themen in der Planung und
1977 Umsetzung an den jeweils gültigen Qualitätsanforderungen ausgerichtet werden.
1978 Inbegriffen ist darin auch der Grundsatz der Zielfestlegung und Evaluation von
1979 Maßnahmen und Vorhaben, um eine systematische Wirksamkeitsüberprüfung
1980 entwickeln zu können.

1981 Kinder- und Jugendgesundheit

1982 Wir verstehen darunter eine gesunde Entwicklung als dauerhaften Prozess von
1983 Anfang an. Dazu müssen erstens Auffälligkeiten früh erkannt und zweitens Hilfen
1984 sichergestellt werden. Dies umfasst dort, wo die Ursache der Störung nicht
1985 medizinisch, sondern sozial ist, auch Hilfen außerhalb des medizinisch-
1986 therapeutischen Versorgungssystems.

1987 Eine nicht geringe Anzahl von Kindern weist schon sehr früh gesundheitliche
1988 Gefährdungen und Entwicklungsauffälligkeiten auf, denen präventiv zu begegnen ist:

- 1989 • So sind Programme zur Erkennung und Verhütung gesundheitlicher
- 1990 Gefährdungen vor allem in den Kindertagesstätten – auch schon bei U-3-
- 1991 Kindern – auszubauen und ein entsprechendes Netzwerk der
- 1992 Kindertagesstätten untereinander zu gründen. Dazu gehören insbesondere
- 1993 gesunde Ernährung und Bewegung sowie psychische Gesundheit.

- 1994 • Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie der jugendärztliche
- 1995 Dienst des Gesundheitsamtes ist in diesen Prozess mit einzubeziehen.

- 1996 • Ein Schwerpunkt ist bei der Diagnostik und Behandlung von frühkindlichen
- 1997 Gesundheits- und Entwicklungsstörungen zu setzen. Dazu gehört auch der
- 1998 konsequente Aufbau der flächendeckenden Vierjährigenuntersuchung des
- 1999 Gesundheitsamtes sowie der bedarfsgerechte Ausbau der Angebote der
- 2000 Frühförderung.

- 2001 • Angebote für Eltern mit unheilbar krank geborenen Kindern sowie Kindern
- 2002 mit schweren angeborenen Behinderungen sollen verstärkt werden.

- 2003 • Die kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle ist weiterzuführen,
- 2004 ebenso die Clearingstelle für frühe Hilfen und die Krisenintervention für
- 2005 besonders belastete Familien.

- 2006 • Beratung und Betreuung junger Eltern durch einen bedarfsgerechten
- 2007 Einsatz von Familienhebammen, Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen
- 2008 sollen beibehalten werden.

2009 **Gesunde Ernährung**

- 2010 • Alle Angebote, die dazu dienen, dass sich Kinder und Jugendliche
- 2011 gesünder ernähren und ihr Bewusstsein für die Notwendigkeit gesunder
- 2012 Ernährung schärfen, unterstützen wir – seien es Kochkurse oder gesunde
- 2013 Verpflegung in Schulen und in allen Betreuungsangeboten für Kinder und
- 2014 Jugendliche.

- 2015 • Ältere und alleinstehende Menschen sind zunehmend mangelernährt. Wir
- 2016 setzen uns dafür ein, dass die Angebote für kostengünstige Mahlzeiten
- 2017 (Mittagstische etc.), die es zu fördern gilt, ein besonderes Augenmerk auf
- 2018 die Bedarfe und auch die Bedürfnisse älterer Menschen haben.
- 2019 Besonderer Beachtung bedürfen hierbei Seniorinnen und Senioren mit
- 2020 Migrationshintergrund.

2021 **Kliniken**

- 2022 Die Kliniken der Stadt Köln mit den Standorten in Merheim und Holweide und die
- 2023 Kinderklinik stellen wichtige Eckpfeiler der Daseinsvorsorge in Köln dar. Darüber
- 2024 hinaus sind sie ein wichtiger Arbeitgeber.

- 2025 Ziel muss es auch in Zukunft sein, dass die Kliniken nicht privatisiert werden,
- 2026 sondern im Besitz der Stadt Köln bleiben. Darüber sollen auch die Arbeitsplätze in
- 2027 den Kliniken mit der notwendigen Qualität gesichert werden.

- 2028 Die Kliniken müssen für die Zukunft aufgestellt werden.

- 2029 • Das bedeutet, dass aktiv Kooperationen mit anderen kommunalen Kliniken
2030 im Umfeld gesucht und umgesetzt werden. Dies gilt sowohl für den
2031 medizinischen als auch für den Verwaltungs- und Versorgungsbereich,
2032 z. B. Küche, Reinigung, Wäscherei etc. Dabei sind vorrangig die Kliniken in
2033 Porz, in Gummersbach, Leverkusen, die LVR-Kliniken in Köln und in
2034 Langenfeld sowie die Tagesklinik Alteburger Straße auf eine mögliche
2035 Zusammenarbeit hin zu prüfen.
- 2036 • Das bedeutet außerdem die Überarbeitung der fachlichen Ausrichtungen,
2037 der organisatorischen Abläufe und der betriebswirtschaftlichen Konzepte.
- 2038 • Dazu gehört eine konsequente Patientenorientierung die im Sinne der UN-
2039 Konvention auch Konzepte zur Behandlung von Menschen mit
2040 unterschiedlichen Behinderungen umfasst.

2041 **Gemeindenahe psychiatrische Versorgung**

- 2042 • In Zusammenarbeit mit dem LVR und den freien Trägern in Köln ist die
2043 konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Zentren
2044 anzustreben. Dies bedeutet insbesondere, dass die Angebotsstruktur für
2045 bestimmte Zielgruppen verbessert werden muss (z. B. für junge psychiatrisch
2046 kranke Menschen, Kinder psychisch kranker Eltern sowie wohnungslose
2047 psychisch kranke Menschen).
- 2048 • Das ambulant betreute Wohnen ist auszubauen für alle Zielgruppen, und
2049 besondere Betreuungsansätze für junge psychisch kranke Menschen, die
2050 noch bei ihren Eltern leben, sind weiterzuentwickeln und zu finanzieren.
- 2051 • Für forensische Patienten und Patientinnen ist eine sachgerechte
2052 Nachsorgeleistung sicherzustellen. Die Einbettung der Forensik in die
2053 Gemeindepsychiatrie ist eine immerwährende Aufgabe.
- 2054 • Wir regen ein Konzept an für einen „24-Stunden-Kriseninterventionsdienst“ für
2055 ambulant betreute psychisch und psychiatrisch kranke Menschen – ggf. in
2056 Zusammenarbeit mit Fachkliniken soll dieses erarbeitete Angebot modellhaft
2057 in einem überschaubaren Bezirk erprobt werden.
- 2058 • Für psychisch kranke und suchtkranke Menschen sind
2059 Beschäftigungsmöglichkeiten weiter aufzubauen im Sinne eines
2060 ineinandergreifenden und individuellen Modulsystems.

2061 **Gesundheit für Migrantinnen und Migranten**

- 2062 • Das kommunale Gesundheitskonzept für Menschen mit Migrationshintergrund
2063 ist umzusetzen. Hier ist insbesondere beim Gesundheitszentrum für
2064 Migrantinnen und Migranten in Köln der Aufbau einer Koordinierungsstelle zu
2065 fördern. Die Einrichtung von interkulturellen Gesundheitsstützpunkten ist im
2066 Rahmen der Sozialraumentwicklung zu prüfen.
- 2067 • Eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für Menschen ohne Papiere –
2068 entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzept – ist in dieser
2069 Ratsperiode umzusetzen

- 2070 • Weiterhin ist an der interkulturellen Öffnung des gesamten
2071 Gesundheitsversorgungssystems zu arbeiten. Gemeinsam mit Migrantinnen
2072 und Migranten sind neue Konzepte zu entwickeln

2073 **Frauen und Gesundheit**

- 2074 • Die Beratungsangebote für Frauen, insbesondere im psychosozialen Bereich,
2075 sollen bedarfsgerecht entwickelt werden.
- 2076 • Die auf dem Frauengesundheitstag 2004 entwickelten Maßnahmen sind
2077 bedarfsgerecht weiter zu verfolgen.

2078 **Medizinische Versorgung für Wohnungslose und Nichtversicherte**

- 2079 • Die medizinische Versorgung von Wohnungslosen und Nichtversicherten
2080 durch den mobilen medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes ist
2081 sicherzustellen.
- 2082 • Angebote für psychisch kranke Wohnungslose sind bedarfsgerecht zu
2083 entwickeln.

2084 **Sexuelle Gesundheit**

2085 Wir treten ein für selbstbestimmte und eigenverantwortliche sexuelle und
2086 reproduktive Gesundheit, unabhängig von Alter, Bildungsstand und sozialem Status.
2087 Dafür ist Folgendes notwendig:

- 2088 • Die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für KölnPass-Inhaberinnen und
2089 -Inhaber ist weiterzuentwickeln. Auf eine bundesweite Lösung ist zu drängen.
- 2090 • Die Präventionsarbeit für sexuell übertragbare Krankheiten ist auszubauen,
2091 ebenso der Ausbau der HIV-Test-Beratung. Hier soll die Zusammenarbeit mit
2092 freien Trägern und dem Gesundheitsamt verbessert werden. Der Ausbau der
2093 sexualpädagogischen Arbeit, insbesondere mit männlichen Jugendlichen, und
2094 die Multiplikatorenarbeit ist zu prüfen.
- 2095 • Die Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wird gesichert.
- 2096 • Die sexualpädagogische Betreuung von Jugendlichen ist sicherzustellen und
2097 möglichst auszubauen.

2098 **Drogen/Sucht**

- 2099 • Das Kölner Drogenhilfesystem soll prinzipiell erhalten und auf Wirksamkeit
2100 geprüft werden. Ein bedarfsgerechter Ausbau ist anzustreben. Ebenso eine
2101 Verstärkung der Präventionsarbeit. Insbesondere sind sozialraumbezogene
2102 Angebote zur Prävention von Abhängigkeiten von legalen und illegalen
2103 Drogen weiterzuentwickeln.
- 2104 • Die Angebote für die Drogensubstitution mit Polamidon bzw. Methadon wollen
2105 wir erhalten und stützen – ggf. ist auch eine Ausweitung des Angebots
2106 notwendig.

- 2107 • Die Diamorphinabgabe an schwerst Drogenabhängige gilt es – auch in
2108 Hinblick auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen – im
2109 bisherigen Umfang zu erhalten. Die Zusammenführung beider Angebote von
2110 städtischer Seite in der integrierten Substitutionsambulanz hat sich bewährt
2111 und soll weitergeführt werden.
- 2112 • Eine bedarfsgerechte Anpassung der 2009 stadtbezirksübergreifend
2113 eingerichteten, niederschweligen aufsuchenden Hilfe für schwerst
2114 alkoholranke Menschen ist weiter zu verfolgen.
- 2115 • Die beiden Angebote der Beratung von co-abhängigen Angehörigen wie Eltern
2116 und Ehepartner sollen erhalten bleiben.
- 2117 • Den Kölner Drogenhilfeverbund werden wir weiter stabilisieren und – wo nötig
2118 und wenn möglich – weiter ausbauen.
- 2119 • Die zunehmende Spielsucht (auch Online-Spielsucht) gerade jüngerer
2120 Menschen stellt uns vor neue Aufgaben. Wir werden prüfen, ob die
2121 bestehenden Angebote ausreichend und passgenau sind.
- 2122 • Die beiden Drogenkonsumräume wollen wir erhalten.

2123 **Hilfen in besonderen Lebenssituationen**

- 2124 • Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Demenz und ihren oft völlig
2125 überlasteten Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.
2126 Dazu gehört, die Angebote von Tagespflege und Kurzzeitpflege zu sichern und
2127 wo nötig auszubauen, die Finanzierung durch die entsprechenden Träger
2128 sicherzustellen und insbesondere die Möglichkeiten der Hilfe für die
2129 Betroffenen transparent zu machen. Die Gründung von Wohngruppen für
2130 demente Menschen unterstützen wir ausdrücklich.
- 2131 • Unsere sozial-psychiatrischen Zentren (SPZ), auf die Köln zu Recht stolz sein
2132 kann, werden wir stützen und erhalten und wo nötig und möglich ausbauen.
- 2133 • Die in unserer Stadt in weiten Teilen beispielhafte Palliativmedizin und
2134 Hospizbewegung findet unsere volle Unterstützung. Wo nötig und möglich,
2135 werden wir die Ausweitung der Angebote insbesondere der ambulanten
2136 Hospizbewegung unterstützen und fördern. Aber auch die ambulante
2137 Betreuung schwerstkranker Menschen muss bedarfsgerecht ausgebaut
2138 werden.
- 2139 • Die Überleitungspflege, d. h. die Organisation der Entlassung von
2140 pflegebedürftigen Menschen aus dem Krankenhaus in ihre häusliche
2141 Umgebung, ist zurzeit noch deutlich mangelbehaftet. Wir unterstützen im
2142 Rahmen unsere Einflussmöglichkeiten die Initiativen der an dem Prozess
2143 beteiligten Gruppen, die sich um eine Verbesserung der Situation bemühen.

2144 **HIV und AIDS**

- 2145 Wir sind solidarisch mit Menschen, die HIV-infiziert oder an AIDS erkrankt sind. Wir
2146 verurteilen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.

2147 • Prävention ist trotz vorhandener Behandlungsmöglichkeiten das wichtigste
2148 Mittel zur Bekämpfung von HIV.

2149 • Wir setzen uns für die Bestandserhaltung und wo nötig und möglich für den
2150 Ausbau von passgenauer Präventionsarbeit ein.

2151 **Koordinierung und Vernetzung der Gesundheitsförderung**

2152 • Die tragende Rolle der Stadt ist hier zu stärken. Weitergeführt werden soll das
2153 Modellprojekt „Gesunde Lebenswelten“, um zu einer flächendeckenden,
2154 qualitätsgesicherten Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in
2155 Schule, Kindergarten und Freizeit zu kommen. Die gesundheitsfördernden
2156 Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren sind, auch in Verbindung mit dem
2157 Seniorennetzwerken, weiterzuentwickeln. Dies gilt auch für das Thema
2158 Zahngesundheit.

2159 • Die Stadt soll sich an Netzwerken zur betrieblichen Gesundheitsförderung
2160 stärker beteiligen. Insbesondere soll die Stadt im Sinne eines
2161 „Musterarbeitgebers“ eigene vernetzte Konzepte der Gesundheitsförderung
2162 unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der
2163 Diversity-Konzepte für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln
2164 und umsetzen. Sie soll entsprechenden Einfluss auf die städtischen und
2165 stadtnahen Unternehmen entwickeln, damit diese sich an solchen Konzepten
2166 beteiligen.

2167 • Dabei sind die besonderen Belastungen an spezifischen Arbeitsplätzen, aber
2168 auch allgemeine Fitness, Bewegung und Ernährung sowie die psychische
2169 Gesundheit zu berücksichtigen.

2170 • Die kommunale Gesundheitskonferenz soll gestärkt und aktiviert werden,
2171 sodass insbesondere die Verzahnung städtischer Angebote mit denen des
2172 Gesundheitsversorgungssystems weiterentwickelt werden kann und in diese
2173 Konzepte auch andere Träger des Gesundheitssystems, insbesondere die
2174 Krankenkassen, einbezogen werden.

2175 • SPD und GRÜNE bestärken die Stadt Köln darin, Langzeituntersuchungen zur
2176 Gesundheitsschädlichkeit des Nachtfluges in Form einer epidemiologischen
2177 Fall-Kontroll-Langzeitstudie in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden
2178 durchzuführen.

2179 **Selbsthilfe**

2180 Die Selbsthilfebewegung in Köln soll erhalten und weiter ausgebaut werden.
2181 Aktivitäten der Bevölkerung sollen durch Gesundheitstage und Öffentlichkeitsarbeit
2182 unterstützt werden. Das „Gesunde-Städte-Netzwerk“ soll auch für Köln stärker
2183 genutzt werden.

2184 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

2185 Eine angemessene wohnortnahe Versorgung mit Ärzten aller Fachrichtungen,,
2186 insbesondere mit Kinderärzten, ist anzustreben.

2187 **Einzelprojekte**

2188 Folgende Projekte sollen weitergeführt bzw. entfristet werden:

- 2189 • „jusch“ – jung und schwanger
- 2190 • Kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle
- 2191 • Clearingstelle (frühe Hilfen und Krisenintervention für besonders belastete
2192 Familien in Zusammenhang mit Geburt und den ersten Lebensmonaten des
2193 Kindes)

2194

2195 **18. Kultur**

2196 Die Zusammenarbeit von SPD und GRÜNEN im sog. Kernbündnis hat mit ihren
2197 Initiativen positive Bewegung in die Kölner Kulturpolitik gebracht. Beispielhaft seien
2198 genannt der Kulturentwicklungsplan (KEP), die Einführung des KölnTages bei den
2199 Museen, die Akademie der Künste der Welt und die deutliche Stärkung des
2200 Kulturetats. Ziel der neuen Vereinbarung ist es, diese erfolgreiche Zusammenarbeit
2201 für Köln und für die Kultur dieser Stadt fortzusetzen.

2202 Der Reichtum und die Vielfalt an kulturellen Angeboten und Gütern bestimmen die
2203 Lebensqualität in unserer Stadt. Kunst und Kultur sind nicht Selbstzweck, sondern
2204 unverzichtbares Gut. Investitionen in Kultur sowie die Möglichkeiten und Chancen
2205 der Teilhabe an Kunst und Kultur sind deshalb auch Investitionen in die Zukunft und
2206 dienen dem Zusammenhalt der Kölner Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur sind
2207 wichtige Wirtschafts- und Standortfaktoren.

2208 SPD und GRÜNE treten ein für eine Kölner Kulturpolitik, die alle Formen der
2209 künstlerischen und kulturellen Kreativität unterstützt, von der Kulturwirtschaft bis zur
2210 freien Kunst, von den unternehmerisch tätigen Kreativen bis hin zu den in
2211 öffentlichen Institutionen arbeitenden Kulturschaffenden, von der Subkultur bis zu
2212 arrivierten Künstlern und Künstlerinnen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle
2213 Kunstrichtungen und Kunststile in Köln entwickeln können und hier auf eine offene
2214 und innovationsfreudige Atmosphäre treffen. Wir treten dafür ein, die
2215 Rahmenbedingungen für Kultur in Köln zu verbessern, um Köln auch überregional
2216 und international als innovativen und kreativen Kunst- und Kulturstandort nach vorn
2217 zu bringen.

2218 Mehr Landes-, Bundes- und EU-Mittel müssen für die Kultur in Köln eingeworben
2219 werden. Ebenso muss der Umgang mit Förderern, Stiftern und Mäzenen durch die
2220 Stadtverwaltung nachhaltig verbessert werden. SPD und GRÜNE haben die
2221 Verwaltung bereits am 13.11.2008 mit einem Konzept zum Umgang mit Stiftungen
2222 und Schenkungen beauftragt.

2223 Unsere Stadt muss offen sein für Kulturschaffende, Künstler und kreative Menschen.
2224 SPD und GRÜNE treten dafür ein, dass:

- 2225 • die kulturelle Infrastruktur auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert und
2226 möglichst ausgebaut wird

- 2227 • städtische Kulturpolitik Kulturschaffenden Verlässlichkeit und Unterstützung
2228 bietet
- 2229 • soziale und kulturelle Ausgrenzung durch Öffnung der kulturellen Angebote
2230 überwunden wird, wie z. B. durch kostenfreien oder reduzierten Eintritt, offene
2231 und kostenfreie Proben
- 2232 • Kunst und Kultur in der ganzen Stadt zu Hause sind, auch durch dezentrale
2233 Angebote in den Stadtteilen
- 2234 Soziale Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern bedeutet für uns
2235 neben einer sachgerechten Kulturförderung vor allem, die für die künstlerische
2236 Lebensführung wichtigen Netzwerke zu stärken, um damit die künstlerische
2237 Selbstständigkeit zu unterstützen
- 2238 Die Kulturverwaltung soll kompetente Anlauf- und Servicestelle für Kulturschaffende
2239 und Kreative sein. Zu ihren Aufgabe soll zukünftig insbesondere auch gehören:
- 2240 • die Vermittlung von Kontakten sowie Arbeits- und Ausstellungs- bzw.
2241 Aufführungsräumen
- 2242 • die Unterstützung bei Netzwerkbildung und Vermarktung
- 2243 • die Beratung im Rahmen von Existenzgründungen und Förderung (Hierzu
2244 sollen Interessierten in Zusammenarbeit mit dem BBK, dem Kunstverein, der
2245 Kunsthochschule für Medien, der Fachhochschule, der Hochschule für Musik
2246 und Tanz und den Universitäten Seminare und Infoveranstaltungen angeboten
2247 werden.)
- 2248 Wir brauchen eine ressort- und dezernatsübergreifende Arbeit für die Kultur dieser
2249 Stadt. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Kulturverwaltung in alle Fragen,
2250 die das kulturelle Leben in der Stadt betreffen, eingebunden ist, andere
2251 Verwaltungsbereiche einbindet und die Interessen der Kultur adäquat vertritt; das gilt
2252 besonders bei der Umnutzung kulturell genutzter Räume und Flächen, der Möglichkeit
2253 kultureller Zwischennutzungen freier städtischer Räume und Flächen sowie bei der
2254 Schaffung von Nischen für experimentelle, neue und progressive Kulturtrends.
- 2255 Eine bessere Vernetzung der Kultureinrichtungen innerhalb der Stadt und über die
2256 Grenzen der Stadt hinaus sowie eine bessere Zusammenarbeit in der Region sind
2257 wichtige Aufgaben für die kommenden Jahre. Köln muss dem Anspruch an eine
2258 moderne Stadt gerecht werden, die in konstruktiver Kooperation mit anderen
2259 Kommunen und dem LVR die Qualität der Kulturangebote steigert und dabei
2260 gleichzeitig die Kosten für die Beteiligten reduziert. Wir setzen uns ein für eine
2261 verstärkte Zusammenarbeit der Institutionen, gemeinsame Projekte oder
2262 Produktionen bzw. deren Austausch und eine Unterstützung des Austauschs der
2263 freien Szene.
- 2264 SPD und GRÜNE treten dafür ein, den Kulturentwicklungsplan (KEP) regelmäßig
2265 fortzuschreiben. Der Plan ist dort zu schärfen, wo er konzeptionelle Lücken aufweist
2266 (z. B. beim Tanz). Dort wo Köln besondere Stärken hat, sollen diese
2267 zukunftsorientiert weiterentwickelt und profiliert werden. Ein erstes Vorhaben könnte
2268 dabei die Ausarbeitung eines Konzeptes für Musik in Köln sein („Zukunft(s)Musik“),

2269 da Köln hier über besondere Potenziale und Möglichkeiten verfügt. Ausgehend von
2270 dem bundesweit einzigartigen und von der Bundeskulturstiftung geförderten
2271 Netzwerk „Neue Musik“ und dem Projekt eines Zentrums für aktuelle Musik soll in
2272 einem transparenten Fortentwicklungsprozess unter gleichberechtigter Beteiligung
2273 aller Akteure ein wertvoller Diskurs initiiert werden, der alle Potenziale aufzeigt und
2274 gemeinsame Ziele definiert. Ein vergleichbarer Diskussions- und
2275 Entwicklungsprozess wird auch für die Bildende Kunst angestrebt.

2276 SPD und GRÜNE treten dafür ein, dass die Querschnittsaufgaben des
2277 Kulturentwicklungsplans vorrangig bearbeitet werden. Dazu gehören:

- 2278 • Kulturmarketing als Standortmarketing – Eine professionelle Darstellung der
2279 Stadt Köln als Kunst-, Kultur- und Medienmetropole ist überfällig. Wir setzen
2280 uns dafür ein, ein gutes Kulturmarketing in das Stadtmarketing einzubeziehen,
2281 damit die Qualität und Vielfalt des kulturellen Angebots in die
2282 Außendarstellung der Stadt aufgenommen wird und damit die
2283 Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen der Stadt in ihren eigenen
2284 Anstrengungen besser unterstützt werden.

- 2285 • Kulturelle Bildung – Wir wollen einen ungehinderten Zugang zu allen Formen
2286 von Kunst und Kultur von früher Kindheit an. Das Konzept „Kulturelle Bildung“
2287 muss unter Beteiligung aller wichtigen Akteure in der Stadt erarbeitet werden.
2288 Es muss konkrete Handlungsempfehlungen enthalten, wie Kunst und Kultur
2289 für alle Menschen zugänglicher gemacht und wie Fähigkeiten im
2290 künstlerischen und kulturellen Spektrum besser ausgebildet und gefördert
2291 werden können. Der Umgang mit und die sinnvolle Nutzung der Medien bilden
2292 hierbei eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz. Wir wollen ein stärkeres
2293 Augenmerk auf die professionelle Theaterarbeit für Kinder- und Jugendliche
2294 richten. Ausbau und Unterbringung der Rheinischen Musikschule haben für
2295 uns in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung.

- 2296 • Interkultur – Mit dem Ratsbeschluss zur Errichtung einer Akademie der Künste
2297 der Welt haben wir ein bundesweit sichtbares Signal gesetzt. Wir wollen
2298 dieses Projekt zeitnah realisieren. Dabei werden wir dafür eintreten, dass ein
2299 möglichst hoher Anteil der Mittel in die eigentliche Projektarbeit und in den
2300 wertvollen interkulturellen Diskurs fließen kann. Insbesondere die geplante
2301 Jugend-Akademie liegt uns sehr am Herzen. Interkultur ist für uns eine Quelle
2302 künstlerischer Inspiration. Interkulturelle Kunst und Kultur soll sich entwickeln
2303 zu einem integrierten Baustein des kulturellen Lebens und der kulturellen
2304 Angebote. Langfristig sollen keine eigenen Konzepte zur interkulturellen
2305 Förderung mehr notwendig sein. Köln hat bereits ein großes Spektrum an
2306 interkulturellen Kulturangeboten sowohl bei den Institutionen als auch bei der
2307 Freien Szene. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Migrantinnen und
2308 Migranten sowohl als Zielgruppe für die Kulturangebote als auch als
2309 Produzierende von Kunst und als Anbieter von Kultur besser erreicht werden.
2310 Deshalb fordern wir, dass sich die Interkulturalität zukünftig auch in Jurys und
2311 Auswahlkommissionen und im Personal der Kultureinrichtungen widerspiegelt.
2312 Wir halten eine Erhebung für wichtig, die Aufschluss gibt über spezielle
2313 Bedarfe und verbesserte Zugangsmöglichkeiten, aber auch über bereits
2314 vorhandene Angebote.

- 2315 • Kultur- und Kreativwirtschaft – Der Kulturwirtschaftsbericht hat anschaulich
2316 aufgezeigt, dass Kultur- und Kreativwirtschaft/Creative Industries Motoren der
2317 städtischen Wirtschaft sind, deren Ansiedlung weiter gefördert werden muss.
2318 Die Handlungsempfehlungen des Kulturwirtschaftsberichtes müssen
2319 schrittweise umgesetzt werden. Wir unterstützen deshalb die Pläne für ein
2320 Kompetenznetzwerk Kreativwirtschaft.

2321 Für alle Sparten gilt: SPD und GRÜNE treten ein für eine Weiterentwicklung der
2322 bestehenden Förderkonzepte auf Basis der gewonnenen Erfahrungen und für die
2323 Erarbeitung der noch fehlenden Förderkonzepte. Eine enge Zusammenarbeit mit den
2324 Fachleuten der einzelnen Sparten setzen wir dabei auch weiterhin voraus. Enge
2325 Kooperationen zwischen den städtischen Angeboten und der Freien Szene sind
2326 auszubauen.

2327 **Darstellende Kunst**

- 2328 • Wir stehen für eine Stärkung der Theaterszene in Köln. Dies ist derzeit
2329 vorstellbar über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z. B. über ein
2330 Haus für Theater, Musik und Tanz und im Rahmen von Kooperationen oder
2331 über eine Unterstützung durch das Kulturstadtrat, Marketingstrukturen etc. Die
2332 Theaterförderung soll weiterhin über die Konzeptionsförderung erfolgen.

- 2333 • Köln braucht eine Konzeption für den Tanz und einen Produktions- und
2334 Aufführungsort. Ein Tanzhaus soll so variabel konzipiert werden, dass es auch
2335 als Aufführungsstätte für andere Darbietungen freier Gruppen dienen kann.
2336 Perspektivisch soll sich ein Tanzhaus als eigenständige Spielstätte für den
2337 Tanz in Köln entwickeln.

2338 **Bildende Kunst**

- 2339 • Das Angebot an günstigen Atelier- und Ausstellungsräumen sowie der
2340 internationale Ausstellungsaustausch müssen deutlich verbessert werden.

- 2341 • Die Entwicklung freier Kunsträume soll unterstützt werden.

- 2342 • Wir möchten die Art Fair in Köln halten

- 2343 • Für die Kölner Museen ist eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die die
2344 Einzigartigkeit jeder dieser Einrichtungen respektiert, die Arbeitsbedingungen
2345 optimiert und mehr eigenständiges Handeln ermöglicht. Nach Auswertung des
2346 Pilotprojektes Wallraff-Richartz-Museum/Fondation Corboud wird entschieden,
2347 wie die Kölner Museen zukunftsfähiger zu entwickeln sind. Die Museen
2348 müssen alle möglichen und zulässigen Kompetenzen und Freiräume erhalten.
2349 Keine Stadt in Deutschland hat eine vergleichbare Zahl überregional
2350 bedeutender kommunal getragener Museen. Gerade dies zeigt die
2351 Notwendigkeit, zukünftig stärker unterstützende Mittel von Land, Bund und EU
2352 sowie von öffentlichen und privaten Stiftungen einzufordern.

- 2353 • Wir wollen, dass sich alle Kunstfelder, z. B. auch Fotografie, neue mediale
2354 Kunstrichtungen, Film, Design oder Baukultur, in Köln entwickeln können, weil
2355 sie auf eine offene Atmosphäre treffen, die alle Chancen bietet.

2356 **Musik**

2357 • Die Musikszene soll unterstützt werden durch Probe- und Aufführungsräume
2358 sowie Strukturhilfen, wie z. B. Netzwerkplattformen.

2359 • Die Musikfabrik wollen wir langfristig in Köln halten ebenso wie entsprechend
2360 bedeutungsvolle Kölner Ensembles, die in Köln entstanden sind und
2361 inzwischen den Namen Kölns in alle Welt tragen.

2362 • Das Gürzenich-Orchester soll Landesorchester werden.

2363 **Gedächtnis der Stadt**

2364 • Der Einsturz des Historischen Archivs bedeutet einen tiefen und bitteren
2365 Einschnitt für die Stadt. Es kommt nun darauf an, nach vorn zu blicken. Für die
2366 Zukunft des Historischen Archivs ist ein umfassendes Konzept zu erarbeiten
2367 und Unterstützung über Köln hinaus einzufordern, da es sich um ein Vorhaben
2368 von nationaler Bedeutung handelt. Der Wiederaufbau der Archivarbeit verdient
2369 besondere Priorität. Wir wollen die neuen Notwendigkeiten als Chance nutzen
2370 zum Aufbau eines modernen Bürgerarchivs, das die wichtige
2371 wissenschaftliche Arbeit verstärkt, auch nach außen öffnet und für Besucher
2372 und Interessierte erlebbar macht. Daneben gilt es selbstverständlich auch, die
2373 Digitalisierung der Bestände sowie die Sicherung und Restaurierung der
2374 beschädigten Archivalien voranzutreiben und die Bestände wieder zugänglich
2375 zu machen. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass für die Interimsphase
2376 bis zur Wiedereröffnung des neuen Archivgebäudes eine angemessene
2377 Anzahl von Arbeitsplätzen für wissenschaftliche Recherchen zur Verfügung
2378 steht.

2379 • Das NS-Dokumentationszentrum soll als eigenständige und unabhängige
2380 Institution erhalten bleiben. Der Innenhof des ELDE-Hauses soll als
2381 Gedenkstätte nutzbar werden. Das Zeitzeuginnenprogramm im NS-Dok
2382 werden wir weiterhin unterstützen.

2383 • Wir setzen uns für den langfristigen Erhalt des Lernortes „Jawne“ ein.

2384 • Die Architekturnachlässe müssen akquiriert, adäquat aufbereitet, archiviert
2385 und öffentlich zugänglich gemacht werden.

2386 **Kultur für alle**

2387 Kultur für alle ist eine berechnete Forderung einer offenen Stadtgesellschaft. Wir
2388 wollen Hemmschwellen abbauen, Ausgrenzungen darf es in Zukunft nicht mehr
2389 geben.

2390 • Mit dem „FreiTag in den Museen“ (KölnTag) ist ein erster Schritt vollzogen,
2391 den Zugang zu den städtischen Museen zu erleichtern und den
2392 Museumsbesuch unabhängig von finanziellen und sozialen Voraussetzungen
2393 zu gestalten. Nach Auswertung der ersten Projektphase ist perspektivisch zu
2394 prüfen, inwieweit andere kulturelle Einrichtungen kostenlose Einblicke in ihre
2395 Arbeit und ihr Angebot ermöglichen können. Ideen, wie z. B. den
2396 „Philharmonie Lunch“ begrüßen wir sehr. Am freien Eintritt für alle Kinder und

- 2397 Jugendliche in die ständigen Sammlungen der Kölner Museen an allen Tagen
2398 der Woche halten wir weiter fest. Darüber hinaus sind im Rahmen der
2399 finanziellen Möglichkeiten Kooperationen in der Region zu prüfen (z. B.
2400 Rheinlandtag mit dem LVR).
- 2401 • Die kulturellen Angebote sollen für die Menschen gut erreichbar und nutzbar
2402 sein. Dafür ist es notwendig, z. B. die Öffnungszeiten und das Angebot der
2403 Stadtteilbibliotheken an die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer vor Ort
2404 anzupassen.
- 2405 • Wir wollen eine Stärkung der Jugendkultur. Junge Menschen brauchen
2406 Räume für Kreativität, z. B. Probe- und Präsentationsräume. Auch der
2407 öffentliche Raum muss jungen Menschen offenstehen für ihren speziellen
2408 Ausdruck von Kunst, Kultur und Kreativität.
- 2409 Städtische Kulturpolitik muss die Vernetzung von Kultur und Medien fördern. Wir
2410 begrüßen Konzepte wie das „luxet“ und nehmen es zum Anlass, ein Gesamtkonzept
2411 Medien zu fordern, mit dem Ziel besserer Vernetzung und Entwicklung bestehender
2412 Institutionen.
- 2413 SPD und GRÜNE werden darauf achten, dass die Kultur bei der Umsetzung des
2414 Masterplans als wichtiger Teil der Stadtentwicklung gesehen wird. In Zukunft sollen
2415 Künstler und Künstlerinnen verstärkt in die Gestaltung von Plätzen und anderen
2416 öffentlichen Orten einbezogen werden. Wir wollen, dass die künstlerische Gestaltung
2417 von Bauvorhaben mit Begleitung des Kunst- und Gestaltungsbeirates mehr
2418 Beachtung findet.
- 2419 Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Stadtentwicklungsvorhaben Räume für
2420 künstlerische Nutzungen eingeplant werden, z. B. Ateliers und Ausstellungsräume
2421 (Clouth-Gelände) oder Proberäume. Dabei sind neue Formen öffentlicher und
2422 privater Zusammenarbeit exemplarisch zu entwickeln.
- 2423 Das Kulturquartier am Neumarkt muss zügig fertiggestellt werden. In einer
2424 Schwachstellenanalyse müssen die Ursachen für die Verspätung und die
2425 Kostensteigerungen herausgearbeitet und Konsequenzen für den zukünftigen
2426 Umgang mit vergleichbaren Großprojekten gezogen werden.
- 2427 Das Opernquartier wird zu einem Ensemble geformt, das einen neuen
2428 Kulturmittelpunkt im Herzen der Stadt setzt. Ein verlässlicher Kostenplan und ein
2429 professionelles Zeit- und Kostenmanagement sind unabdingbare Voraussetzung. Wir
2430 werden darauf achten, dass eine im Hinblick auf die Haushaltslage größtmögliche
2431 Funktionalität entsteht.
- 2432 Die Domumgebung muss dringend als zentraler Ort der Kulturstadt Köln, als Ort der
2433 Begegnung zwischen dem Weltkulturerbe Dom, dem Museum Ludwig, dem
2434 Römisch-Germanischen Museum und der Philharmonie neu gestaltet werden. Die
2435 bereits 2002 empfohlene Aufwertung von Dionysoshof und Baptisterium ist dringend
2436 erforderlich; die notwendigen Fördermittel sind sach- und fristgerecht einzuwerben.
- 2437 Hinsichtlich des Projekts Archäologische Zone/Jüdisches Museum wird erwartet,
2438 dass die Stadt zügig den Ratsbeschluss vom 10.09.2009 umsetzt.

2439 Der Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall zusammen mit dem Rheinischen
2440 Bildarchiv und der Kunst- und Museumsbibliothek ist beschlossen und muss
2441 umgehend in Angriff genommen werden.

2442 SPD und GRÜNE stimmen darin überein, dass die Rheinische Musikschule ein den
2443 zukünftigen Anforderungen angemessenes Domizil benötigt.

2444 Für das Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring sind
2445 kulturwirtschaftliche Nutzungen denkbar. Eine mögliche Nutzung des Gebäudes
2446 durch die Rheinische Musikschule zusammen mit anderen Nutzungen, z. B. „Luxet“,
2447 wird weiter geprüft, allerdings müssen sich solche Nutzungen finanziell selbst tragen.
2448 Sofern sich in absehbarer Zeit keine Nutzungen aus dem kulturwirtschaftlichen und
2449 Bildungsbereich als realisierungsfähig erweisen, werden SPD und GRÜNE auch eine
2450 Veräußerung prüfen, da das Gebäude für repräsentative, privatwirtschaftliche
2451 Nutzungen attraktiv ist.

2452

2453 **19. Sport**

2454 Sport und Bewegung nehmen an Stellenwert in der städtischen Gesellschaft zu. Fast
2455 60 Prozent der Kölnerinnen und Kölner treiben in ihrer Freizeit aktiv Sport. Der Sport
2456 ist die größte Bürgerbewegung Kölns und verbindet alle Generationen, sozialen
2457 Schichten und Nationalitäten. Allein 190.000 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in
2458 einem der rund 800 Sportvereine Kölns. Eine noch größere Anzahl von Kölnerinnen
2459 und Kölnern treibt Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken,
2460 Radfahren oder Schwimmen.

2461 Sportvereine übernehmen eine wichtige soziale Aufgabe in der Stadt. Sie führen
2462 Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran, sind Orte der Integration. Wir
2463 wollen den vereinsgebundenen und den vereinsungebundenen Breitensport erhalten,
2464 stärken und fördern.

2465 Das Kölner Sportangebot muss der alternden, multikulturellen und zunehmend
2466 gesundheitsorientierten Gesellschaft gerecht werden. Deshalb muss das Thema
2467 „Sport“ stärker in die „integrierte Stadtentwicklungspolitik“ einbezogen werden. Hierzu
2468 gehört auch eine Einbeziehung in Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-,
2469 Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

2470 Wir wollen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heranführen:

- 2471 • Das Projekt „Sicher Schwimmen“ für Grundschulkinder ist erfolgreich
2472 angelaufen und muss weitergeführt werden.
- 2473 • Die Jugendbeihilfe sichert die Angebote für Kinder und Jugendliche in den
2474 Sportvereinen und ist zu erhalten.
- 2475 • Kinder mit KölnPass sollen weiterhin städtische Zuschüsse zum
2476 Vereinsbeitrag erhalten (Programm „Kids in die Clubs“).

- 2477 • Die Kooperation von Offenen Ganztagschulen und Sportvereinen muss
2478 weiter verbessert werden. Auftretende Zeit- und Nutzungskonflikte müssen
2479 frühzeitig aufgegriffen und entsprechende Hemmnisse abgebaut werden.
- 2480 • Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bewegungs- und Sportangebot
2481 in den Kitas und im Rahmen der OGTS ein. Wir werden die bereits laufenden
2482 Projekte in diesem Bereich aufeinander abstimmen. Das Projekt
2483 „Kindergarten-Mobil“ ist flächendeckend auf alle Kindergärten auszudehnen.
2484 Hier bieten sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kitas und
2485 Sportvereinen an.
- 2486 Wir wollen die Voraussetzungen für bewegungsaktive Freizeitbeschäftigung und
2487 individuellen Sport verbessern:
- 2488 • Es sollen mindestens drei großflächige „Bewegungsräume“ mit modernen
2489 Trainingsgeräten und Bewegungsangeboten in Grünanlagen der Stadt, in
2490 denen mehrere Sportarten betrieben und in denen Serviceleistungen
2491 angeboten werden, eingerichtet werden.
- 2492 • Es sollen außerdem Mehrgenerationenplätze, beleuchtete Laufstrecken,
2493 Flächen für Skater und Inline-Skater, Basketballanlagen in Wohnortnähe
2494 eingerichtet werden.
- 2495 • Die Kultur von Straßenkicks, Streetbasketball oder auch das
2496 bewegungsintensive Spielen auf Spielplätzen und Plätzen muss weiterhin
2497 ermöglicht werden. SPD und GRÜNE begrüßen die Aktionen „Körbe für Köln“
2498 und „Basketball um Mitternacht“. Sie setzen sich für Erhalt und Ausbau dieser
2499 und vergleichbarer Angebote ein.
- 2500 Das Prinzip des Gender Mainstreaming soll im Sport durchgehend berücksichtigt
2501 werden.
- 2502 SPD und GRÜNE unterstützen eine Ausweitung des Angebots an Sport und
2503 Bewegung für ältere Menschen. Wir wollen Sportvereine dazu animieren, ihre
2504 Seniorenangebote auszuweiten. SPD und GRÜNE unterstützen Seniorenprogramme
2505 und Sportkurse u. a. in Seniorenheimen. Vorhandene Aktivitäten und
2506 wissenschaftliche Begleitprogramme der Deutschen Sporthochschule sollen weiter
2507 ausgebaut werden.
- 2508 Die Zahl der Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung nimmt zu. Dieser
2509 Personenkreis hat ein besonderes Recht darauf, dass ihm angemessene
2510 Sportmöglichkeiten geboten werden. Sportstätten sind barrierefrei zu gestalten.
- 2511 Durch das Projekt „Sport in Metropolen“ ist in Köln-Mülheim eine Vernetzung der
2512 Vereine, Schulen und Aktiven gelungen. Das Projekt wird jetzt in Nippes fortgesetzt.
2513 Wir wollen das Programm auf weitere Stadtteile übertragen.
- 2514 Ein bedarfsgerechtes Angebot wohnortnaher Sportanlagen ist auf Dauer zu sichern.
2515 Die notwendigen Mittel für Instandhaltung und Sanierung wollen wir bereitstellen, das
2516 Programm zum Bau von Kunstrasenplätzen fortsetzen.

2517 Die Organisation der Kölner Sportstätten wird neu geordnet. Ziel ist neben einer
2518 Kostenersparnis und Effizienzsteigerung die bessere Ausnutzung der Anlagen durch
2519 den Breitensport.

2520 Gemeinsames Ziel ist es, dass der städtische Zuschuss für das RheinEnergie-
2521 Stadion tendenziell sinkt. Aufgrund der Konkurrenz unter den großen Stadien und
2522 Hallen soll das Stadion weiterhin intensiv vermarktet werden.

2523 Die breitensportliche Nutzung des Sportparks Müngersdorf wollen wir schützen.
2524 Kommerzielle Nutzungen der Vorwiesen werden ausgeschlossen. Bei kommerzieller
2525 Nutzung der Jahnwiesen sind die Beeinträchtigungen des Breitensports auf ein
2526 Minimum zu reduzieren und die Aspekte des Umweltschutzes besonders zu
2527 berücksichtigen.

2528 Die KölnBäder GmbH hat in den letzten Jahren ein Sanierungs- und
2529 Attraktivierungsprogramm der Kölner Bäder auf den Weg gebracht, das in den
2530 nächsten Jahren mit Neubau/Generalsanierung des Eis- und Schwimmstadions, des
2531 Stadionbades und des Zollstockbades fortgesetzt wird. Auf der Basis einer Analyse
2532 des tatsächlichen Bedarfs und der Besucherzahlen bei Parallelbetrieb aller Bäder
2533 werden wir 2011 über die Perspektiven für jedes einzelne Bad entscheiden.

2534 Der Stadtsportbund erfüllt als Dachorganisation der Kölner Vereine eine wichtige
2535 Funktion. Wir wollen seine Arbeit weiter unterstützen.

2536 Sportvereine und traditionelle Sportereignisse kommen zunehmend durch Rückzug
2537 von Sponsoren in Finanznöte. Sportamt und Stadtsportbund können die Betroffenen
2538 in Organisations- und Strukturfragen kompetent beraten. Die Stadt kann aber
2539 fehlende Sponsorenmittel grundsätzlich nicht kompensieren.

2540 Für Köln sind große Sport-Events wichtig und Image fördernd. Engagement an dieser
2541 Stelle darf aber nicht zulasten des Budgets von Kindern und Jugendlichen gehen.

2542 Der Sport nimmt wichtige soziale Aufgaben wahr. SPD und GRÜNE unterstützen
2543 daher Initiativen der Sportverbände zur Verhinderung von jeglicher Gewalt im Sport,
2544 so auch das Aktionsbündnis „ROTE KARTE gegen sexualisierte Gewalt im Sport“.

2545

2546 **20. Vielfalt**

2547 **Menschen mit Behinderungen und Bewegungseinschränkungen**

2548 • Das Handlungskonzept für Behindertenpolitik der Stadt muss konsequent
2549 umgesetzt werden. Dies beinhaltet selbstverständlich auch einen Ausbau der
2550 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, z. B. in Verkehrsmitteln und an
2551 Haltestellen. Insbesondere fordern wir auch die Entwicklung eines
2552 Tourismuskonzeptes für Menschen mit Behinderungen und den deutlichen
2553 Ausbau von barrierefreiem Wohnraum.

2554 • Das „Beschützte Wohnen/Service-Wohnen“ für Menschen mit Handicaps
2555 werden wir ausbauen.

- 2556 • Bei sämtlichen kommunalen Planungen muss die Prüfung auf Aspekte der
2557 „Barrierefreiheit“ Standard werden, in Analogie zur
2558 „Umweltverträglichkeitsprüfung“.

- 2559 • Gemeinsamer Unterricht an allen Schulformen und Betreuung von Kindern mit
2560 und ohne Behinderungen soll deutlich ausgebaut werden.

- 2561 • Behindertenvereine und Selbsthilfeinitiativen werden gesichert.

- 2562 • Integrationsfirmen und Werkstätten für behinderte Menschen erhalten
2563 besondere Unterstützung durch Auftragsvergaben der Stadt. Höhere
2564 Durchlässigkeit von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) zu Firmen
2565 auf dem Ersten Arbeitsmarkt muss erreicht werden.

- 2566 • Wir wollen, dass gemeinsame Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit
2567 und ohne Behinderung ausgebaut werden.

- 2568 • Die Stadt AG Behindertenpolitik erhält mehr Beteiligungsrechte (u. a. in den
2569 Bezirksvertretungen).

- 2570 • Stadt und ihre Unternehmen sollen sich zu Musterarbeitgebern für Menschen
2571 mit Behinderungen entwickeln und dies mit einer Kampagne begleiten.

2572 **Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender**

2573 Wir setzen uns konsequent ein für den Abbau jeglicher rechtlicher und tatsächlicher
2574 Diskriminierung schwuler, lesbischer, bi- und transsexueller Menschen im gesamten
2575 Stadtgebiet. Weil Gleichstellung und Gerechtigkeit unser durchgängiges Prinzip ist,
2576 stehen wir für die Implementierung des Diversity-Gedankens auf allen Ebenen der
2577 Stadtverwaltung und des zivilen und wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt.

2578 Wir unterstützen die Erstellung und die Umsetzung eines Diversity-Konzeptes für
2579 Köln unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungsunternehmen.

2580 Das Referat Lesben, Schwule, Transgender wird umgehend, gemäß Ratsbeschluss,
2581 eingerichtet und besetzt. Es soll in enger Kooperation mit der Stadt-
2582 Arbeitsgemeinschaft auch nach außen wirken und im städtischen Internetauftritt
2583 präsent sein.

2584 Die Aufklärungsarbeit gegen Homophobie wollen wir fördern. Dazu sollen u. a. die
2585 Arbeit der Youth-Work-Stellen und die Aufklärungsarbeit an Schulen („SchLAU-
2586 Projekt“) für Schüler, Lehrer und Eltern zur Verbesserung der Gewaltprävention und
2587 Antidiskriminierungsarbeit gesichert werden. Das gilt insbesondere für die Schulen
2588 und Jugendarbeit außerhalb der Innenstadt. Zur Unterstützung der Aufklärungsarbeit
2589 von „SchLAUKöln“ und zur Sicherung von deren Wirkung soll weiterhin alle sechs
2590 Monate ein Qualitätszirkel unter Beteiligung der Stadt Köln stattfinden. Darüber
2591 hinaus wird ein genereller Aktionsplan gegen Homophobie für die Stadt Köln erstellt.

2592 Wir wollen die Potenziale der Stadt, die der Community geboten werden, stärker für
2593 den nationalen und internationalen Tourismus nutzen. Ein Gay-City-Management soll
2594 dem Tourismus in dieser Sparte ein stark verbessertes Profil verschaffen.

2595 Der Austausch mit den Kölner Partnerstädten und deren lesbischen und schwulen
2596 Organisationen wird fortgesetzt. Eine weitere Förderung durch die EU wird
2597 angestrebt.

2598 Die Gay Games 2010 werden unterstützt.

2599 Die lesbisch-schwulen Beratungszentren wollen wir stärken. Da in vielen Bereichen
2600 bereits Familienberatung im klassischen Sinn geleistet wird, wollen wir eine
2601 Anerkennung als klassische Familienberatungsstellen in lesbisch-schwuler
2602 Trägerschaft unterstützen.

2603 Wir wollen die Präventions- und Integrationsarbeit mit Migrantengruppen weiter
2604 fördern.

2605 Die Präventionsarbeit der freien Träger bei sexuell übertragbaren Krankheiten wollen
2606 wir stärken. Die vielen Selbsthilfegruppen in diesem Bereich werden auch zukünftig –
2607 insbesondere in der personalkommunikativen Präventionsarbeit – solidarisch
2608 unterstützt. Ordnungspolitische Maßnahmen sind kein geeignetes Mittel der AIDS-
2609 Prävention.

2610 Bei Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in der
2611 Altenpflege oder der Arbeit für Menschen mit Behinderung, ist die Schulung zum
2612 Thema „sexuelle Identität“ zu fördern. Städtische Einrichtungen sollen hier eine
2613 Vorbildfunktion erfüllen.

2614 Die Organisationen der Lesben und Schwulen sind gekennzeichnet durch einen
2615 hohen Grad an ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Die
2616 Arbeit im Bereich der Selbsthilfe wollen wir weiter unterstützen und stärken.

2617 Wir unterstützen die Seniorenarbeit für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und
2618 Transgender in Köln und setzen uns dafür ein, bestehende Strukturen zu stärken.

2619 Alternative Wohnformen für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender (z. B.
2620 Villa Anders) wollen wir weiter fördern. Mehr-Generationen-Projekte und
2621 Wohnformen, die speziell auf ältere Lesben und Schwule zugeschnitten sind, werden
2622 von uns unterstützt . Die Erfahrungen mit diesen Wohnprojekten sollen
2623 wissenschaftlich begleitet bzw. ausgewertet werden.

2624 Die Wiedereinführung eines lesbisch/schwulen Begegnungszentrums auf
2625 ehrenamtlicher Basis wird begrüßt.

2626

2627 **21. Stadtverwaltung**

2628 **Bürgernahe Dienstleistungen**

2629 Die Stadtverwaltung soll als effiziente, bürgerfreundliche und bürgernahe
2630 Dienstleisterin weiterentwickelt werden.

2631 Wir wollen, dass die Verwaltung mit allen Dienstleistungsbereichen für Bürgerinnen
2632 und Bürger auf kurzen Wegen und zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten erreichbar
2633 ist. Die Sozialraumorientierung ist auch hier ein wichtiges Instrument. Dazu werden

2634 wir den Service in Anlaufstellen der Verwaltung so dezentral wie möglich vorhalten
2635 und zentrale Einheiten zur Nutzung von Synergieeffekten, für notwendige
2636 Hintergrundarbeiten und zur besseren Steuerung der Abläufe einsetzen. Bürgernahe
2637 Dienstleistungen und Beratung werden wir in allen neun Bezirken anbieten.

2638 Als wichtiger Baustein des Bürgerservice der Zukunft sind mobile und sinnvolle
2639 interaktive Lösungen dem Aufbau einer überdimensionierten technischen
2640 Infrastruktur vorzuziehen.

2641 Das Internet-Stadtportal stadt-koeln.de ist – auch als Basisinformation für das
2642 Callcenter und für Auskunftsmöglichkeiten in den Bezirken – kundenfreundlich und
2643 mit der entsprechenden Informationstiefe weiter barrierefrei auszubauen und als
2644 Plattform für einen mobilen und interaktiven Bürgerservice zu nutzen. Die mobilen
2645 Bürgerdienste sowie die Ansätze des E-Governments sollen ausgebaut werden.
2646 Auch das Ratsinformationssystem soll weiter ausgebaut werden. Sämtliche Medien
2647 der Stadtverwaltung sollen barrierefrei gestaltet werden, z. B. auch Flyer und
2648 Broschüren.

2649 SPD und GRÜNE sind für eine dezentrale Budget- und Ressourcenverantwortung.
2650 Wir sind uns darüber einig, die notwendige Optimierung des Verwaltungshandelns
2651 auch durch Dezentralisierung der Ressourcen- und Ergebnisverantwortung
2652 anzustreben. Daraus folgt, dass die politische Steuerung in deutlich höherem Maße
2653 über Zielvereinbarungen und ein daran gekoppeltes Controlling erfolgt.

2654 Die Anforderungen an eine moderne Verwaltung unterliegen ständigen
2655 Veränderungen. Die kontinuierliche Überprüfung der Aufgaben der Verwaltung im
2656 Hinblick auf Synergien, interne Kooperationen und Schnittstellen wird fortgesetzt.

2657 Interkommunaler Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer, sowie kommunale
2658 und regionale Kooperationen werden als Mittel zur Verbesserung der städtischen
2659 Dienstleistungen ausdrücklich begrüßt.

2660 **Die Stadtverwaltung als gerechte und vorbildliche Arbeitgeberin**

2661 In der Stadtverwaltung wollen wir eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und
2662 Männern erreichen. Der aktuelle Frauenförderplan ist zeitgerecht umzusetzen. Der
2663 zukünftige Frauenförderplan soll vorsehen, dass ein 50-prozentiger Frauenanteil in
2664 den Führungspositionen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes erreicht
2665 wird. Der Frauenförderplan muss integraler Bestandteil des Umgestaltungsprozesses
2666 sein, damit sich die Stadtverwaltung selbst den Kriterien des Gender Mainstreaming
2667 anpasst.

2668 Gender Mainstreaming wird ein Leitprinzip in der Verwaltung und ist als
2669 Querschnittsaufgabe umfassend zu implementieren. Dazu müssen konkrete
2670 Konzepte zur Einführung des Gender Mainstreaming in den einzelnen Dezernaten
2671 entwickelt werden, wobei Zielvorgaben und Prozessverlauf als zentrale Themen
2672 Berücksichtigung finden müssen. Der begonnene Prozess muss optimiert und
2673 schrittweise auf alle Verwaltungsbereiche ausgedehnt werden.

2674 Vielfalt ist eine der Stärken der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung soll eine
2675 Musterarbeitgeberin für alle sein, auch für Migrantinnen und Migranten, Menschen

- 2676 mit Behinderungen, Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender sowie für ältere
2677 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 2678 Die Wertschätzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig davon, welcher
2679 Nationalität, Religion, sexueller Identität oder gesellschaftlicher Gruppe sie
2680 angehören, und der zielgerichtete Umgang mit dieser Heterogenität sind
2681 gleichermaßen zum Nutzen des Unternehmens und der Mitarbeiterinnen und
2682 Mitarbeiter zu kultivieren. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt hat sich die
2683 Stadt Köln zu einer Diversity-Politik verpflichtet. In diesem Sinne werden wir
2684 beantragen, dass die Stadtverwaltung innerhalb von 18 Monaten ein Konzept für
2685 Diversity-Politik in Köln erarbeitet, deren integraler Bestandteil ein Diversity-
2686 Management-Konzept für die Stadtverwaltung ist. Eine Stadtverwaltung soll ein
2687 Spiegelbild der Stadtgesellschaft sein. Wir wollen, dass sich die Vielfalt der
2688 Kölnerinnen und Kölner auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der
2689 Stadtverwaltung zeigt. Deshalb fördern wir die verstärkte interkulturelle Öffnung der
2690 Verwaltung sowohl nach innen, als auch nach außen durch die Stärkung der
2691 interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- 2692 Die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen sich an Diversity ebenfalls
2693 beteiligen.
- 2694 Familiengerechtes Arbeiten soll ein stärkeres Gewicht erhalten. Unterstützende
2695 Infrastruktur und Angebote wie Betriebskindergärten oder Beratungs- und
2696 Vermittlungsleistungen für pflegebedürftige Angehörige liegen auch im Interesse der
2697 Arbeitgeberin Stadt Köln. Gleiches gilt für die Beteiligungsunternehmen.
- 2698 Die Anlaufstelle in Fragen des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG) soll zukünftig in
2699 der Stadtspitze angebunden werden.
- 2700 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der Stadtverwaltung.
2701 Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir weiter
2702 ausbauen
- 2703 Beförderungen und Neueinstellungen sollen nach transparenten Kriterien wie
2704 Eignung und Qualität erfolgen. Bei Führungskräften sollen freie Stellen auch wieder
2705 mit externen Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden, sofern geeignete
2706 interne Bewerberinnen und Bewerber nicht zur Verfügung stehen. Über
2707 Stellenbesetzungsverfahren soll dem Ausschuss hinsichtlich der Kriterien regelmäßig
2708 Bericht erstattet werden. Die Stellenbewertungen sollen unter Beteiligung der
2709 betroffenen Dezernate erfolgen.
- 2710 Der demographische Wandel hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur
2711 der Stadtverwaltung. Dieser Herausforderung muss mit entsprechenden Maßnahmen
2712 der Gesundheitsprävention sowie der Personalentwicklung und -gewinnung
2713 begegnet werden. Hierzu ist eine umfassende Konzeption zu entwickeln. Als
2714 Grundlage soll die Verwaltung den politischen Gremien darlegen, welche
2715 Maßnahmen sie in diesem Bereich bereits durchführt und welche weiteren konkreten
2716 Schritte geplant sind.
- 2717 Die Stadt Köln bietet auch weiterhin im Rahmen der geltenden Beschlusslage des
2718 Rates Ausbildungsplätze an – dies auch über den eigenen Bedarf hinaus,
2719 insbesondere, wenn im Jahr 2013 zwei Abiturjahrgänge durch G8 auf den

2720 Ausbildungsmarkt drängen. Darüber hinaus verstärkt die Stadt ihr Angebot an
2721 Volontariats-, Praktikums- und Traineeplätzen und trägt damit auch einer veränderten
2722 Hochschullandschaft Rechnung.

2723

2724 **22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung,** 2725 **Vergaben, Internationales**

2726 Köln soll eine lebenswerte und sichere Stadt bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger
2727 müssen Straßen, Plätze und auch die öffentlichen Verkehrsmittel als sichere Räume
2728 empfinden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Probleme
2729 nachhaltig gelöst werden können, wenn der Grundsatz „Prävention und Hilfe vor
2730 Repression“ gilt. Mit diesem Ziel werden wir Konzepte zur Verbesserung sowohl der
2731 objektiven Sicherheit als auch des subjektiven Sicherheitsgefühls weiterentwickeln.
2732 Dazu gehört neben der ausreichenden Beleuchtung städtischer Anlagen auch ein
2733 gepflegtes Stadtbild.

2734 Die vorhandenen Ordnungspartnerschaften zwischen Justizbehörden
2735 Ordnungsbehörden, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt,
2736 Baubehörden, Bundesgrenzschutz, KVB, Taxiunternehmen,
2737 Wohnungsgesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten und
2738 Einzelhandel wollen wir stärken. Darüber hinaus sollen im Rahmen einer integrierten
2739 kommunalen Sicherheitspolitik alle Akteure aus den Bereichen Prävention, Hilfe und
2740 Sanktion vernetzt miteinander arbeiten, um Sicherheit in der ganzen Stadt zu
2741 erreichen. Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen zur Sicherheit in den Bezirken ist
2742 konsequenter durchzuführen. Vereine und Initiativen von betroffenen Bürgerinnen
2743 und Bürgern sind mit einzubeziehen. Zielsetzung und eine regelmäßige
2744 Qualitätskontrolle durch eine übergeordnete Stelle sind zu überprüfen.

2745 Die frühere Polizeikampagne „Hinsehen, handeln, Hilfe holen“ soll – auch mit
2746 kommunaler Unterstützung – reaktiviert werden. Ergänzungen sind notwendig, wie
2747 z. B. „Gewaltfrei in der KVB“.

2748 Aufgrund häufiger Beschwerden der Anwohner über nächtlichen Lärm in den
2749 Kneipenvierteln, wollen wir die Präsenz des Ordnungsdienstes mit der Polizei an
2750 Wochenenden verstärken, damit diese mäßigend auf die Feiernden einwirken
2751 können. Das gilt auch für den respektvollen Umgang mit den städtischen
2752 Grünanlagen. Gegebenenfalls werden – wie am Brüsseler Platz – weitere
2753 Mediationsverfahren durchgeführt, um Nutzungskonflikte zu vermindern. Auch für die
2754 Karnevalstage sollen abgestimmte Lösungen mit den Beteiligten gefunden werden,
2755 um Alkoholexzesse, Gewalt und Vermüllung zumindest deutlich zu vermindern.
2756 Fachausschuss und Verwaltung sollen mit betroffenen Kommunen erfolgreiche
2757 Konzeptionen austauschen.

2758 Wir unterstützen Streitschlichtungsprojekte und Netzwerke gegen Gewalt an den
2759 Schulen. Zur Erhöhung der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln wollen wir
2760 mehr Fahrgastbetreuer oder Schaffner einsetzen.

- 2761 Die Kontrollen durch den Ordnungsdienst sollen intensiviert werden. Wir wollen
2762 darüber hinaus darauf hinwirken, dass sich Betriebe (z. B. aus dem Bereich Fast-
2763 Food, Kioske etc.) an der Stadtreinigung beteiligen.
- 2764 SPD und GRÜNE wollen die Zahl von barrierefreien Toiletten an
2765 Erholungsschwerpunkten, in der Innenstadt und in den bezirklichen Stadtteilzentren
2766 und an den Knotenpunkten in den Stadtvierteln erhöhen.
- 2767 Wohnungslose, Alkohol- und Drogenabhängige sind im Stadtbild präsent. Hier hat
2768 sich der Einsatz von Streetworkern bewährt. Dies wollen wir beibehalten.
- 2769 Das Konzept zur Vergabe der zentralen Innenstadtplätze hat sich bewährt. Es stellt
2770 einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und
2771 Anwohnern der betroffenen Plätze und der Veranstalter dar. Die Vergabe der
2772 zentralen Innenstadtplätze für Veranstaltungen soll auch weiterhin nach festgelegten
2773 Qualitätskriterien erfolgen. Das Konzept soll regelmäßig evaluiert, fortgeschrieben
2774 und fortgeführt werden, auch um den Wert der Plätze als Freiraum zu steigern.
- 2775 SPD und GRÜNE regen an, in enger Abstimmung mit dem Stadtbezirk Innenstadt die
2776 Floh- und Büchermärkte am Rheinufer vor der Altstadt in den Bereich des Tiefkais
2777 zwischen Hohenzollernbrücke und Zoo zu verlegen. Die Uferpromenade vor der
2778 Altstadt ist zu eng, um vor allem am Wochenende die Ausflugsgäste oder sonstigen
2779 Nutzerinnen und Nutzer, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, noch
2780 zusätzlich mit Marktveranstaltungen zu belasten.
- 2781 Zur Fußball-WM 2006 wurden aufgrund des hohen nationalen und internationalen
2782 Fanaufkommens öffentliche Plätze und öffentliche Gelder für Public Viewing zur
2783 Verfügung gestellt. Bei der folgenden Fußball-EM im Jahr 2008 hat sich gezeigt,
2784 dass private Veranstalter und die Gastronomie den Bedarf an Public Viewing gut
2785 bewältigen können. Diese Verfahrensweise ist auch für die kommenden sportlichen
2786 Großveranstaltungen angemessen.
- 2787 Der Nichtraucherschutz ist durch die Gesetzeslage des Landes NRW nur völlig
2788 unzureichend gewährleistet. Der Zustand ist mehr als unbefriedigend und muss
2789 durch das Land dringend verbessert werden. Das Ordnungsamt wird bei der
2790 Durchsetzung der geltenden Bestimmungen ausdrücklich unterstützt, um ein
2791 Mindestmaß an Nichtraucherschutz zu gewährleisten.
- 2792 Die Reinigungsfrequenz wollen wir an bestimmten kritischen Schwerpunkten, wie in
2793 touristisch stark frequentierten Gebieten oder in den Kneipenvierteln in den
2794 Abendstunden und an Wochenenden erhöhen. Die Vermeidung von Hundekot soll
2795 durch das Aufstellen von entsprechenden Tütenspendern in Kombination mit
2796 entsprechenden Abfallbehältern weiter unterstützt werden. Zur Verminderung von
2797 Taubenpopulationen sollen in anderen Städten erfolgreich durchgeführte
2798 Maßnahmen auch in Köln zum Einsatz kommen. Daran sollen Tierschutzgruppen
2799 beteiligt werden. Das Fütterungsverbot soll verstärkt kontrolliert und Verstöße
2800 dagegen geahndet werden.
- 2801 Initiativen zur Beseitigung von Farbsprühereien werden von der Stadt Köln
2802 angemessen unterstützt.
- 2803 **Bürgerbeteiligung und Bezirke stärken**

- 2804 SPD und GRÜNE wollen die Rechte der Bezirksvertretungen, auch bei der
2805 Finanzverantwortung, stärken (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte
2806 Haushaltspolitik“).
- 2807 Wir wollen Bürgerinnen und Bürger aktiver in kommunalpolitische
2808 Entscheidungsprozesse einbeziehen. Dazu sind geeignete Instrumente zu entwickeln
2809 (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik“).
- 2810 Bestehende Ansätze, wie z. B. der Bürgerhaushalt, sollen weitergeführt und
2811 ausgebaut werden (siehe Kapitel „Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik“).
- 2812 Bestehende öffentliche Veranstaltungsräume, wie z. B. Bürgerzentren, Vereinslokale
2813 und Gemeindesäle, sollen stadtweit erfasst. Außerdem soll ein Entwicklungskonzept
2814 – einschließlich Prioritätenliste für die Schaffung weiterer Bürgerbegegnungsstätten –
2815 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden.
- 2816 **Satzungen und Gebühren**
- 2817 Beim Erlass von Satzungen und Gebührenordnungen der Stadt wollen wir verstärkt
2818 soziale Aspekte (z. B. bei den Gebühren der Stadtbibliothek) berücksichtigen.
- 2819 Die Parkgebühren der städtischen Parkplätze im öffentlichen Straßenraum in der
2820 Innenstadt sollen weiterhin deutlich über denen der städtischen Parkhäuser liegen,
2821 um das Aufsuchen der Parkhäuser attraktiver zu machen und unnötigem
2822 Parksuchverkehr entgegenzuwirken. Eine wirkungsvolle Kontrolle der
2823 Falschparkenden, die insbesondere auf Rettungswegen, Fahrrad- und Gehwegen
2824 oder auf öffentlichen Plätzen parken, durch das Ordnungsamt ist erforderlich.
- 2825 Im Rahmen der regelmäßigen Verhandlungen über die Tarife für die
2826 Taxiunternehmen auf dem Kölner Stadtgebiet soll weiterhin darauf hingewirkt werden,
2827 dass die Unternehmen die vereinbarten Qualitätsvereinbarungen erfüllen.
- 2828 **Vergaben**
- 2829 Auf der Grundlage der inzwischen erfolgten GWB-Novellierung ist es öffentlichen
2830 Auftraggebern, wie z. B. der Stadt Köln, möglich, innovations- und umweltbezogene
2831 sowie soziale Kriterien bei der Beschaffung entsprechend der ILO-Konvention zu
2832 berücksichtigen und Ausschreibungsverfahren entsprechend zu gestalten. Dies
2833 wollen wir nun für städtische Vergabeverfahren umsetzen. Gleiches gilt auch für die
2834 Beschaffung und den Betrieb der städtischen EDV-Infrastruktur (Green IT) und soll
2835 auch für städtische Unternehmen gelten.
- 2836 **Internationales**
- 2837 Wir stehen dafür ein, dass die Stadt Köln ihre Entwicklungszusammenarbeit
2838 ausweitet und verstärkt. Dafür wird das Netzwerk „Köln in globaler Partnerschaft“
2839 wird dafür gestärkt. Die Städtepartnerschaften werden weiterentwickelt.
- 2840 Wir setzen uns ein für den aktiven Austausch in europäischen Städtenetzwerken wie
2841 Eurocities und Polis. Wir stehen für die europäische Handlungskompetenz der
2842 Verwaltung und die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele vor Ort.
- 2843

2844 **23. Selbstverständnis und Arbeitsweise**

2845 SPD und GRÜNE gehen zur gemeinsamen Gestaltung der Kölner Kommunalpolitik
2846 eine Koalition für die gesamte Wahlperiode ein.

2847 Die Koalition beinhaltet auf allen Feldern die gemeinsame Gestaltung der Stadtpolitik
2848 in der Wahlperiode 2009 bis 2014 – insbesondere die Verständigung auf die
2849 städtische Investitions- und Haushaltspolitik mit der Verabschiedung der
2850 Haushaltssatzungen.

2851 Sie umfasst auch die gemeinsame Gestaltung der strategischen Ausrichtung der
2852 städtischen Beteiligungsgesellschaften sowie die Strukturierung des
2853 Verwaltungshandelns einschließlich der Geschäftsverteilung der Dezernate.

2854 SPD und GRÜNE stimmen ihre Entscheidungen zur Wahl von Beigeordneten der
2855 Stadt Köln ab. Beigeordnete sind politische Wahlbeamte. Ihre Wahl ist ureigenes
2856 Recht des Stadtrates. Es ist somit folgerichtig, dass ihre Wahl auf Vorschlag einer
2857 Fraktion bzw. einer konstituierten politischen Mehrheit im Rat erfolgt, nachdem eine
2858 Ausschreibung gemäß Gemeindeordnung und ein Auswahlverfahren erfolgte. Für die
2859 Dezernate I, III und IV übt die SPD-Fraktion und für die Dezernate II und V die grüne
2860 Fraktion das Vorschlagsrecht aus (vergleiche gemeinsame Vereinbarung zur
2861 Nominierung des gemeinsamen OB-Kandidaten [10.08.2008]).

2862 Für die übrigen Dezernate werden SPD und GRÜNE gemeinsam mit anderen
2863 Fraktionen Gespräche führen.

2864 SPD und GRÜNE streben gemeinsam an, zu besetzende Positionen für Vorstände
2865 und Geschäftsführer städtischer Beteiligungsgesellschaften grundsätzlich nicht bloß
2866 auszuschreiben, sondern geeignete Bewerberinnen und Bewerber in der Regel
2867 durch ein Personalberatungsunternehmen zu suchen, das seine Vorschläge dem
2868 dazu beauftragten Gremium zur Entscheidung präsentiert.

2869 **Abstimmungsverhalten**

2870 Gegenstände, die nicht ausdrücklich in der Koalitionsvereinbarung geregelt sind,
2871 werden zwischen den Partnern beraten und so abgestimmt, dass ein gemeinsam
2872 getragenes und einheitliches Verhalten bei Entscheidungen in Rat, Ausschüssen
2873 oder anderen Gremien ermöglicht wird.

2874 Die Koalitionspartner verpflichten sich, alle in dieser Koalitionsvereinbarung
2875 festgelegten Inhalte und Maßnahmen durch geeignete Initiativen im Rat, in den
2876 Ausschüssen und gegenüber den Gremien der städtischen
2877 Beteiligungsgesellschaften umzusetzen. Angesichts der mittelfristigen
2878 haushaltspolitischen Lage steht die Umsetzung aller vereinbarten Ziele unter
2879 Haushaltsvorbehalt.

2880 SPD und GRÜNE vereinbaren, sich über beabsichtigte politische Initiativen, die nicht
2881 Bestandteil dieser Koalitionsvereinbarung sind, vorab zu konsultieren mit dem Ziel
2882 Einvernehmen herzustellen.

2883 **Koalitionsausschuss**

2932
2933
2934
2935
2936
2937
2938
2939
2940
2941
2942
2943
2944
2945
2946
2947

Arbeitsgruppe 1 Jugend- und Schulpolitik

Arbeitsgruppe 2 Sozial- und Integrationspolitik

Arbeitsgruppe 3 Wirtschaft/Beschäftigungsförderung

Arbeitsgruppe 4 Stadtentwicklung/Verkehr/Flächenpolitik

Arbeitsgruppe 5 Umwelt/Grünflächen/Abfallwirtschaft

Arbeitsgruppe 6 Gesundheit und Sport

Arbeitsgruppe 7 Kultur

Arbeitsgruppe 8 Allgemeine Verwaltung

	Arbeitsgruppen	GRÜNE-Sprecher/in	weitere Teilnehmer	SPD-Sprecher/in	weitere Teilnehmer
AG 1	Jugend- und Schulpolitik	Gaby Schlitt	Horst Thelen, Kirsten Jahn Sabine Ulke	Ulrike Heuer	Dr. Ralf Heinen, Franz Philippi Gabriele Hammelrath
AG 2	Sozial- und Integrationspolitik	Ossi Helling	Marion Lüttig, Horst Ladenberger, Arif Ünal	Jochen Ott	Susanna dos Santos Hermann, Walter Kluth, Ulli Volland-Dörmann
AG 3	Wirtschaft/ Beschäftigungs- förderung	Jörg Frank	Elisabeth Thelen, Kirsten Reinhardt, Ossi Helling	Marc Jan Eumann	Alfred Schultz, Dr. Wittich Rossmann, Dr. Walter Schulz
AG 4	Stadtentwicklung/ Verkehr/ Flächenpolitik	Barbara Moritz	Bettina Tull, Manfred Waddey, Andreas Wolter, Jörg Frank	Michael Zimmermann	Susanna dos Santos Herrmann, Peter Kron, Dorothee Schneider
AG 5	Umwelt/ Grünflächen/ Abfallwirtschaft	Dr. Matthias Welpmann	Dr. Sabine Müller, Gerd Brust, Ralf Bilke	Stefan Gatter	Götz Bacher, Dr. Alexander Fladerer, Wilfried Becker
AG 6	Gesundheit und Sport	Elisabeth Thelen	Stefan Peil, Katrin Barion, Manfred Richter	Michael Paetzold	Dr. Jan Leidel, Peter Kron, Wolfgang Bosbach
AG 7	Kultur	Brigitta von Bülow	Stefan Peil, Peter Sörries, Maria Spering	Anke Brunn	Dr. Barbara Lübbecke, Dr. Eva Bürgermeister, Ingrid Hack
AG 8	Allgemeine Verwaltung	Andreas Wolter	Brigitta von Bülow, Dr. Matthias Welpmann, Ralf Klemm	Michael Neubert	Michael Zimmermann, Wolfgang Radic, Rudolf Reifferscheidt

2948